

Umgang mit Geld als Schulfach

Vorgelegt von: Christina Grimm
Studiengruppe: KO 8b

Umgang mit Geld als Schulfach

Einzeldiplomarbeit

Zürcher Fachhochschule
HWZ Hochschule für Wirtschaft Zürich

eingereicht bei:

Roland Isler

Stadtmann und Betriebsbeamter, Winterthur und
Präsident des Verbandes der Gemeindeammänner und Betriebsbeamten des
Kantons Zürich

Winterthur Stadt
Stadtmann- und Betriebsamt
Postfach
Neustadtgasse 17
CH-8402 Winterthur

Vorgelegt von: Christina Grimm
Studiengruppe: KO 8b
Adresse: Hardeggstrasse 15
CH-8049 Zürich

Zürich, 29. Februar 2008

EXECUTIVE SUMMARY

Die Jugendverschuldung hat in den letzten Jahren laut diversen Studien und Statistiken zugenommen. Die vermehrte Thematisierung von Jugendverschuldung in den Medien hat dazu geführt, dass die Bevölkerung die Problematik erkannt hat. Zahlreiche staatliche, nicht-staatliche, schulische und nicht-schulische Institutionen befassen sich mit der Vermeidung der Jugendverschuldung. Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, ob die Volksschule die Einführung eines neuen Schulfachs Umgang mit Geld als Präventionsmassnahme in Betracht ziehen sollte. Unter Umgang mit Geld wird, nebst der reinen Vermittlung von Grundkenntnissen, insbesondere die Förderung der sozialen Kompetenzen wie Konsumverhalten, Haltung, Einstellung und Wertvorstellungen verstanden.

Um eine fundierte Handlungsempfehlung bzgl. dem Umgang mit Geld als Schulfach an die Volksschule machen zu können, werden in der vorliegenden Arbeit Hintergründe von Verschuldung und Überschuldung sowie Risiken mangelnder Gelderziehung aufgezeigt, Einflussfaktoren auf das Erlernen des Umgangs mit Geld von Heranwachsenden erläutert und Erziehungsaktivitäten von diversen schulischen und nicht-schulischen Organisationen zum Thema Umgang mit Geld vorgestellt. Zudem werden diverse Meinungen zu einem zentralen Punkt dieser Arbeit, ob die Erziehung im Umgang mit Geld Aufgabe der Eltern oder des Staates sei, eingeholt. Meinungen von Politikern, Fachpersonen, Eltern, Lehrern und Vertretern des Schulwesens werden hierfür analysiert und ihre Erwartungen an die Schule abgeholt. Anhand einer Umfrage bei den kantonalen Erziehungs- und Bildungsdirektionen wird zudem eruiert, ob und inwiefern der Umgang mit Geld in den Lehrplänen verankert ist und was die Schulen heute in den verschiedenen Kantonen zur Thematik, speziell im 9. Schuljahr bereits anbieten. Die Resultate der Umfragen zeigen, auf welchen Schulstufen die Gelderziehung wichtig ist, inwiefern es möglich wäre, ein neues Schulfach einzuführen und was dabei beachtet werden müsste. Für die Beantwortung der Frage Umgang mit Geld als Schulfach wurde der Meinung von Vertretern aus dem Schulwesen und den Lehrplanverantwortlichen besondere Beachtung geschenkt, da diese die Situation aus Sicht der Verfasserin dieser Arbeit realistisch einschätzen können.

Verschuldung und Überschuldung sind die extremsten Konsequenzen von falschem Umgang mit Geld. Um dies zu vermeiden, ist eine klare und fokussierte Erziehung im Umgang mit Geld wichtig. Da die Eltern ihrer Vorbildrolle heute zum Teil nicht mehr gerecht werden, muss der Gelderziehung durch die Schule noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als bisher. Das Zusammenspiel zwischen Eltern und Schule in dieser Erziehungsaufgabe darf aber auf alle Fälle nicht ausser Acht gelassen werden. Bis anhin ist es in fast allen Kantonen so, dass es Lehrpersonen frei steht, ob und wie vertieft sie den Umgang mit Geld unterrichten. Es bedeutet, dass nicht alle Schüler während der Volksschulzeit im Umgang mit Geld ausgebildet werden. Die Handlungsempfehlungen für die Volksschule des Kantons Zürich zeigen, in welchen Bereichen die Schule aktiv werden sollte und welche Inhalte, Methoden und Lehrmittel dabei berücksichtigt werden sollten, um einen möglichst effektiven Beitrag zur Prävention der Jugendlichen vor Verschuldung zu leisten.

Diese Arbeit beinhaltet zudem ein Kapitel, welches das Vorgehen zur Einführung eines Schulfachs erläutert und die Entscheidungswege im Bildungswesen des Kantons Zürich aufzeigt.

INHALTSVERZEICHNIS

EXECUTIVE SUMMARY	I
INHALTSVERZEICHNIS	II
EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG	V
VORWORT	VI
GLOSSAR	VII
1 EINLEITUNG	1
1.1 Ausgangslage und Problemstellung	1
1.2 Zielsetzungen und Abgrenzung	2
1.3 Methodische Vorgehensweise	3
1.4 Wichtige Begriffe	4
1.4.1 Obligatorische Schule Schweiz	4
1.4.2 Lehrplan	5
1.4.3 Schulfach / Fach	5
1.4.4 Schulden, Verschuldung und Überschuldung	6
2 ZAHLEN UND FAKTEN ZUR VERSCHULDUNG	8
2.1 Verschuldung in der Schweiz	8
2.1.1 Verschuldungssituation der 18- bis 24-Jährigen	8
2.1.2 Entwicklung Betreibungsverfahren und Pfändungen Stadt Winterthur	9
2.1.3 Entwicklung Privatkonkurse in der Schweiz	10
2.1.4 Entwicklung der Konsumkredite	10
2.1.5 Veränderungen des Aufwandes in der Debitorenbewirtschaftung	11
2.2 Vergleich Zahlungsverhalten Schweiz und Europa	12
2.2.1 Der typische Schweizer Schuldner	13
2.3 Gründe für die steigende Verschuldung und Überschuldung	13
2.4 Risiken mangelnder Erziehung im Umgang mit Geld	13
2.5 Fazit Zahlen und Fakten zur Verschuldung	14
3 EINFLÜSSE AUF DAS ERLERNEN DES UMGANGS MIT GELD	15
3.1 Kognitive Entwicklung und Verständnis von Geld bei Kindern und Jugendlichen	16
3.2 Einfluss Eltern	18
3.2.1 Rolle der Eltern	18
3.2.2 Gelderziehungsbereiche	19
3.2.3 Gelderziehungsmittel der Eltern	21
3.2.4 Entwicklungstendenzen der elterlichen Erziehung	23
3.2.5 Fazit Einfluss Eltern	24
3.3 Einfluss Schule	24
3.3.1 Rolle der Schule	25
3.3.2 Erziehung im Umgang mit Geld in den Schweizer Kantonen	25
3.3.3 Erziehung im Umgang mit Geld im Kanton Zürich	29
3.3.4 Erziehung im Umgang mit Geld in der Stadt Zürich	29
3.3.5 Erziehung im Umgang mit Geld in Finnland	30
3.3.6 Fazit Einfluss Schule	31
3.4 Einfluss Gleichaltrige	32
3.5 Einfluss Markt	32

3.5.1	Staatliche Institutionen	32
3.5.2	Gemeinnützige Organisationen	34
3.5.3	Marktwirtschaftlich handelnde Unternehmen	34
3.5.4	Fazit Einfluss Markt	36
3.6	Fazit Einflüsse auf das Erlernen des Umgangs mit Geld	36
4	STELLUNGNAHMEN UND ANREGUNGEN AUS DER SCHWEIZER POLITIK	37
4.1	Stellungnahmen von Politikern	37
4.2	Politische Vorstösse und Parteisichten	39
4.3	Fazit Stellungnahmen und Anregungen aus der Schweizer Politik	43
5	MEINUNGSBEFRAGUNGEN	44
5.1	Sicht Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, Schuldenberater	44
5.2	Sicht Lehrer	47
5.3	Sicht Eltern	47
5.4	Sicht Volksschulamt Zürich	48
5.5	Fazit Meinungsbefragungen	49
6	VORGEHEN ZUR EINFÜHRUNG EINES NEUEN SCHULFACHS IM KANTON ZÜRICH	50
6.1	Rollen- und Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kanton, Gemeinde und einzelnen Schulen	50
6.2	Entscheidungsträger im Kanton Zürich	50
6.3	Entscheidungskompetenz des Bildungsrats	52
6.4	Anregungen an die Bildungsdirektion oder den Bildungsrat	53
6.5	Entscheidungsträger auf Gemeinde- und Schulebene	54
6.6	Fazit Vorgehen zur Einführung eines neuen Schulfachs im Kanton Zürich	54
7	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AN DIE VOLKSSCHULE	55
7.1	Umgang mit Geld als Schulfach?	55
7.2	Handlungsempfehlungen an die Schule	57
7.2.1	Rollenaufteilung zwischen Schule und Eltern	58
7.2.2	Grenzen der Wirkung schulischer Präventionsaktivitäten	65
8	SCHLUSSWORT UND AUSBLICK	66
9	ANHANG	67
9.1	Quellenverzeichnis	67
9.1.1	Literaturverzeichnis	67
9.1.2	Studien, Zeitungen, Journals, Fachzeitschriften	67
9.1.3	Rechtliche Grundlagen	68
9.1.4	Weitere Publikationen/Quellen	69
9.1.5	Internet	70
9.1.6	Statistiken	70
9.1.7	Persönliche Gespräche/Interviews	70
9.1.8	Kontaktierte Personen	71
9.1.9	Nicht-publizierte Datenquellen	71
9.2	Abkürzungsverzeichnis	72
9.3	Abbildungsverzeichnis	73
9.4	Tabellenverzeichnis	73
9.5	Diverse Unterlagen	74
9.5.1	Umfrage bei den Bildungs- und Erziehungsdirektionen	74
9.5.2	Begleitbrief und Fragebogen an Fachpersonen	80

9.6	Auszüge aus dem Lehrplan der Volksschule des Kantons Zürich.....	85
9.6.1	Lehrplan – Unterstufe	85
9.6.2	Lehrplan – Mittelstufe	86
9.6.3	Lehrplan – Oberstufe.....	87
9.6.4	Lehrplanauszug zum Verkehrsunterricht.....	90
9.7	Brief von Regine Aepli	91

EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG

Ich bestätige hiermit, dass

- die vorliegende Projektarbeit selbstständig durch die Verfasserin und ohne Benützung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt wurde,
- die benutzten Quellen wortwörtlich oder inhaltlich als solche kenntlich gemacht wurden;
- und diese Arbeit in ähnlicher Form noch keiner Prüfungskommission vorgelegt wurde.

Zürich, 29. Februar 2008

Christina Grimm

VORWORT

Die vorliegende Diplomarbeit entstand im Wintersemester 2007/2008 an der HWZ Hochschule für Wirtschaft Zürich, Studiengang Kommunikation, im Auftrag des Referenten Roland Isler, Stadtmann und Betriebsbeamter, Winterthur.

Als Angestellte im Human Resources Bereich einer Wirtschaftsprüfungsunternehmung und daher nicht im Schulwesen „zu Hause“, war diese Diplomarbeit für mich als Nicht-Pädagogin eine grosse und spannende Herausforderung.

Vorteilhaft als Nicht-Pädagogin war meine unvoreingenommene und offene Haltung gegenüber einer Extremvorstellung, dem „Umgang mit Geld als Schulfach“. Eine pädagogisch ausgebildeten Person hätte eine solche Möglichkeit vermutlich bereits im Keim erstickt, steigen doch die Ansprüche und Erwartungen an die Schulen unaufhörlich und Lehrpläne wie auch Lektionentafeln sind voll. Ein bisschen schwierig als Nicht-Pädagogin war es, Kontakte zu Lehrpersonen zu knüpfen, sich durch die umfangreichen Lehrpläne zu arbeiten, Einblick zu erlangen in sinnvolle Lerninhalte auf den verschiedenen Schulstufen oder beispielsweise herauszufinden, welche Gremien auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene nun wirklich wofür zuständig sind. Doch die Vertiefung in ein absolut neues Themengebiet war sehr interessant und machte Spass. Geschätzt habe ich an meinem Diplomarbeitsthema sehr, ein Gebiet bearbeiten zu können, das sich mit der Erziehung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befasst sowie einer Problematik nachzugehen, die sich eng mit einem Effekt der heutigen Konsumgesellschaft, der Jugendverschuldung, auseinandersetzt.

Gerne möchte ich an dieser Stelle allen danken, die mich in dieser nicht immer ganz einfachen Zeit unterstützt haben und motivierend zur Seite standen.

Ein ganz besonderer Dank geht an:

- meinen Referenten, Herrn Roland Isler, der sich mehrmals Zeit für Besprechungen nahm, stets mit guten Ratschlägen zur Seite stand und sehr motivierend weiterhalf.
- Frau Bettina Bickel, Medienverantwortliche der Inkassofirma Intrum Justitia, die sich für ein persönliches Gespräch zu Beginn meiner Arbeit Zeit bereit erklärte. Sie stellte mir diverse relevante Unterlagen zur Verfügung und ermöglichte mir Einsicht in die Materialien des „Swiss School Awards – my money“.
- Frau Regine Fretz, ehemalige Leiterin der Abteilung Pädagogisches des Zürcher Volksschulamtes, die mir im persönlichen Gespräch wertvolle Erfahrungsberichte über die Einführung von neuen Schulfächern weitergab.
- Frau Madeleine Wolf, Leiterin des Projekts Sek 9. Schuljahr des Zürcher Volksschulamtes, die mir in einem ausführlichen Gespräch ebenfalls richtungsweisende Anregungen gab, insbesondere für die Handlungsempfehlungen bezüglich dem 9. Schuljahr der Volksschule.
- alle anderen Personen, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Die vorliegende Diplomarbeit wurde zur besseren Lesbarkeit in der männlichen Form verfasst. Alle Ausdrücke beziehen sich auch auf die weibliche Form.

GLOSSAR

Begriff	Beschreibung
Adoleszenz	Jugendalter, insbesondere der Lebensabschnitt nach beendeter Pubertät (17. bis 20. Lebensjahr)
Cash Society	Bezeichnung einer Gesellschaft, die vorwiegend Zahlungen mit Geld macht, das bar vorhanden ist.
Change Management	Unter Change Management oder Veränderungsmanagement lassen sich alle Aufgaben, Massnahmen und Tätigkeiten zusammenfassen, die eine umfassende, bereichsübergreifende und inhaltlich weit reichende Veränderung in einer Organisation bewirken sollen. Es sind Veränderungen im Ausmass der Einführung neuer Strategien, Strukturen, Systeme, Prozesse oder Verhaltensweisen gemeint.
Corporate Social Responsibility (CSR)	Unternehmerische Sozialverantwortung
Credit Society	Bezeichnung einer Gesellschaft, die vorwiegend Zahlungen auf Kredit macht.
Finnish National Board of Education	Finnische Behörde für Bildung und Erziehung
Intrum Justitia	Europäische Inkassounternehmung mit Hauptsitz in Stockholm/Schweden
kognitiv	Das Wahrnehmen, Denken, Erkennen betreffend
Lektionentafel	Lektionentafeln enthalten die verbindliche Anzahl Lektionen, die pro Fach auf einer Schulstufe unterrichtet werden müssen und sind Teil des Lehrplans.
Ökonomische Sozialisation	Prozess des Erlernens von Verhaltensweisen, mit denen sich ein Individuum in das ökonomische System einer Gesellschaft einfügt. Das Lernen erfolgt durch Interaktion mit der sozialen Umwelt und führt zur Übernahme bestimmter sozialer Rollen, die vom Individuum erwartet werden.
Payment Index oder (European Payment Index)	Studie der Inkassofirma Intrum Justitia zu den Zahlungsriskiken (im europäischen Vergleich)
Peergroup	Bezugsgruppe eines Individuums, die aus Personen gleichen Alters, gleicher oder ähnlicher Interessenlage und ähnlicher sozialer Herkunft besteht und es in Bezug auf Handeln und Urteilen stark beeinflusst.

Postulat	Ein Postulat ist ein parlamentarischer Vorstoss, d.h. ein Handlungsinstrument der Parlamentarier der schweizerischen Bundesversammlung. Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, ob ein Gesetzes-, oder Beschlussentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen ist. Der Bundesrat ist dabei verpflichtet, über diese Prüfung einen Bericht vorzulegen. → verbindlicher Prüfauftrag an den Bundesrat
Publicity	Öffentliches Bekanntsein oder Bekanntwerden; Werbung
Swiss School Awards – my money	Wettbewerb für Schüler und Schulklassen, der im Rahmen einer Präventionsinitiative gegen Jugendverschuldung von Intrum Justitia AG jährlich auf nationaler Ebene zum Thema „Jugend und Geld“ durchgeführt wird.
Vorstoss	Parlamentarische Vorstösse sind die Handlungsinstrumente der Parlamentarier der schweizerischen Bundesversammlung: die Motion, das Postulat, die Interpellation oder die einfache Anfrage.

1 EINLEITUNG

1.1 Ausgangslage und Problemstellung

Die Jugendverschuldung hat in der Schweiz und den umliegenden Ländern in den letzten Jahren zugenommen. Diesen Trend bestätigen diverse Studien von privaten wie auch öffentlichen Institutionen, Statistiken und Berichte in den Medien.

Verschuldung kann zu Überschuldung führen und birgt nicht nur Gefahren für die Betroffenen wie soziale Desintegration oder Isolation, sondern auch Zahlungsausfälle bei Gläubigern oder eine Belastung des sozialen Systems. Aufgrund der gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Verschuldungsproblematik, sollte es im Interesse des Staates und der Bevölkerung liegen, sich für eine möglichst wirkungsvolle Prävention einzusetzen.

Einzelne Schulen, öffentliche Institutionen und private Firmen haben bereits Präventionsmassnahmen ergriffen oder sind damit beschäftigt, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um der wachsenden Jugendverschuldung entgegenzuwirken.

Der Blick nach Finnland, dem Land mit der besten Zahlungsmoral im europäischen Vergleich¹, zeigt, dass die Schule in der Prävention einen wichtigen Teil beitragen kann.

Das Ziel der Verfasserin dieser Arbeit ist es, zu evaluieren, ob die Einführung eines Schulfachs Umgang mit Geld die ökonomische Sozialisation der Kinder und Jugendlichen so positiv beeinflusst, dass sie als Präventionsmassnahme gegen die wachsende Jugendverschuldung in Betracht gezogen werden müsste.

Im Rahmen der vorliegenden Diplomarbeit gehört zur Erziehung im Umgang mit Geld bzw. zum Inhalt eines Schulfachs Umgang mit Geld nicht nur die reine Wissensvermittlung über Geld und Budgetplanung, sondern auch die Entwicklung persönlicher und sozialer Kompetenzen.

Folgende fünf Themenbereiche fallen darunter:

- Reflexion über das eigene **Konsumverhalten**
- Prägung von **Haltungen, Einstellungen und Wertvorstellungen**
- Persönliches **Budget aufstellen** und Schaffung eines Bewusstseins für Geldflüsse wie Einnahmen und Ausgaben (**Buchhaltung**)
- Aufklärung über die rechtlichen und psychischen Konsequenzen von **Verschuldung und Überschuldung**
- Vermittlung von **ökonomischem Grundwissen und Kenntnissen** einfacher wirtschaftlicher Zusammenhänge

Auch Begriffe wie Gelderziehung, Konsumerziehung, Finanzerziehung oder Wirtschaftserziehung können je nach Situation als Erziehung im Umgang mit Geld verstanden werden. Ein den Umgang mit Geld stark tangierender Begriff, der in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen benutzt wird, ist die sogenannte Verbrauchererziehung (siehe hierzu auch Kapitel 3.5.1).

¹ Vgl. Intrum Justitia (2007, S. 6)

In der vorliegenden Arbeit fällt Geldrechnen wie z. B. Rappen-Frankenrechnen oder Zinsrechnen nicht zum Umgang mit Geld, da die Schulen diesen Bereich im Rahmen des Mathematikunterrichts auf allen Stufen der Volksschule umfassend thematisieren.

Um ein Bild der Ist-Situation zu erhalten, wurden in dieser Arbeit Einflüsse auf Kinder und Jugendliche im Erlernen des Umgangs mit Geld angeschaut, Aktivitäten und Stellungnahmen von schulischen, nicht-schulischen und politischen Organisationen erläutert und die Meinungen von Lehrern, Eltern, Politikern, Fachpersonen wie auch Angestellten aus dem Bildungswesen eingeholt. Die Erkenntnisse der ersten fünf Kapitel leiten in die Handlungsempfehlungen an die Volksschule, Kapitel 7, über.

Ebenfalls wird in dieser Arbeit im Kapitel 6 aufgezeigt, wie im Kanton Zürich ein neues Schulfach eingeführt werden könnte. Es enthält einen Überblick über die Entscheidungswege und -gremien, welche bei der Einführung eines neuen Schulfachs betroffen sind.

1.2 Zielsetzungen und Abgrenzung

Die vorliegende Arbeit umfasst die Beantwortung folgender Fragestellungen:

- Wo und in welchem Umfang ist das Thema Umgang mit Geld im Lehrplan verankert und welche Erfahrungen sind damit speziell im 9. Schuljahr gemacht worden?
- Ist es Aufgabe des Staates, Schüler im Rahmen eines Schulfaches zum verantwortungsvollen Umgang mit Geld zu erziehen oder ist dies Aufgabe der Eltern?
- In welchen Alterskategorien bzw. in welchen Schulklassen müsste der Unterricht durchgeführt werden?
- Was sind mögliche Unterrichtsinhalte (Schulbücher, Hilfsmaterialien)?
- Wer entscheidet und welches sind die Entscheidungswege für die Einführung als Schulfach?

Für die Analyse der Ist-Situation im Umgang mit Geld an den Volksschulen sowie für den Diskurs zur Frage, ob die Ausbildung Aufgabe des Staates oder Aufgabe der elterlichen Erziehung sei, wird auf gesamtschweizerische Statistiken, Auswertungen, Erfahrungen und Informationen zurückgegriffen.

Das Vorgehen zur Einführung eines Schulfachs wird speziell für die Volksschule des Kantons Zürich eruiert. Auch die Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an die Volksschule des Kantons Zürich. Diese Arbeit basiert zudem auf der Annahme, dass die Jugendverschuldung tendenziell steigt. Diese Annahme wird in der vorliegenden Arbeit nur einleitend mit Bezug auf Zahlen und Fakten untermauert.

Diese Diplomarbeit enthält kein Umsetzungskonzept und keine Angaben zu einem Zeitplan oder allfälligen Kosten, die bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen in die Praxis entstehen würden.

1.3 Methodische Vorgehensweise

Das Vorgehen bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der vorliegenden Arbeit lässt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Zur Analyse der Ausgangslage werden für die Kapitel 2 bis 4 („Zahlen und Fakten zur Verschuldung“, „Einflüsse auf das Erlernen des Umgangs mit Geld“ und „Stellungnahmen und Anregungen aus der Schweizer Politik“) Daten und Informationen durch eine umfassende Recherche in Fachliteratur, Gesetzen, Studien, Zeitungen, Fachartikeln und im Internet gewonnen sowie durch Anfragen bei Fachpersonen und Betroffenen ergänzt.
- Für Kapitel 3 „Einflüsse auf das Erlernen des Umgangs mit Geld“ wird im Rahmen dieser Diplomarbeit eine Befragung (Vollerhebung) bei den kantonalen Bildungs- und Erziehungsdirektionen bzw. deren Lehrplanverantwortlichen durchgeführt. Zweck der Befragung ist es, herauszufinden, was in den Lehrplänen zum Umgang mit Geld enthalten ist und was in den einzelnen Kantonen sonst noch für Aktivitäten durchgeführt werden (vgl. Anhang 9.5.1).
- Für Kapitel 5 „Meinungsbefragungen“ wurden diverse Methoden angewandt. Zur Erhebung der Meinungen von Fachpersonen wurde im Rahmen dieser Diplomarbeit eine schriftliche Umfrage anhand eines Fragebogens (vgl. Anhang 9.5.2) durchgeführt. Weiter wurden Gespräche mit Lehrpersonen, Eltern und Vertretern aus dem Zürcher Bildungswesen geführt. Die gewonnenen Erkenntnisse zeigen Bedürfnisse und Trends, die als Basis für die Handlungsempfehlungen weiterverwendet werden.
- Das „Vorgehen zur Einführung eines neuen Schulfachs im Kanton Zürich“, Kapitel 6, zeigt auf, wie ein Schulfach im Kanton Zürich eingeführt werden müsste, wenn man dies wollte. Hierfür wurden Informationen in Gesetzen und im Internet gewonnen, ergänzt durch Auskünfte von Vertretern des Zürcher Bildungswesen.
- Die „Handlungsempfehlungen“, Kapitel 7, leitet sich aus den Erkenntnissen ab, die in den vorangehenden Kapiteln gewonnen worden sind und basieren auf deren persönlicher Gewichtung. Das Kapitel umfasst zudem ein Schlusswort mit Anregungen, die bei einer Weiterbearbeitung des Themas in Zukunft beachtet werden sollten.
- Das Kapitel 8 „Schlusswort und Ausblick“ enthält eine Reflexion zur Arbeit und Hinweise für die zukünftige Weiterbearbeitung des Themas.

Relevante Aussagen und Informationen aus Interviews oder Gesprächen mit Fachpersonen sind mit Vermerk der entsprechenden Quelle direkt in den Text eingeflossen. Sie werden nicht separat aufgeführt.

1.4 Wichtige Begriffe

Um Unklarheiten oder Verständnisschwierigkeiten vorzubeugen, werden im Folgenden zentrale Begriffe geklärt. Für die vorliegende Arbeit werden die Begriffe anschliessend nach diesem Verständnis verwendet. Weitere Begriffsdefinitionen befinden sich im Glossar.

1.4.1 Obligatorische Schule Schweiz

In der Schweiz sind die Kantone für das Schulwesen zuständig.² Kantonale Gesetze, wie im Kanton Zürich das Volksschulgesetz, regeln die Bildung und Erziehung im Rahmen der Volksschule.

Die obligatorische Schule in der Schweiz wird auch Volksschule genannt und umfasst neun Schuljahre. Sie ist aufgeteilt in die Primarstufe und die Sekundarstufe I, welche in sich je nach Kanton unterschiedlich lange dauern.

Im Kanton Zürich wird die Primarstufe in die Unterstufe (1. bis 3. Klasse) und die Mittelstufe (4. bis 6. Klasse) unterteilt. Die Sekundarstufe I wird auch 1. bis 3. Oberstufe genannt.

Ein Überblick über die unterschiedliche Dauer der Primarstufen und Sekundarstufen I in den verschiedenen Kantonen zeigt die folgende Abbildung.

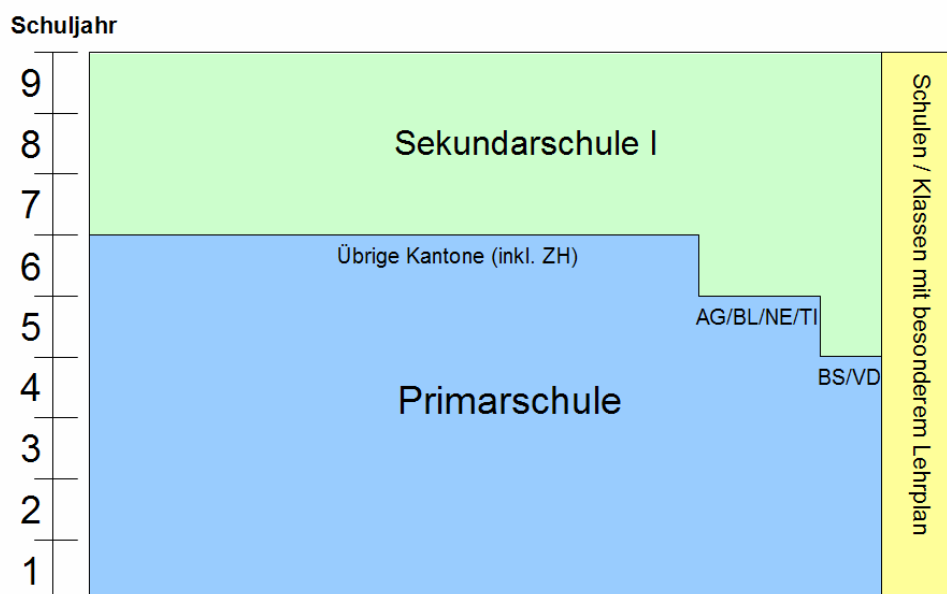


Abbildung 1: Obligatorische Schule Schweiz³

² Vgl. Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1999, Artikel 62)

³ www.educa.ch (27.12.2007)

1.4.2 Lehrplan

Der Lehrplan bietet den Lehrpersonen eine Grundlage für die Organisation ihrer Unterrichtstätigkeit. Lehrpersonen müssen ihren Unterricht nach den Lehrplänen richten. In der Regel sind Lehrpläne offen formuliert, so dass Lehrende und Lernende innerhalb des thematischen Rahmens ihre eigenen Interessen und Methodenvorlieben einbringen können. Auch Lernende können sich anhand des Lehrplans über Umfang und Ablauf des Unterrichts orientieren.

Fast jeder Kanton verfügt über einen eigenen Lehrplan. Im Kanton Zürich ist der Bildungsrat für den Erlass des Lehrplans der Volksschule zuständig. Einige Kantone haben sich für die Erstellung eines gemeinsamen Lehrplans zusammengeschlossen, so z. B. die Bildungsregion Zentralschweiz, der die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, der deutschsprachige Teil des Kantons Wallis und Zug angehören.

Im Rahmen des Projekts HarmoS sollen auf sprachregionaler Ebene in der Schweiz einheitliche Lehrpläne erstellt werden. Inhalte und Ziele sollen darin harmonisiert und Mobilitätshindernisse abgebaut werden. Die neuen Lehrpläne nach HarmoS werden auf kantonaler Ebene nach wie vor viel Gestaltungsfreiraum offen lassen, da eine komplette Angleichung zu grosse Umwälzungen in den einzelnen Kantonen auslösen würde. Die Implementierung der HarmoS-Lehrpläne beginnt voraussichtlich im Jahr 2011.⁴

1.4.3 Schulfach / Fach

Weil das schweizerische Schulwesen auf kantonaler Ebene organisiert ist, variieren die Definitionen der Begriffe Schulfach oder Fach von Kanton zu Kanton. Für die vorliegende Arbeit werden die Begriffe gemäss der Definition im Zürcher Lehrplan verstanden.

Die Zürcher Volksschule kennt fünf **Unterrichtsbereiche**:

- Mensch und Umwelt
- Sprache
- Gestaltung und Musik
- Mathematik
- Sport

Ein einzelner Unterrichtsbereich umfasst mehrere Unterrichtsgegenstände, die einen regelmässigen Anteil am Unterricht haben. So umfasst z. B. der Bereich Mensch und Umwelt auf der **Primarstufe** die **Unterrichtsgegenstände**:

- Biblische Geschichte
- Realien
- Lebenskunde

⁴ Vgl. Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (Infoblatt 2005)

und auf der **Sekundarstufe die Unterrichtsgegenstände:**

- Religionsunterricht
- Realien
- Haushaltskunde⁵

In der vorliegenden Arbeit wird unter Unterrichtsgegenstand ein Fach oder Schulfach verstanden.

1.4.4 Schulden, Verschuldung und Überschuldung

Eindeutige Definitionen der Begriffe Schulden, Verschuldung und Überschuldung finden sich in der Literatur nicht. Für die vorliegende Arbeit sind die nachstehenden Definitionen relevant.

Laut Elisa Streuli, Dozentin an der Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, umfasst der Begriff **Schulden** informelle Geldschulden bei der Familie oder Freunden, formelle Schulden bei Kreditinstituten, offene und bereits gemahnte Rechnungen oder Leasing- und Abzahlungsverträge.⁶

Die Definition für **Verschuldung** ist laut den Autoren Dieter Korczak und Gabriela Pfefferkorn die Folgende:

„Verschuldung ist jede Form des Eingehens von Zahlungsverpflichtungen, die ökonomisch und juristisch geregelt ist und sowohl von Gläubigern wie Schuldern ein rollenkonformes Verhalten erwarten lässt.“⁷

Dieter Korczak definiert zudem folgende Punkte als **wesentliche Bestandteile einer Verschuldung** nach deutschem Verständnis:

- Die Regelung und das Eingehen einer (vertraglichen) Beziehung sowie die Definition von Leistungen in dieser Beziehung
- Der wechselseitiger Bezug von Gläubiger und Schuldner aufeinander
- Sanktion bei Nichterfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen
- Die Schuldenaufnahme zur Befriedigung sozialer, konsumtiver oder investiver Bedürfnisse
- Die zeitliche Begrenzung der Verschuldung⁸

Überschuldung umschreibt Dieter Korczak zudem als krisenhafte Eskalation einer Verschuldungssituation. Der Weg in die Überschuldung sei ein Prozess, der sozialisationspezifische Ursachen und einen engen Zusammenhang mit niedrigen Bildungs- und Berufsqualifikationen aufweise sowie häufig aus dem Eintreten kritischer Lebensereignisse resultiere.⁹ Eine treffende Definition nach Dieter Korczak und Gabriela Pfefferkorn lautet wie folgt:

⁵ Vgl. Kanton Zürich (Lehrplan 2007, S. 12)

⁶ Vgl. Streuli Elisa (2007, S. 1)

⁷ Korczak Dieter und Pfefferkorn Gabriela (1990 S. XII; 1992. S. XXI) und Korczak Dieter (2003, S. 10)

⁸ Vgl. Korczak Dieter, (2003, S. 9)

⁹ Vgl. Korczak Dieter (2003, S. 21)

„Überschuldung ist die Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen, die zu einer ökonomischen und psychosozialen Destabilisierung von Schuldern führt. Überschuldung bedeutet daher nicht allein, daß nach Abzug der fixen Lebenshaltungskosten der verbleibende Rest des monatlichen Einkommens für zu zahlende Raten nicht mehr ausreicht, sondern birgt massive soziale und psychische Konsequenzen in sich.“¹⁰

Der für die Erwachsenen zutreffende Überschuldungsbegriff ist auf minderjährige Kinder und Jugendlichen nicht anwendbar, da für sie letztlich ihre Eltern bürgen. Da Verschuldungen aber auch bei ihnen auftreten, wird von einer Verschuldung der Kinder und Jugendlichen gesprochen, wenn Kinder sich Geld geliehen haben, das sie nicht gleich wieder zurück zahlen können.¹¹

¹⁰ Korczak Dieter und Pfefferkorn Gabriela (1990, S. XII; 1992, S. XXI) und Korczak Dieter (2003, S. 21)

¹¹ Vgl. Lange Elmar und Fries Karin R. (2005, S. 67)

2 ZAHLEN UND FAKTEN ZUR VERSCHULDUNG

In diesem Kapitel werden Zahlen und Fakten zur Verschuldung aufgeführt. Die Situation in der Schweiz wird zudem in Bezug zu anderen europäischen Ländern gesetzt. Weiter werden die Bedeutung von Geld und Verschuldung bei Jugendlichen, Gründe für die Verschuldungs- und Überschuldungsentwicklung und die Risiken mangelnder Erziehung im Umgang mit Geld eruiert.

Die Informationen in diesem Kapitel geben Hinweise auf die Entstehung und die Entwicklung von Verschuldung oder Überschuldung sowie die anzustrebende Prävention.

2.1 Verschuldung in der Schweiz

Einleitend wird Bezug auf die repräsentativen Ergebnisse einer Studie aus dem Jahr 2007 von Elisa Streuli zur Verschuldung junger Erwachsener genommen. Für die Zeit vor dem Jahr 2007 sind für die Verschuldungssituation in dieser Altersgruppe in der Schweiz kaum repräsentative statistische Daten verfügbar. Aus diesem Grund wird für frühere Jahre auf Zahlen und Fakten zurückgegriffen, welche die Entwicklungen der Gesamtbevölkerung im Bereich des Zahlungsverhaltens repräsentieren und eigene Rückschlüsse auf die Jugendlichen zulassen.

2.1.1 Verschuldungssituation der 18- bis 24-Jährigen

Basierend auf der Repräsentativbefragung von Elisa Streuli aus dem Jahr 2007, sieht die Verschuldungssituation in der Deutschschweiz bei den 18- bis 24-Jährigen wie folgt aus:

- **Rund ein Drittel (38 Prozent) der Befragten haben Schulden.**
 - Davon haben je ca. ein Viertel Schulden...
 - ...bis 100 Franken
 - ...von mehr als 100 und weniger als 1000 Franken
 - ...zwischen 1000 und 2400 Franken
 - ...von 2500 Franken und mehr.
- Insgesamt hat rund jede zehnte 18- bis 24-jährige Person in der Deutschschweiz Schulden von mehr als 2000 Franken.
- Bei rund jeder siebten Person sind die Schulden höher als die monatlichen Einnahmen.
- Die Gläubiger sind in erster Linie die Eltern.
- Knapp 30 Prozent der Befragten haben informelle Schulden bei Familie oder Freunden.
- Schulden bei Kreditinstitutionen haben knapp 4 Prozent der Befragten.
- 8 Prozent der 18- bis 24-jährigen Personen haben offene und bereits gemahnte Rechnungen.
- 3 Prozent sind bereits ein- oder mehrmals betrieben worden.
- 11 Prozent haben Leasing- und Abzahlungsverträge.¹²

¹² Vgl. Streuli Elisa (2007, S. 1)

Zahlen der WEMF AG zum Jahr 2003 besagen, dass ein Viertel der 16- bis 25-jährigen Deutschschweizer mehr Geld ausgeben, als sie sich leisten können. 80 Prozent der überschuldeten älteren Menschen hätten erstmals im Alter zwischen 16- und 25- Jahren Anschaffungen auf Kredit gemacht und rund 17 Prozent der Jungen zeigten ein süchtiges Kaufverhalten.¹³ Diese Aussagen zeigen, dass sich die Haltung gegenüber dem Schulden-Machen bereits in frühen Jahren festigt.

2.1.2 Entwicklung Betreibungsverfahren und Pfändungen Stadt Winterthur

Wie die untenstehende Darstellung aus dem Geschäftsbericht der Stadt Winterthur für das Jahr 2006 zeigt, haben Zahlungsbefehle und Pfändungen einen neuen Höchststand erreicht. Die Zunahme der eingeleiteten Betreibungsverfahren beläuft sich auf 6 Prozent und die vollzogenen Pfändungen stiegen um 7 Prozent. Auch die Zahl der ausgestellten Verlustscheine stieg an. Es zeigt sich immer deutlicher, dass der Mittelstand abnimmt und die Jugendverschuldung zunimmt.¹⁴

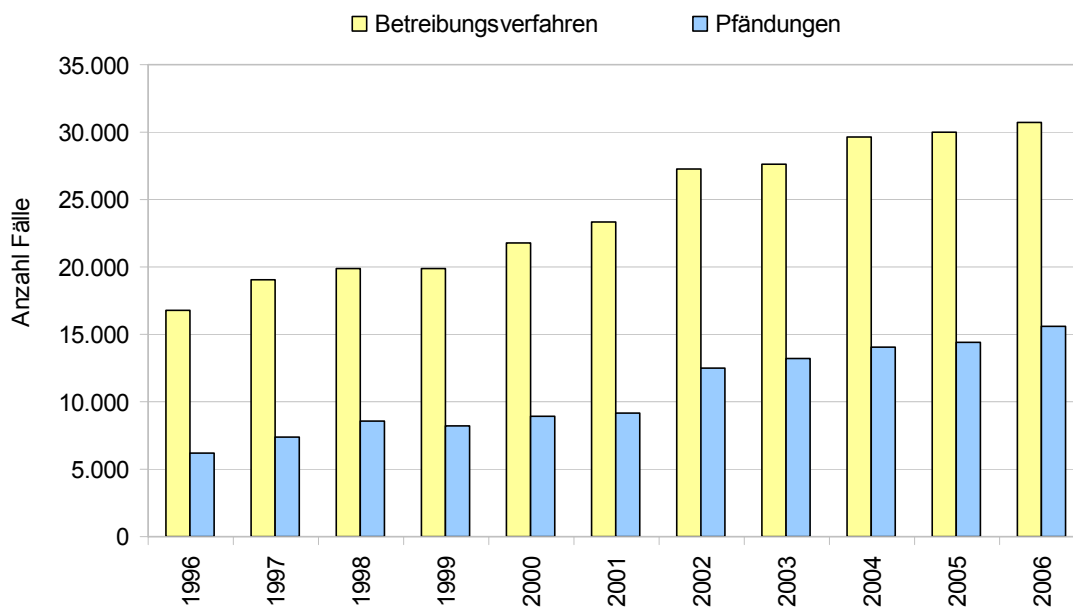


Abbildung 2: Eingeleitete Betreibungsverfahren und vollzogene Pfändungen in der Stadt Winterthur¹⁵

¹³ Vgl. WEMF AG (MACH Consumer 2003)

¹⁴ Vgl. Stadt Winterthur (2006, S. 24)

¹⁵ Vgl. Stadt Winterthur (2006, S. 24)

2.1.3 Entwicklung Privatkonkurse in der Schweiz

Die steigende Tendenz der Privatkonkurse hat im Jahr 2007 weiter angehalten. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Zunahme der Privatkonkurse 5,1 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 1999 beträgt die Zunahme sogar 43 Prozent. Im Jahr 2007 muss somit der zweithöchste Wert in der Konkursgeschichte der Schweiz nach 1994 mit 6'163 Konkursöffnungen getragen werden. Die nachstehende Abbildung zeigt den seit dem Jahr 2000 anhaltenden Wachstumstrend der Privatkonkurse.¹⁶

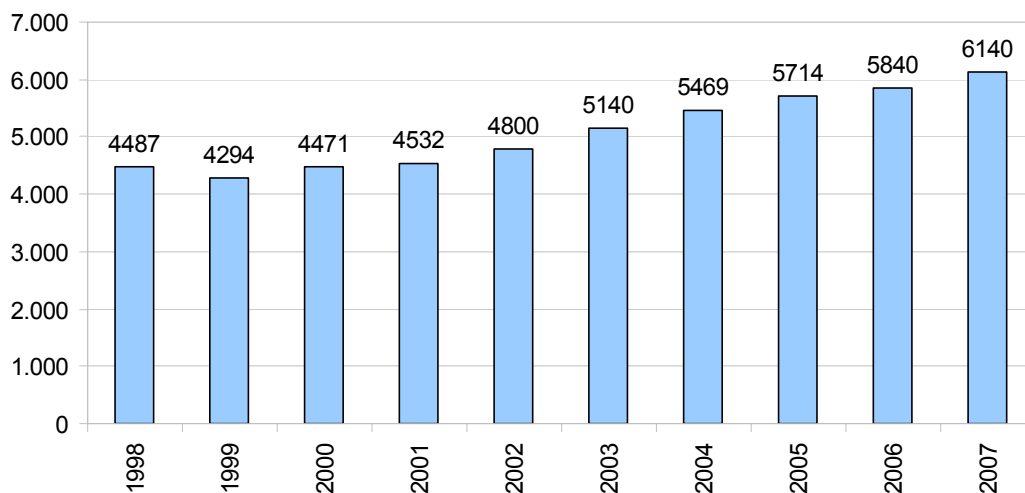


Abbildung 3: Entwicklung Privatkonkurse 1998 bis 2007¹⁷

Bei dieser Darstellung muss angemerkt werden, dass die Entwicklungen in den einzelnen Regionen der Schweiz sehr unterschiedlich ausgefallen sind. So wurde insbesondere im Tessin eine überdurchschnittliche Zunahme von 36,7 Prozent vermeldet sowie in der Zentral- und Nordwestschweiz eine Zunahmen von mehr als 10 Prozent. Zürich konnte hingegen als einzige Region sogar eine Abnahme von 1,7 Prozent verzeichnen.¹⁸

2.1.4 Entwicklung der Konsumkredite

Ein Ausschnitt aus der Medienmitteilung vom 21. November 2007 des Marktforschungsinstituts gfs-zürich schildert die Entwicklung der Konsumkredite anschaulich:

„...Herbst 2007: gute Wirtschaftslage, gute Aussichten, sehr gute Gewinnlage bei den Firmen, wenig Arbeitslose, steigender Konsum. Dann die SDA-Meldung: Mehr als 1 Mio. Pfändungen und Höchststand an Privatkonkursen, sogar höher als im Crashjahr 1994. Ist das Leben auf Pump in der Schweiz salonfähig geworden? Nähern wir uns bei der Privatverschuldung den Verhältnissen in Europa an oder ist die Schweiz gar auf dem Weg der USA?“

¹⁶ Vgl. Creditreform (Pressemitteilung 2008)

¹⁷ Vgl. Creditreform (Pressemitteilung 2008)

¹⁸ Vgl. Creditreform (Pressemitteilung 2008)

Die Fragen um die Konsumkredite sind nicht neu. Neu ist aber die hohe Zahl von Personen, die in Schwierigkeiten geraten. Eine besondere Rolle könnte den Gratiskarten zukommen, welche durch die dem Gemeinwohl verpflichteten Genossenschaften Migros und COOP lanciert wurden und die wegen den darin enthaltenen Teilzahlungsmöglichkeiten spezielle Risiken bergen. Die Schleusen sind geöffnet und es ist davon auszugehen, dass diese nicht wieder zugehen. Der Markt weitet sich aus, dieser Entwicklung muss man sich stellen. Die Industrie ist auf ein nicht überreguliertes Umfeld angewiesen, um Gewinne machen zu können. Im Gegenzug muss die Industrie aber auch Verantwortung übernehmen.

Das **Kreditvolumen in der Schweiz** betrug per Ende 2006 total 14 Mia. Schweizer Franken. Im **Zeitraum zwischen 2003 und 2006 wurde ein Zuwachs von 5.34%** verzeichnet. Die Branche rechnet auch für die Zukunft mit einem moderaten Wachstum. Peter Spichiger-Carlsson, Institutsleiter von gfs-zürich beschreibt die Situation in der Schweiz wie folgt: «Die Schweiz gehört mit einem Pro-Kopf-Kreditvolumen von 1'922 Franken bis anhin zu den am wenigsten verschuldeten Ländern. Durch die Senkung der Eintrittsschwelle z. B. durch die Gratiskreditkarten wächst aber das Risiko von vermehrter Überschuldung und dadurch auch das Risiko staatlicher Lenkung.»...¹⁹

2.1.5 Veränderungen des Aufwandes in der Debitorenbewirtschaftung

Die Bewirtschaftung der Privatkundenforderungen in der Schweiz hat laut Intrum Justitia bei Schweizer Unternehmen in den letzten drei Jahren (seit 2004) zugenommen. 37 Prozent der Befragten gaben an, Mehraufwand gehabt zu haben. Nur 12 Prozent konnten eine positive Entwicklung feststellen.

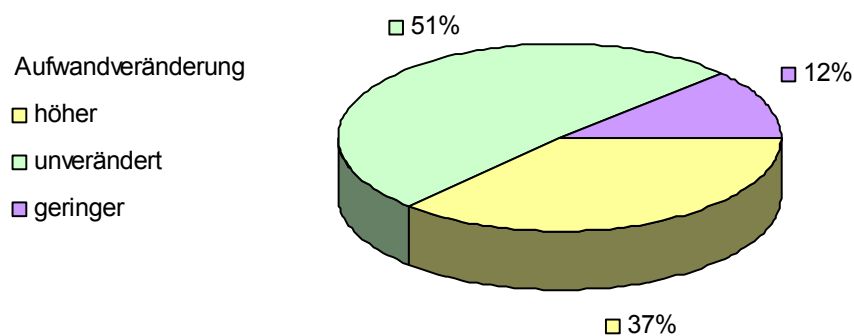


Abbildung 4: Veränderung Aufwand Debitorenbewirtschaftung während letzter 3 Jahre²⁰

Die Werte der Schweiz liegen nur wenig unter der gesamteuropäischen Entwicklung. Für die gleiche Zeitperiode gaben in Europa 41 Prozent steigende und 9 Prozent sinkende Aufwände an. Die unerfreulichste Entwicklung verzeichnet die deutschsprachige Region mit 53 Prozent steigenden und 7 Prozent sinkenden Aufwänden.²¹

¹⁹ gfs-zürich (Medienmitteilung 2007)

²⁰ Vgl. Intrum Justitia (Research September 2007)

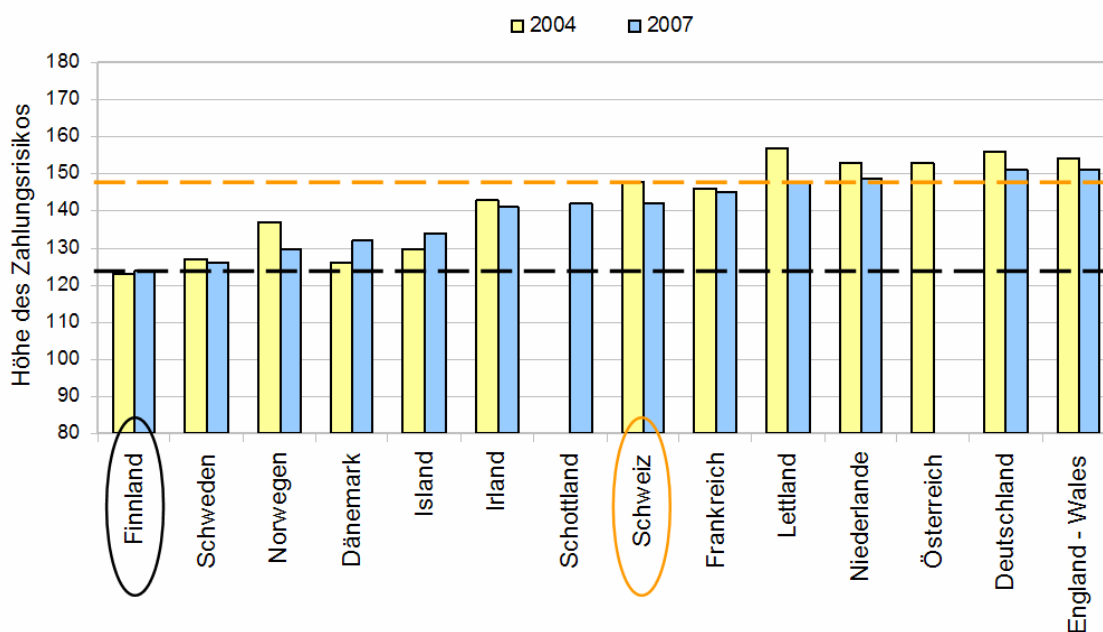
²¹ Vgl. Intrum Justitia (Research September 2007)

2.2 Vergleich Zahlungsverhalten Schweiz und Europa

Die jährlich durchgeführte Studie European Payment Index von Intrum Justitia umfasst unter anderem einen Vergleich von 25 europäischen Ländern im Zahlungsverhalten und zu den Zahlungsrisiken. Die Studie vom Frühling 2007 zeigt auf, dass die skandinavischen Länder, Finnland, Schweden und Norwegen, erneut die geringsten Zahlungsrisiken aufweisen.

Finnland, das nicht nur hinsichtlich der tiefsten Zahlungsrisiken Vorbildcharakter hat, sondern im 9. Schuljahr bereits über ein für alle obligatorisches Fach Wirtschaftskunde (Economics) verfügt, wird diesbezüglich im Kapitel 3.3.5 noch genauer angeschaut.

Die nachfolgende Darstellung zeigt die Positionierung der Schweiz bzgl. Zahlungsrisiken im europäischen Vergleich:²²



Höhe des Zahlungsrisikos

100	kein Zahlungsrisiko / Zahlungen werden in bar getätigt, rechtzeitig oder sogar frühzeitig und ohne Kreditaufnahme
101 – 124	geringes Zahlungsrisiko
125 – 149	erhöhtes Zahlungsrisiko
150 – 174	grosses Zahlungsrisiko
175 – 199	erhebliches Zahlungsrisiko, danach sehr grosses Risiko bzw. Zahlungsausfall

Abbildung 5: Europäischer Vergleich zu den Zahlungsrisiken²³

²² Vgl. Intrum Justitia (Risk Index – Sommer 2007 Schweizer Schuldner Index)

²³ Eigene Aufbereitung in Anlehnung an Intrum Justitia (European Payment Index – Spring 2007, S. 6)

2.2.1 Der typische Schweizer Schuldner

Gemäss Intrum Justitia ist der typische Schweizer Schuldner in den Städten der Romandie oder des Tessins wohnend, in Liegenschaften mit einem hohen Ausländeranteil lebend, bis 30 Jahre alt, Single und Konsumeinsteiger.²⁴

Roland Isler erklärte bereits im Jahr 2005 gegenüber dem Tages-Anzeiger, dass im Kanton Zürich die 19- bis 30-Jährigen mit rund einem Drittel aller Betriebenen, die am meisten von Verschuldung betroffenen Personen ausmachten.²⁵

2.3 Gründe für die steigende Verschuldung und Überschuldung

In diesem Abschnitt werden Gründe für die sinkende Zahlungsmoral sowie die zunehmende Ver- und Überschuldung erläutert. Diese Gründe sind Ausgangspunkte, welche für die Handlungsempfehlungen zur Behebung dieser Situation relevant sind.

Laut einer Studie von Intrum Justitia liegt der Hauptgrund für die Verschlechterung der Zahlungsmoral in der Schweiz wie auch in den übrigen befragten 24 Ländern in einem negativen Wertewandel unserer Gesellschaft. Auf dem zweiten Platz steht das immer grössere Bedürfnis, Wünsche sofort zu befriedigen, obwohl die finanziellen Möglichkeiten dies eigentlich nicht zulassen würden. Intrum Justitia nennt gleichzeitig, dass sich die Konsumenten über die Kostenfolgen bei Beschaffung eines Gutes oft nicht im Klaren seien bzw. sich nicht dafür interessierten. An dritter Stelle steht das selektive Zahlungsverhalten. Dies bedeutet, dass ein Zahler je nach Lieferant ein anderes Zahlungsverhalten aufweist.²⁶

Experten aus den Bereichen Schuldensanierung und Schuldenprävention sehen die Ursachen von Verschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener zudem in folgenden Punkten: Fehlende Vermittlung der Werte im Umgang mit Geld durch die Eltern, Finanzierung eines aufwendigen Lebensstils durch die Eltern, fehlendes Bewusstsein für zunehmende Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder Scheidung, verlorene Nähe zum Geld infolge bargeldlosem Zahlungsverkehr sowie vermehrte Selbstverwirklichung und Identitätsfindung durch Konsum.²⁷

Aber auch weitere Faktoren sind für die Verschuldung von Jugendlichen verantwortlich: Unerfahrenheit, Gruppendruck, Verlockungen der Werbung oder unaufschiebbar scheinende Wünsche. Kommen zur altersbedingten Verunsicherung noch belastende Lebensumstände oder Krisen hinzu, steigt das Risiko, dass Jugendliche ihren Konsum nicht mehr kontrollieren können. Vor allem Selbstwertprobleme können zu demonstrativem oder kompensatorischem Konsumverhalten führen.²⁸

2.4 Risiken mangelnder Erziehung im Umgang mit Geld

Da Überschuldung (vgl. Definition im Kapitel 1.4.4) eine Steigerungsform von Verschuldung ist, sollten Kinder und Jugendliche möglichst früh darauf sensibilisiert werden, wohin das Schulden-Machen im Extremfall führen kann. Wer schon als Kind oder Jugendlicher Schul-

²⁴ Vgl. Intrum Justitia (Risk Index – Sommer 2007 Schweizer Schuldner Index 2007)

²⁵ Vgl. Tages-Anzeiger vom 24. August 2005

²⁶ Vgl. Intrum Justitia (Research September 2007) und Intrum Justitia Deutschland (Pressemitteilung, 2007)

²⁷ Vgl. Zürcher Regierungsrat (2008, S. 3)

²⁸ Vgl. Studer Regula und Högger Dominique (2007, S. 6)

den als normal betrachtet und sich der Risiken nicht bewusst ist, läuft Gefahr, irgendwann in eine Überschuldung zu gelangen. Es sind aber nicht alle Arten von Schulden gefährlich. Gefährlich wird es erst dann, wenn Rechnungen nicht mehr innerhalb der Frist oder gar nicht mehr beglichen werden können. Solche Schulden gehen schliesslich auf ökonomische und gesellschaftliche Kosten: Gläubiger erleiden Schaden, wenn Schuldner ihre Rechnungen nicht mehr zahlen und oftmals geraten Überschuldete und ihre Familien früher oder später in finanzielle Abhängigkeit von staatlicher Sozialhilfe. Ein anderer Aspekt ist, dass Verschuldung und Überschuldung das psychische Wohlbefinden der Betroffenen negativ beeinflussen könnten. Erfahrungsberichte von Betroffenen zeigen, dass Überschuldung zu Isolation oder sozialer Ausgrenzung führen kann. Somit sind Verschuldung und Überschuldung oftmals auch eine Ursache von sozialer Desintegration.²⁹

Aus gesellschaftlichen, wirtschaftlichen wie auch sozialen Gründen sollte es daher im Interesse des Staates, liegen, Bürger zu haben, die gewandt sind im Umgang mit Geld und über finanzielle Sicherheiten verfügen. Wegen den negativen Folgen von Überschuldung sollte die Aufklärung und Erziehung im Umgang mit Geld als Stärkung von Finanz- und Alltagskompetenz verstanden werden, die auch durch die Schule vermittelt werden sollte.³⁰

2.5 Fazit Zahlen und Fakten zur Verschuldung

In diesem Kapitel wurde aufgezeigt, dass unsere Gesellschaft bezüglich Wertvorstellungen einem Wandel unterliegt und sich, wie die Zunahme der Konsumkredite bestätigt, immer mehr von einer Cash Society in eine Credit Society³¹ entwickelt. Auch wenn die Entwicklung der Privatkonkurse für den Kanton Zürich im Jahr 2006 eine Abnahme von 1,7 Prozent betrug, so erreichten die Pfändungen und Zahlungsbefehle doch einen Höchststand.

Zudem zeigte dieses Kapitel, dass sich die Haltung gegenüber dem Schulden-Machen bereits in frühen Jahren festigt. So haben beispielsweise 80 Prozent der überschuldeten Menschen erstmals im Alter zwischen 16 und 25 Jahren Anschaffungen auf Kredit gemacht. Die Beschreibung des typischen Schweizer Schuldners weist ebenfalls darauf hin, dass Konsumeinsteiger oder Junge oftmals nicht wissen, wie sie mit Geld umgehen sollten und daher in Schulden oder gar Betreibungen geraten. Aufklärung durch den Staat in dieser Altersgruppe ist jedoch nicht mehr ganz so einfach, da bereits verschiedenste Lebenswege eingeschlagen worden sind. Mit Prävention vor Verschuldung und Sensibilisierung im Umgang mit Geld während der obligatorischen Volksschule könnte hingegen eine flächendeckende Gelderziehung sichergestellt werden. Auch Verschuldung aufgrund schlichter Unerfahrenheit könnte dadurch vermieden werden.

Die starke Positionierung der skandinavischen Länder bzgl. Zahlungsmoral, die für eine gesunde und attraktive Wirtschaft wichtig ist, zeigt auf, dass im Rahmen dieser Arbeit auf die Präventionsaktivitäten dieser Länder ein besonderes Augenmerk gelegt werden sollte.

Auch wenn die Verschuldungsthematik nicht ein Massenphänomen einer kaufwütigen Jugend ist, so sollte auch laut Elisa Streuli, der Gelderziehung bei Kindern und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.³² Möglichst früh beginnende Aufklärung der Konsumenten wäre wichtig, um möglichst ein Land mit Bürgern zu haben, die unabhängig von Sozialhilfe leben, konsumkompetent und gewandt im Umgang mit Geld sind sowie über finanzielle Sicherheiten verfügen.

²⁹ Vgl. Eidgenössisches Büro für Konsumentenfragen (2005, S. 20)

³⁰ Vgl. Streuli Elisa, Steiner Oliver, Mattes Christoph und Shenton Franziska (2007, S. 14)

³¹ www.kvschweiz.ch (22. September 2007)

³² Vgl. Streuli Elisa (2007, S. 14)

3 EINFLÜSSE AUF DAS ERLERNEN DES UMGANGS MIT GELD

In diesem Kapitel werden die Einflüsse auf Heranwachsende im ökonomischen Sozialisationsprozess näher untersucht. Der Fokus wird dabei auf das Erlernen des Umgangs mit Geld gelegt. Die folgende Darstellung zeigt, dass die Sozialisationsagenten Eltern, Gleichaltrige, Markt, Schule und Medien Einfluss auf die ökonomische Sozialisation haben. In der vorliegenden Arbeit wird der Fokus insbesondere auf die nähere Betrachtung der Rollen und Erziehungsaufgaben der Eltern und der Schule gelegt. Weiter werden die Erziehungsaktivitäten und -angebote von nicht-schulischen Organisationen genauer betrachtet.

Die Gleichaltrigen, die einen sehr grossen Einfluss auf das Konsumverhalten von Jugendlichen haben und die Medien, die ebenfalls starke Meinungsbeeinflusser sind, werden für die Handlungsempfehlung berücksichtigt, in diesem Kapitel jedoch nur kurz erläutert. Auf die unten aufgeführten sozialstrukturellen Einflussvariablen wie die Schichtzugehörigkeit, das Einkommen und die Bildung der Eltern oder das Alter und Geschlecht der Kinder und Jugendlichen³³ wird in diesem Kapitel nicht spezifisch eingegangen.

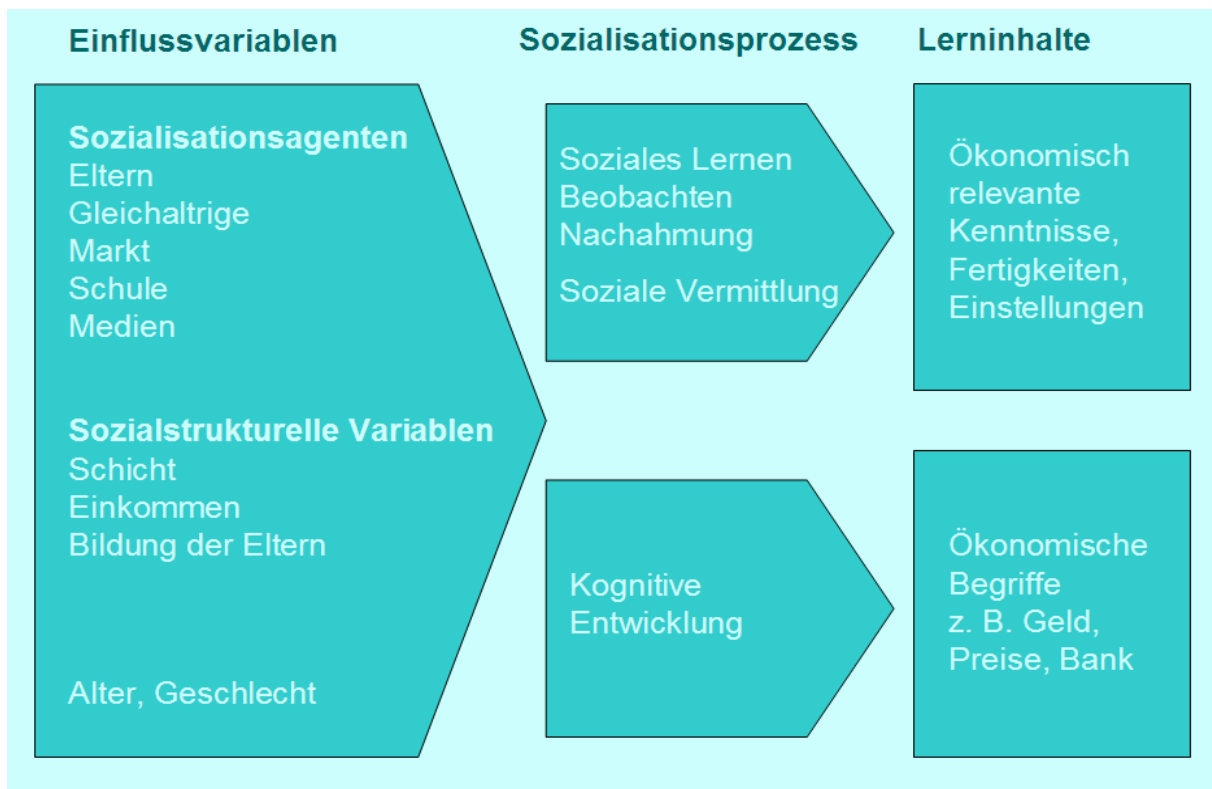


Abbildung 6: Modell der ökonomischen Sozialisation von Heranwachsenden³⁴

Als Erstes wird die kognitive Entwicklung und das altersspezifische Verständnis von Geld bei Heranwachsenden beschrieben, um aufzuzeigen, welche Fähigkeiten Kinder und Jugendliche in welchem Alter haben.

³³ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000 S. 19)

³⁴ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 19) nach Gunter Barrie/Furnham Adrian (1998, S. 14) und Kroebel-Riel Werner (1992, S. 645)

3.1 Kognitive Entwicklung und Verständnis von Geld bei Kindern und Jugendlichen

Die kognitive Entwicklung von heranwachsenden Kindern spielt im ökonomischen Sozialisationsprozess eine wichtige Rolle. Das Verständnis für ökonomische Begriffe entwickelt sich im Kinder- und Jugendalter in verschiedenen Erkenntnisstadien. Kinder beginnen die Welt langsam zu verstehen, indem sie für sich laufend Begriffssysteme konstruieren. Das Bilden dieser Begriffssysteme ist die Voraussetzung für die Entwicklung des eigenen Konsumverhaltens bzw. die Übernahme sozialer Rollen im Wirtschaftsleben. Die Entwicklung des Geldbegriffs spielt dabei eine zentrale Rolle. Wie in der untenstehenden Tabelle aufgeführt, entwickelt sich das Verständnis des Münzsystems und das Verständnis der Beziehung zwischen Ware und Geld in verschiedenen Erkenntnisstadien bzw. Altersstufen.³⁵

³⁵ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000 S. 24)

Altersstufe	Kognitive Entwicklung und Verständnis von Geld
Kleine Kinder bis 6 Jahre	<p>Das Vorschulkind hat noch kein monetäres Verständnis. Der Akt des Zahlens ist für das Vorschulkind lediglich ein Ritual, das es bei den Eltern beobachtet. Es kennt Geld nur in der sichtbaren Form von Münzen und Banknoten. Es sieht auch keinen Zusammenhang zwischen dem Einkaufspreis und dem Verkaufspreis einer Ware, da bei ihm noch keine Rechenkenntnisse vorhanden sind. Es kann die Grundregeln des Handelns daher noch nicht verstehen.</p>
Schuleintritt (6 bis 7 Jahre)	<p>Mit dem Schuleintritt vollziehen sich beim Kind bedeutende intellektuelle und kognitive Entwicklungsschritte. Es entsteht unter anderem ein Verständnis für Mengen. Im Kind entsteht das Verständnis für die Beziehung zwischen Geld und Ware. Kinder beginnen zudem die Höhe des Wechselgeldes zu verstehen.</p> <p>Verständnis von ökonomischen Institutionen wie z. B. Bank: Kinder sehen eine Bank als selbstlose, nicht gewinnorientierte Einrichtung, bei der man sich Geld beschaffen kann und die das Geld der Sparer sicher aufbewahrt.</p>
um 10 Jahre und frühes Jugendalter (12 bis 15 Jahre)	<p>Das Kind versteht Geld noch als konkreten Gegenstand. Es entwickelt sich ein Verständnis für den unterschiedlichen Einkaufs- und Verkaufspreis bzw. die Bedürfnisse des Verkäufers wie Kostendeckung (Deckung von Kosten wie Löhne, Mieten etc.) und für das Gewinnstreben. Das Kind beginnt die Handelsspanne zu verstehen.</p> <p>Verständnis von ökonomischen Institutionen wie z. B. Bank: Kinder beginnen zu verstehen, dass die Bank auch Geld in Form von Krediten verleiht. Dass die Bank einen Profit anstreben könnte, ist Kindern dieser Altersgruppe jedoch noch fern. Nach Vorstellung der Kinder zahlt man bei einem Kredit soviel zurück wie man erhalten hat. Es entsteht zwar bei den Kindern allmählich ein Konflikt bezüglich der Frage, wie die Gehälter der Beschäftigten in der Bank bezahlt werden.</p>
spätes Jugendalter (15 bis 18 Jahre)	<p>Im späteren Jugendalter beginnen Jugendliche Geld auch als abstraktes Gut zu verstehen. In diesem Alter wird Geld somit auch als Kontoguthaben oder durch Benutzung von Kreditkarten verstanden. Es entsteht ein komplexes Verständnis für Faktoren, die den Preis beeinflussen wie Angebot und Nachfrage, Gewinnstreben, Wettbewerb oder Marken.</p> <p>Verständnis von ökonomischen Institutionen wie z. B. Bank: Erst spät im Verlauf des Jugendalters entwickelt sich die Betrachtung der Bank als gewinnorientierte Institution.</p>

Tabelle 1: Kognitive Entwicklung und Verständnis von Geld bei Heranwachsenden³⁶³⁶ Eigene Aufbereitung in Anlehnung an Rosendorfer Tatjana (2000, S. 24 - 26) und Mietzel Gerd (1997, S. 194)

Eigene Beobachtungen zeigen, dass Kinder bereits im Primarschulalter als Zielgruppe von Marketingmassnahmen angeworben werden und auf dem Markt als Konsumenten auftreten. Dies geschieht in einem Alter lange bevor sie über ein Verständnis für die Marktmechanismen oder ökonomischen Institutionen, wie beispielsweise die Bank, verfügen. Kinder wachsen mit dem Konsum auf, sind in viele Konsumhandlungen eingebunden und ahmen schon sehr früh das Verhalten der Erwachsenen nach. Daher sind Kinder heute als äusserst konsumkompetent zu bezeichnen. Sie verfügen über Produkt- und Markenkenntnisse, kennen Preise und Geschäfte, äussern Konsumwünsche und wissen meist auch, wie viel Geld sie für den Kauf benötigen.³⁷

Allerdings steht dieses hohe Konsumwissen einem geringen Wissen über allgemeine ökonomische Zusammenhänge gegenüber. Das Konsumwissen der Primarschulkinder ist ein durch das Marketing aufgebautes Wissen, während die Kinder über dahinterliegende Marketingmechanismen und -ziele kaum etwas wissen. Die Konsumkompetenz der Kinder ist daher eigentlich eine vom Markt erwünschte Kompetenz. Wegen dem mangelnden Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen ist die Fähigkeit von Kindern zum kritischen Konsumverhalten jedoch meist noch gar nicht ausgebildet.³⁸

Für die vorliegende Arbeit ist die Tatsache beachtenswert, dass bei der ökonomischen Sozialisation von Heranwachsenden die kognitive Entwicklung mit dem sozialen Erlernen der Rolle als Konsument nicht Schritt hält.³⁹ Hinzukommt die Erkenntnis aus einer deutschen Studie, dass vor allem Leistungsschwächere von Verschuldung betroffen sind.⁴⁰ Diesen Aspekten sollte bei der Erziehung im Umgang mit Geld besonders Rechnung getragen werden.

3.2 Einfluss Eltern

In diesem Kapitel werden die Rolle der Eltern in der Gelderziehung und die Funktion des Taschengelds, welches in erster Linie als Erziehungsmittel zum Erlernen des Umgangs mit Geld eingesetzt wird, betrachtet. Die Ziele dieses Kapitels und des Kapitels 3.3 „Einfluss Schule“ sind es, die im Kapitel 7.2.1 definierte „Rollenaufteilung zwischen Schule und Eltern“ herzuleiten, um anschliessend sinnvolle Handlungsempfehlungen an die Volksschule machen zu können.

3.2.1 Rolle der Eltern

Grundsätzlich haben die Eltern gegenüber den Kindern gemäss Schweizerischem Zivilgesetzbuch Erziehungspflichten wahrzunehmen.⁴¹ Sie haben die Aufgabe, Kinder auf das Erwachsenenleben vorzubereiten und ihnen die nötigen Alltagskompetenzen zu vermitteln.⁴²

Die Gelderziehung der Eltern umfasst folgende Bereiche:

- den praktische Umgang mit Zahlungsmitteln
- die Planung und Verwendung des Geldes

³⁷ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 26)

³⁸ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 26)

³⁹ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 26)

⁴⁰ Vgl. Lange Elmar (2004, S. 151)

⁴¹ Vgl. Schweizerisches Zivilgesetzbuch (1907, Artikel 276)

⁴² Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 10)

- den Konsum
- das Sparen⁴³

In jeder Familie gibt es täglich eine Vielzahl von Situationen, in denen mit Geld umgegangen wird. Kinder erlernen den Umgang mit Geld daher von früh auf durch Beobachtungen in der Familie. Von Geburt der eigenen Kinder an nehmen Eltern eine prägende Vorbildrolle ein. Die wirtschaftlichen Handlungen, insbesondere diejenigen der Eltern, bilden den wichtigsten Teil für die ökonomische Sozialisation der Kinder.⁴⁴

3.2.2 Gelderziehungsbereiche

Die finanziellen Vorgänge im Elternhaus lassen sich in die Bereiche Geldbeschaffung, Geldverwaltung und Geldverwendung einteilen. Sie sind Kindern in unterschiedlicher Weise zugänglich. Nachfolgend werden die einzelnen Vorgänge beschrieben. Zudem wird aufgeführt, wie Kinder diese Vorgänge erlernen können.⁴⁵

3.2.2.1 Geldbeschaffung

Die Geldbeschaffung umfasst folgende finanziellen Vorgänge im Haushalt:

- Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Miet- und Zinseinnahmen
- Transferleistungen, z. B. Renten, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe
- Weitere Einnahmen, z. B. Kreditaufnahmen, Liquidierung von Finanzanlagevermögen⁴⁶

Der Bereich der Geldbeschaffung entzieht sich weitgehend der direkten Beobachtung der Kinder, da die Erwerbstätigkeit meist ausser Haus stattfindet, es sei denn, die Eltern führen einen eigenen Betrieb, mit dem Kinder von klein auf vertraut sind und bei denen die Einkommensquellen direkt beobachtbar werden.⁴⁷

Das Verständnis für die Herkunft des Gehalts der Eltern wird daher meist erst dann entwickelt, wenn die Funktionsweise des Systems, in dem das Gehalt verdient wird, verstanden wird. Dies ist teilweise erst im Jugendalter der Fall.⁴⁸

Entsprechende Gelderziehungsbereiche:

- Wesen und Funktion des Geldes
- Herkunft des Geldes (u. a. Erwerbsarbeit und Entlohnung, staatliche Unterstützungsleistungen)⁴⁹

⁴³ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000 S. 17-18)

⁴⁴ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000 S. 17)

⁴⁵ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000 S. 20-24)

⁴⁶ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

⁴⁷ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

⁴⁸ Vgl. Claar Annette (1990, S. 192)

⁴⁹ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

3.2.2.2 Geldverwaltung

Die Geldverwaltung umfasst folgende finanziellen Vorgänge im Haushalt:

- Verteilung der Zuständigkeiten für finanzielle Angelegenheiten in der Familie
- Aufstellung eines Budgets, Planung und Einteilung des verfügbaren Haushaltseinkommens
- Zuteilung und Aushändigung der Geldmittel
- Verfügung, Aufbewahrung, Umgang mit Zahlungsmitteln sowie Nutzung von verschiedenen Zahlungsweisen⁵⁰

Die Geldverwaltung bzw. die alltägliche Handhabung des Geldes wie die Aufbewahrung des Geldes zu Hause, das Abheben vom Bankkonto oder die Einteilung des Geldes für vorgesehene Ausgaben, ist durch die Kinder grösstenteils konkret im Haushalt beobachtbar. Die Aufstellung eines Haushaltsbudgets und die Planung der Geldverwendung gehören zu den Aktivitäten des Finanzmanagements, in die ältere Kinder und Jugendliche eingebunden werden können. Dies setzt jedoch Transparenz über die Ressourcen im Haushalt voraus. Da Geld in vielen Familien ein Tabuthema ist, fehlt häufig die Offenheit und Bereitschaft seitens der Eltern, die Familienfinanzen auf den Tisch zu legen und das Haushaltsbudget zu diskutieren.⁵¹

Entsprechende Gelderziehungsbereiche:

- Transparenz über das verfügbare Haushaltseinkommen
- Einbindung in die Planung und Einteilung des Geldes
- Verteilung der Geldmittel, Aushändigung von Taschengeld
- Praktische Handhabung der Zahlungsmittel, d.h. Umgang mit Bargeld, Nutzung von Bankkonto und Geldautomaten⁵²

3.2.2.3 Geldverwendung

Die Geldverwendung umfasst folgende finanziellen Vorgänge im Haushalt:

- Verwendung des Einkommens für verschiedene Ausgabenbereiche wie Zahlung der Miete, privater Verbrauch, Steuern, Versicherungen, Sparen
- Konsumverhalten bei Gütern des täglichen Bedarfs sowie Konsumverhalten und Kaufverhalten bei langlebigen Gebrauchsgütern: Planung von Anschaffungen, Einholen von Informationen, Nutzung verschiedener Informationsquellen
- Entscheidungsverhalten je nach Konsumgut (impulsiv, habituell, extensiv)
- Wahl des Einkaufsstätte, Finanzierung des Konsumgutes

⁵⁰ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

⁵¹ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

⁵² Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

Die Geldverwendung eignet sich ebenfalls für die Partizipation der Kinder. Insbesondere die Phasen des Kaufvorgangs wie das Einholen von Informationen unter Nutzung verschiedener Informationsquellen, die Kauf- und Finanzierungsentscheidung sowie der Kaufakt eignen sich hierfür. Gewisse Gebiete, wie die Verwendung des Einkommens für Steuern, Versicherungen und die Tilgung von Krediten sowie für die Geldanlagen oder weitere Sparformen müssen Kindern aktiv vermittelt werden. Sie spielen für die ökonomische Kompetenz im Erwachsenenalter eine grosse Rolle, werden in der Gelderziehung jedoch häufig vernachlässigt, weil sich dieser Bereich des Finanzmanagements nicht so beiläufig erlernen lässt wie das Konsumverhalten. Gerade darin liegt jedoch ein wichtiges Potential, um künftige Notlagen durch wirtschaftliche Unerfahrenheit und Unwissenheit – eine der wichtigsten Ursachen der Überschuldung – zu verhindern.⁵³

Gelderziehung umfasst nicht nur praktische Fragen des Umgangs mit Geld, sondern insbesondere auch die Erziehung zu einer konsumkritischen Haltung.⁵⁴

Entsprechende Gelderziehungsbereiche:

- Festlegen der Ausgaben für verschiedene Ausgabenbereiche, z. B. feste und variable Kosten, besondere Ausgaben, Sparbeiträge etc.
- Führen eines Haushaltsbuches
- Konsumverhalten: Planung, Entscheidung und Durchführung von Käufen von Gütern des täglichen Bedarfs sowie von langlebigen Gebrauchsgütern⁵⁵

Nebst diesen drei Bereichen sei an dieser Stelle auch auf die Vermittlung von nicht-monetären Aspekten des Geldes durch die Eltern hingewiesen. Diese Aspekte erlernen Kinder unbewusst durch die Beobachtung der Eltern. Nicht-monetäre Aspekte sind Werthaltungen, die mit Geld in Zusammenhang gebracht werden. Es ist auch die symbolische Bedeutung von Geld innerhalb der Familie z. B. als Mittel der Zuneigung, Anerkennung oder Macht. Geld kann in gewissen Familien bestimmend sein für die Identität und das Selbstwertgefühl der Familienmitglieder. Diese immaterielle Komponente des Geldes wird in der Familie oftmals ignoriert und tabuisiert. Geld übernimmt eine Fülle von unterschiedlichen, mitunter widersprüchlichen symbolischen Bedeutungen, die lebenslang fortwirken können.⁵⁶

3.2.3 Gelderziehungsmittel der Eltern

In erster Linie wird Taschengeld als konkretes Gelderziehungsmittel durch die Eltern eingesetzt.⁵⁷ Weitere Gelderziehungsmittel der Eltern sind Gespräche über Geld oder die Beteiligung der Kinder an finanziellen Entscheidungen in der Familie.

Mit der Einführung des Kinderarbeitsverbots in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fand in Europa und den USA ein grosser Wandel statt. In dieser Zeit wurden Kinder zunehmend ins öffentliche Schulsystem integriert und der Schutz von Kindern und Jugendlichen stieg an. In dieser Zeit entstand der Anspruch, dass die Arbeit der Kinder ausschliesslich erzieherische

⁵³ Vgl. Rosendorfer Tatjana (1993, S. 203)

⁵⁴ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 36)

⁵⁵ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 22-23)

⁵⁶ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 27)

⁵⁷ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 17)

Bedeutung haben sollte. Die Trennung von Arbeit und Geld sollte von da an für alle Kinder unabhängig von ihrer Schicht- oder Klassenzugehörigkeit gelten. **Auf diese Zeit ist zurückzuführen, dass für jüngere Kinder der Zusammenhang zwischen Arbeit und Geld nicht mehr immer ganz offensichtlich ist.** Taschengeld war von dann weg reines „educational money“, das ausschliesslich die Aufgabe hatte, Kinder zum richtigen Gebrauch des Geldes anzuleiten.⁵⁸ Taschengeld als Sanktionsmittel zu benutzen oder andere Erziehungsziele wie z. B. Lob oder Tadel auszudrücken, sollten nicht von der Höhe des Taschengeldes abhängen.

Auch heute versteht die Mehrheit unter Taschengeld „educational money“. Folgende Merkmale für Taschengeld hat Christine Feil basierend auf Informationen aus Taschengeldratgebern und -empfehlungen definiert:

- Taschengeld ist Anspruch auf einen Teil des Familienbudgets und weder Arbeitslohn noch Entschädigung für Hilfsdienste.
- Taschengeld wird dem Kind regelmässig von den Eltern zugeteilt, es ist kein Almosen.
- Taschengeld ist ein fest kalkulierbares und damit planbares Geldeinkommen und kein Sanktionsmittel.
- Taschengeld ist kein Spargeld, sondern persönliches Geld des Kindes. Das Kind darf selbstständig entscheiden, wofür das Geld verwendet werden soll.⁵⁹

Gründe für die Abgabe von Taschengeld sind beispielsweise:

- Kinder sollen anhand eines regelmässig bezahlten Taschengeldes lernen, eigene Erfahrungen in der Konsumwelt zu machen, ihr Geld einzuteilen und damit auszukommen.
- Kinder sollen durch Taschengeld Freude an der wachsenden Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit entwickeln und behalten.
- Kinder wollen dazugehören, daher sollten Kinder wie ihre Kollegen Taschengeld erhalten. Das bedeutet nicht, dass sie genau so viel bekommen müssen wie andere.
- Taschengeld bietet Eltern und Kindern die Chance, miteinander über Geld bzw. das damit verbundene Wirtschaften, Haushalten und Planen zu sprechen.^{60/}

In Zusammenhang mit der Abgabe von Taschengeld sollten die Eltern folgende Themen mit dem Kind besprechen und erklären:

- weitere Geldquellen nebst dem Taschengeld
- Verwaltung des Taschengeldes: Aufbewahrung, Sparbuch, Bankkonto
- Verwendungsmöglichkeiten des Geldes: Sparen für kurz- oder langfristige Sparziele und Erfüllung von Konsumwünschen⁶¹

⁵⁸ Vgl. Feil Christine (2003, S. 23-30)

⁵⁹ Vgl. Feil Christine (2003, S. 32-33)

⁶⁰ Vgl. Feil Christine (2003, S. 35) und Rosendorfer Tatjana (2000, S. 47)

⁶¹ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 23)

Feststellungen zur Taschengelderziehung

Die Stadtammänner/Betreibungsbeamten von Zürich nahmen im März 2006 zu ihren Schuldenpräventionskampagnen bei Jugendlichen in den Schulen Stellung. Der nachfolgende Auszug aus dem Bericht umfasst Feststellungen zur Taschengelderziehung, die durch die Beamten gewonnen wurden sowie Empfehlungen an Eltern und Schulen zur Vermeidung von finanziellen Engpässen oder Schulden.

*„Während den Schulbesuchen wurde die Feststellung gemacht, dass zahlreiche Schülerinnen und Schüler nicht regelmässig einen festgelegten Betrag an Taschengeld von ihren Eltern erhalten. **Viele Jugendlichen gaben an, ihre Eltern je nach Bedarf nach Geld fragen zu können.** Um den Kindern einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld beizubringen, ist es jedoch empfehlenswert, ihnen ab Schuleintritt ein monatlich fixes Taschengeld, analog dem späteren festen Lohn, auszubezahlen. Dadurch lernen die Jugendlichen, ihre Einnahmen und Ausgaben zu kontrollieren und erkennen, dass Geld nicht eine unerschöpfliche Ressource ist.*

***Um den Bezug zum Geld weiter zu erhöhen, erachten es die Stadtammänner als wünschenswert, dass auch innerhalb der Familien mehr über Geld und vor allem häufiger über Ausgaben, wie Wohnungsmiete, Versicherungsprämien oder Steuern, gesprochen wird.** Viele Jugendliche können den Wert des Geldes nicht einschätzen und wissen kaum, wie sich die Lebensunterhaltskosten zusammensetzen und was man leisten muss, um für diese aufzukommen. Die bargeldlosen Zahlungsmöglichkeiten, wie Kunden- und Kreditkarten, scheinen wesentlich zu dieser Entwicklung beizutragen. Die Virtualisierung des Geldes verleitet dazu, mehr auszugeben als wenn das Geld physisch über den Ladentisch übergeben werden muss. Von diesem Effekt ist insbesondere die Generation der Jugendlichen, welche mit diesen Zahlungssystemen aufgewachsen ist, betroffen.*

Neben den besagten Zahlungsmöglichkeiten zeigen weitere absatzfördernde Massnahmen ihre Wirkung stark bei Jugendlichen. So sind in der heutigen Konsumgesellschaft prestigeträchtige Statussymbole von immer grösserer Wichtigkeit. Markenprodukte spielen dabei eine zentrale Rolle. Besonders Teenager orientieren sich beim Kauf von Kleidern und Schuhen oft an Marken, obwohl diese prinzipiell teurer sind als gleichwertige, markenlose Produkte. Dadurch kann es zu finanziellen Engpässen oder Schulden kommen.“⁶²

Im Bericht wird die Zusammenarbeit von Schule und Eltern in der Prävention wie folgt empfohlen:

*„Um dies [d.h. finanzielle Engpässe oder Schulden, Anmerkung von C.G.] zu vermeiden, sind Gespräche, beispielsweise in Form von **Elternabenden**, erstrebenswert. In diesen sollen die Lehrkräfte die Familien stärken, den Wettbewerb um kostenintensive Markenartikel nicht mitzumachen.“⁶³*

3.2.4 Entwicklungstendenzen der elterlichen Erziehung

Tatjana Rosendorfer stellt in Zusammenhang mit der Vorbildrolle der Eltern fest, dass die Konsumentensozialisation in der Familie eher ein Prozess der unbeabsichtigten, indirekten Beeinflussung als ein aktives und zielgerichtetes Lehren sei.⁶⁴ Oftmals wissen Eltern nicht

⁶² Konferenz der Stadtammänner von Zürich (Medienorientierung 2006, S.12 - 13)

⁶³ Konferenz der Stadtammänner von Zürich (Medienorientierung 2006, S. 13)

⁶⁴ Vgl. Rosendorfer Tatjana (2000, S. 18 - 19)

genug über das Thema oder über die Konsequenzen von mangelnder Erziehung und tabuisieren das Thema Geld.

Eltern, als Glieder der Gesellschaft, leben zudem die typischen Werte der Konsumgesellschaft vor und sind zum Teil schlechte Vorbilder für die Kinder (vgl. Kapitel 2 mit Zahlen und Fakten zur Verschuldung). Auch Beobachtungen von Betriebsbeamten bestätigen, dass Kinder die Verhaltensweisen der Eltern übernehmen. Oftmals seien Eltern und ihre Kinder, d.h. ganze Familien, Kunden der Betriebsämter.

In unserer Gesellschaft arbeiten zudem vermehrt beide Elternteile. Daraus kann man schliessen, dass für familieninterne Erziehung weniger Zeit bleibt als früher.

Aber auch dann, wenn Eltern sich für die Erziehung und die Vermittlung von Werten Zeit nehmen, müssen ihre Anstrengungen einem immer grösser werdenden Einfluss des Marktes standhalten. Auch die Gleichaltrigen gewinnen bei Heranwachsenden immer mehr an Bedeutung. Was Eltern sagen, verblasst somit oftmals gegenüber den Versprechungen aus der Werbung oder gegenüber dem Einfluss der Gleichaltrigen. Der richtige Weg in der Erziehung zu finden ist anspruchsvoll. So sollte z. B. auch vermieden werden, Konsumwünsche der Kinder stets zu verweigern, da dies zu einer Konsumdeprivation führen kann. Dies bedeutet, dass zu einem späteren Zeitpunkt bei Jugendlichen die Neigung entstehen kann, mit übersteigertem Konsum dieses Defizit an Bedürfnisbefriedigung zu kompensieren.⁶⁵

3.2.5 Fazit Einfluss Eltern

Die Rolle der Eltern in der Gelderziehung ist zentral. Jedoch insbesondere aufgrund des gesellschaftlichen Wandels und des immer stärker werdenden Einfluss des Marktes, sind Eltern in der Gelderziehung auf die Unterstützung der Schule angewiesen. Um effiziente Prävention von Jugendlichen vor Verschuldung zu ermöglichen, ist die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule in der Erziehung zum richtigen Umgang mit Geld sehr wichtig. Die Bereitschaft zu kooperieren und beispielsweise im Rahmen von Elternabenden gemeinsame Werte festzulegen, kann ein möglicher Weg zum Erfolg sein.

3.3 Einfluss Schule

In diesem Kapitel werden die Rolle der Schule in der Erziehung im Umgang mit Geld und die Ist-Situation in den einzelnen Kantonen aufgezeigt. Die Ergebnisse einer Befragung bei den kantonalen Bildungs- und Erziehungsdirektionen gibt Aufschluss darüber, welche Kantone, die Thematik Umgang mit Geld im Lehrplan verankert haben bzw. welche Erfahrungen auch unabhängig vom Lehrplan im Unterricht zum Umgang mit Geld gemacht wurden. Es wird ersichtlich, welche Kantone Vorbildcharakter haben. Weiter wird ein Blick in den Zürcher Lehrplan geworfen sowie die Aktivitäten im Kanton Zürich und der Stadt Zürich beschrieben.

Ein Einschub zu Finnland, das der Erziehung im Umgang mit Geld grosse Beachtung schenkt und im 9. Schuljahr „Wirtschaftskunde“ als obligatorisches Fach im Lehrplan verankert hat, zeigt, wieviel von Seite der Schule her getan werden könnte zur Förderung des Umgangs mit Geld.

⁶⁵ Vgl. Plechinger Kathrin (1995, S. 76)

3.3.1 Rolle der Schule

Gemäss Schweizerischer Bundesverfassung sind die Kantone für das Schulwesen zuständig.⁶⁶

Die Bildungs- und Erziehungsaufgaben für die Volksschule sind daher auf kantonaler Ebene geregelt. Im Kanton Zürich nennt der entsprechende Erlass, das Volksschulgesetz, in Paragraph 2 folgende Bildungs- und Erziehungsaufgaben für die Volksschule:

„Die Volksschule erzieht zu einem Verhalten, das sich an christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen orientiert. Dabei wahrt sie die Glaubens- und Gewissensfreiheit und nimmt auf Minderheiten Rücksicht. Sie fördert Mädchen und Knaben gleichermassen.

*Die Volksschule **ergänzt die Erziehung in der Familie**. Schulbehörden, Lehrkräfte, Eltern und bei Bedarf die zuständigen Organe der Jugendhilfe **arbeiten zusammen**.*

Die Volksschule erfüllt ihren Bildungsauftrag durch die Gestaltung des Unterrichts und des Zusammenlebens in der Schule.

*Die Volksschule **vermittelt grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten**; sie führt zum Erkennen von Zusammenhängen. Sie fördert die Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und **strebt die ganzheitliche Entwicklung der Kinder zu selbstständigen und gemeinschaftsfähigen Menschen an**. Die Schule ist bestrebt, die Freude am Lernen und an der Leistung zu wecken und zu erhalten. Sie fördert insbesondere **Verantwortungswillen, Leistungsbereitschaft, Urteils- und Kritikvermögen** sowie Dialogfähigkeit. Der Unterricht berücksichtigt die individuellen Begabungen und Neigungen der Kinder und schafft die Grundlage zu lebenslangem Lernen.⁶⁷*

3.3.2 Erziehung im Umgang mit Geld in den Schweizer Kantonen

Aufgrund der föderalistischen Organisation des schweizerischen Schulsystems unterscheiden sich die Lehrpläne und Aktivitäten der Volksschule von Kanton zu Kanton. Um an Daten zur Ist-Situation in den einzelnen Kantonen zu gelangen und einen Überblick zu erhalten, was im Schulwesen der einzelnen Kantone zur Thematik bereits gemacht wird, wurde im Rahmen dieser Diplomarbeit eine Vollerhebung bei den kantonalen Bildungs- und Erziehungsdirektionen durchgeführt. Der Fragebogen zur Erhebung ist im Anhang 9.5.1 einsehbar.

Die Erhebung umfasste Fragen zum Umfang und zur Art der Verankerung des Themas Umgang mit Geld in den kantonalen Lehrplänen, empfohlene Lehrmittel und Projekte, Bestrebungen und Aktivitäten an den Schulen sowie die Einschätzung der Wichtigkeit und des Sinns eines neuen Schulfachs Umgang mit Geld.

3.3.2.1 Aktivitäten in den einzelnen Kantonen

Ein Fach Umgang mit Geld oder ähnlich gibt es bis anhin in keinem Kanton. Das Thema Umgang mit Geld wird jedoch in den meisten Kantonen im Rahmen des Lehrplans abgedeckt. In fast allen Kantonen ist die Thematik im Lehrplan der Sekundarstufe I erwähnt.

Auf eine Frage zur Wichtigkeit und zum Sinn eines Schulfachs Umgang mit Geld hat kein Kanton geantwortet, dass ein neues Fach geschaffen werden sollte. Einige Kantone finden dies übertrieben, angesichts der Wichtigkeit vieler anderer Themen, die auch nicht zum Schulfach erklärt würden, da die Lektionentafeln bereits voll seien. Einige Kantone sehen

⁶⁶ Vgl. Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1999, Artikel 62)

⁶⁷ Kanton Zürich, Volksschulgesetz (2005, Paragraph 2)

den Handlungsbedarf eher auf der Sekundarstufe II. Dennoch sehen die meisten Kantone die Thematik an und für sich als wichtig für die Volksschule an. Es sei ein aktuelles Anliegen und relevant für die erfolgreiche Bewältigung des Alltags. In der Umfrage erwähnten die Kantone statt der Einführung eines neuen Schulfachs, die fächerübergreifende Integration, die Integration im Bereich von Mensch und Umwelt (z. B. in Haushaltskunde, Lebenskunde oder Individuum und Gesellschaft), im Fach Deutsch oder gar im Bereich Informationstechnologie.

Die meisten Kantone führen in den Schulen auf eigene Initiative Aktivitäten zur Thematik durch. So werden im Kanton Aargau Theaterworkshops zu „Du bist was du hast!“⁶⁸ in der Oberstufe angeboten, Informationstage mit Betreibungsbeamten, Schuldenberatern oder Vertretern von Banken führen die Kantone Zürich, Nidwalden und Luzern durch. Empfehlungen an die Lehrpersonen zur Verwendung von bestimmten Lehrmitteln wie zum Beispiel dem Lehrmittel „Süssholz. Produzieren – Konsumieren“ oder „Konsum, Perspektive 21“ macht der Kanton Bern, diese Lehrmittel werden zudem auch im „Verzeichnis der obligatorischen und zugelassenen Lehrmittel im Kanton Zürich“ als zugelassene Lehrmittel aufgeführt. Der Kanton Neuchâtel hat sogar die versuchsweise Aufnahme der Thematik mit der UBS „Schoolbox“ im 9. Schuljahr erklärt. In diversen Kantonen können in der Oberstufe Einführungen in die Wirtschaftskunde oder andere dem Bereich Umgang mit Geld ähnliche Themen als Wahlfach besucht werden. Gewisse Kantone bieten den Lehrpersonen Weiterbildungskurse an. Im Kanton Aargau lautet der Titel des Kurses „Schulden machen ist nicht schwer“, im Kanton Uri „Sinnvoll mit Geld umgehen“ für das 5. bis 9. Schuljahr und im Kanton St. Gallen heisst der Kurs „Schuldenfallen erkennen und vermeiden“.

Inwiefern die Kreuze in der untenstehenden Tabelle als Obligat oder als Wahloption für die Lehrpersonen zu verstehen sind, kann nicht eindeutig gesagt werden. Es ist der Verfasserin einzig bekannt, dass im Kanton Waadt das Thema Budgeterstellung im Bereich Lebenskunde (*éducation à la citoyenneté*) für die 8. und 9. Klasse als obligatorisch erklärt wurde. Der Kanton Waadt ist in diesem Bereich somit Vorreiter und übernimmt eine Vorbildrolle.

Da den Lehrpersonen aller Kantone für die effektive Ausgestaltung des Unterrichts grosser Freiraum gelassen wird, um den Unterrichtsinhalt auf die Bedürfnisse der Klasse anzupassen, ist es nicht möglich, abschliessend aufzuzählen, was in den einzelnen Kantonen zur Thematik alles gemacht wird.

Die folgende Tabelle zeigt die Resultate der Umfrage zu den Fragen, in welchen Stufen und in welchem Unterrichtsbereich oder Fach der Umgang mit Geld im Lehrplan enthalten ist und welche Lehrmittel empfohlen werden.

⁶⁸ „Du bist was du hast!“ ist ein Forumtheaterprojekt zum Thema Jugend und Geld. Regie: Wurster Regina, Text und Spiel: Müggler Doro und Slamanig Erich, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Schuldenfragen Aargau

Kanton(e)	Umgang mit Geld enthalten im Lehrplan der Stufe(n)...									Unterrichtsbereich / Fach / Lehrmittel	
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.		
ZH				x	x	x	x	x	x	Mensch und Umwelt (Lebenskunde, Realien, Haushaltkunde) Fächerübergreifender Unterricht (Wirtschaftskunde)	
AG							x	x	x	Hauswirtschaft	
AI	Ziele im Lehrplan enthalten, jedoch unklar auf welcher Stufe									Mensch und Umwelt, Lebenskunde (Sekundarschule)	
AR	Ziele im Lehrplan enthalten, jedoch unklar auf welcher Stufe									Mensch und Umwelt, Lebenskunde, Hauswirtschaft	
BE			x	x			x	x	x	Natur - Mensch - Mitwelt (Hauswirtschaft) Empfohlene Lehrmittel: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Süssholz. Produzieren – Konsumieren (3./4. Stufe) ▪ Konsum, Perspektive 21 (7.-9. Stufe) 	
BL							x	x	x	Mensch und Umwelt, Hauswirtschaft	
BS										Keine Ziele im Lehrplan enthalten	
FR									x	Wahlfach im 9. Schuljahr: Initiation à l'économie	
GE	Keine Antwort erhalten										
GL										Keine Ziele im Lehrplan enthalten	
GR							x	x	x	Mensch und Umwelt, Wirtschaftskunde, Hauswirtschaft	
JU	Keine Antwort erhalten										
LU UR SZ OW NW ZG VS	Bildungsregion Zentral- schweiz	x	x	x	x	x	x	x	x	x	Mensch und Umwelt, Lebenskunde, Hauswirtschaft

Kanton(e)	Umgang mit Geld enthalten im Lehrplan der Stufe(n)...									Unterrichtsbereich / Fach / Lehrmittel
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	
NE									x	Education à la citoyenneté, Responsabilisation des élèves
SG							x	x	x	Mensch und Umwelt, Hauswirtschaft, Individuum und Gemeinschaft Empfohlene Lehrmittel: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Heftrihe „aktuell“ Nr. 3/2006 zu Jugendliche in der Schuldenfalle (7.-9. Stufe) ▪ Heft 10 von „Die neue Schulpraxis“ enthält Unterrichtseinheit zum Thema „Jugendliche und Geld“ von Eva Davanzo: Kaufe heute – zahle später! Kaufen: Lust oder Frust? (4.-6. Stufe)
SH	x	x	x				x			Mensch und Mitwelt, Mathematik
SO									x	Mensch und Umwelt, Hauswirtschaft
TG								x	x	Hauswirtschaft
VD								x	x	Education à la citoyenneté Budgeterstellung ist im 8./9. Schuljahr obligatorisch
VS							x	x	x	

Tabelle 2: Aktivitäten in den einzelnen Kantonen⁶⁹

Anmerkung zum Projekt HarmoS

Einige Kantone haben zudem vermerkt, dass sie davon ausgehen, dass die Finanzerziehung im Rahmen des Projekts HarmoS bei der Ausarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans einbezogen werde. Auch Regine Aeppli, Regierungsrätin und Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, meint, dass die Thematik Umgang mit Geld im Rahmen des Projekts HarmoS diskutiert werden müsse.⁷⁰

Da dieser Lehrplan jedoch ein Rahmenlehrplan sein wird, der lediglich Basiskompetenzen definiert und den Kantonen nach wie vor eigenen Spielraum für Unterrichtsinhalte lässt, ist es empfehlenswert, die Thematik auf kantonaler Ebene selbstständig aufzunehmen.

⁶⁹ Eigene Darstellung in Anlehnung an eigene Umfrage vgl. Anhang 9.5.1

⁷⁰ Aeppli Regine, Brief vom 12. Februar 2008 vgl. Anhang 9.6.4

3.3.3 Erziehung im Umgang mit Geld im Kanton Zürich

Im Zürcher Lehrplan ist der Umgang mit Geld in diversen Unterrichtsbereichen eingebettet. Eine übersichtliche Darstellung mit den Auszügen aus den Lehrplänen der Unter-, Mittel- und Oberstufe befindet sich im Anhang 9.6. Diese Auszüge beinhalten Lehrplaninhalte des Unterrichtsbereichs Mathematik, um eine Gewichtung gegenüber der Thematisierung in den anderen Bereichen (Mensch und Umwelt, Gestaltung und Musik sowie des fächerübergreifenden Unterrichts aufzeigen zu können.

Es fällt auf, dass für die **Unterstufe** lediglich Inhalte und Ziele zum Umgang mit Geld im Unterrichtsbereich Mathematik (Geldrechnen) aufgeführt werden.

Im Lehrplan für die **Mittelstufe** zieht sich der Fokus auf Inhalte und Ziele für den Unterrichtsbereich Mathematik (Geldrechnen) wie auf der Unterstufe weiter. Auf der Mittelstufe werden jedoch zusätzlich in zwei Unterrichtsbereichen fakultative, d.h. kursiv geschriebene Inhaltsziele genannt. Einerseits im Unterrichtsbereich Mensch und Umwelt unter „Einblick in Zusammenhänge gewinnen“ wird „Umgang mit Freizeit“ und „Taschengeld“ genannt und andererseits werden im Unterrichtsbereich Gestaltung und Musik die Ziele „Eigene Produkte mit im Handel erhältlichen Produkten vergleichen“ und „Eigenes Konsumverhalten überprüfen“ genannt.

Im Gegensatz zur Unter- und Mittelstufe nennt der **Oberstufenlehrplan** fast ausschliesslich im Unterrichtsbereich Mensch und Umwelt Ziele und Inhalte zum Umgang mit Geld. Für den Unterrichtsbereich Gestaltung und Musik wird - wie auf der Mittelstufe - das Ziel „Eigenes Konsumverhalten überprüfen“ genannt. Ausser für die Ziele und Inhalte im Bereich Mathematik und das Ziel „Eigenes Konsumverhalten überprüfen“ des Bereichs Gestaltung und Musik sind die Mehrheit der Ziele und Inhalte kursiv markiert, was bedeutet, dass die Lehrpersonen die Inhalte nach eigenem Gutdünken im Unterricht einbauen dürfen, jedoch keine Pflicht dazu besteht.

Im **stufenunspecifischen, fächerübergreifenden Unterricht** wird Wirtschaftskunde als möglicher Unterrichtsstoff im Lehrplan explizit erwähnt, jedoch ohne Angabe von Zielen und Inhalten.

Zudem sei hier erwähnt, dass die Beispiele im Lehrplan, welche konkret auf die Inhalte des Umgangs mit Geld Bezug nehmen, leider fast ausschliesslich kursiv markiert sind. Die Lehrpersonen können selbst entscheiden, welche Beispiele sie vertiefen möchten, dies bedeutet, dass Schüler z. B. nicht zwingend erlernen ein Budget zu erstellen oder Informationen über Wirtschaft, Geld oder Konsum erhalten. Gerade die kursivgedruckten Elemente sind aus Sicht der Verfasserin dieser Arbeit jedoch wichtig für das Erlernen des Umgangs mit Geld.

3.3.4 Erziehung im Umgang mit Geld in der Stadt Zürich

Angesichts der steigenden Bedeutung des Themas Finanzen und Schuldenprävention in der Gesellschaft hat das Schulamt der Stadt Zürich das „Dossier Finanzen“, Ausweg aus der Schuldenfalle, als Unterstützung für die Lehrpersonen der Oberstufe lanciert. Das Dossier zeigt den Lehrpersonen den direkten Bezug des Themas zum Zürcher Lehrplan auf und gibt ihnen eine Übersicht über Lehrmittel, die zum Thema Finanzen und Schuldenprävention vorhanden sind. Das „Dossier Finanzen“ liefert zudem Empfehlungen, wie die Thematik verstärkt in den Unterricht eingebaut werden könnte, sowie eine breite Auswahl an Online-Angeboten.

Bernhard Rüfenacht, der Stellvertreter von Ute Kaffarnik, Autorin des „Dossier Finanzen“ vom Schulamt der Stadt Zürich, beantwortete ein paar Fragen zur Publikation des „Dossier Finanzen“. Er sagte, dass der politische Anstoss zur Erstellung dieser Publikation über den

Gemeinderat von Zürich zum Schulamt der Stadt Zürich gelangt sei und, um möglichst schnell handeln zu können, gar nie an das kantonale Volksschulamt weitergeleitet wurde. Obwohl die Publikation auf der Internetseite des Schulamtes der Stadt Zürich aufgeschaltet ist und sich in erster Linie an die Lehrpersonen der Stadt richtet, sei die Nachfrage auch auf kantonaler Ebene gross. Sogar Anfragen von anderen Kantonen für die Publikation seien beim Zürcher Schulamt eingegangen.⁷¹ Die Publikation kann auf der Internetseite des Schulamtes der Stadt Zürich unter folgendem Link im Internet heruntergeladen werden:⁷²

www.stadt-zuerich.ch/dossier-finanzen

Die hohe Nachfrage und der gute Anklang bei der Lehrerschaft nach dem „Dossier Finanzen“ hat das Schulamt der Stadt Zürich veranlasst, auch für andere Themenbereiche derartige Publikationen zu veröffentlichen.⁷³

In der Stadt Zürich, wie auch in anderen Ortschaften, wird den Oberstufenlehrern empfohlen, die örtlichen Betreibungsbeamten für eine Präventionskampagne beizuziehen.

Die Stadt Zürich leistet mit dieser Publikation einen konkreten Beitrag zur Prävention auf Ebene der Sekundarstufe I und übernimmt damit eine Vorbildrolle.

3.3.5 Erziehung im Umgang mit Geld in Finnland

Die skandinavischen Länder gelten statistisch gesehen als die besten Zahler in Europa (vgl. Kapitel 2.2). Finnland wird für die vorliegende Arbeit genauer betrachtet, da dieses Land das Erlernen des Umgangs mit Geld auf der 9. Schulstufe als Fach obligatorisch in den Lehrplan integriert hat. Dies könnte eine mögliche Ursache für die bessere Zahlungsmoral sein. Auch aus Sicht der PISA-Ergebnisse eignet sich das Schulwesen von Finnland als Vorbild für die Schweiz. Finnland hat in den bisher durchgeführten PISA-Studien der Jahre 2000, 2003 und 2006 jedes Mal in allen Materien exzellente Ergebnisse erzielt, die besser als diejenigen der Schweiz und als der Durchschnitt in den OECD Ländern waren.⁷⁴

Das finnische Schulsystem besteht wie das schweizerische aus neun obligatorischen Schuljahren, unterteilt in die Primarschule (1. bis 6. Klasse) und die Sekundarschule (7. bis 9. Klasse).

Die Finanzausbildung (Financial Education) ist Bestandteil der Konsumerziehung an den finnischen Schulen und ein Kerngebiet, welches die finnische Erziehungsdirektion (Finnish National Board of Education) vorantreiben möchte, denn die Regierung Finnlands hat sich im Rahmen eines Programms zur Regelung des Konsumverhaltens (Consumer Policy Programme) zum Ziel gesetzt, die finanzielle Sicherheit der Konsumenten zu erhöhen.

Stufenunabhängig kommt im Bereich des fächerübergreifenden Unterrichts die Finanzausbildung in Finnland in Fächern wie Hauswirtschaft, Mathematik oder Mensch und Umwelt (Social Studies) vor. Im Rahmen dieser Fächer wird den Schülern der Umgang mit Geld im Zusammenhang mit Alltagssituationen schon in den frühen Primarschulklassen auf einfache Art und Weise beigebracht. Die Schulen haben zudem die Möglichkeit, abgestimmt auf die Bedürfnisse der Klasse, zu wählen, inwiefern sie Konsum- und Finanzerziehung oder Betriebswirtschaft im Unterricht einfliessen lassen möchten.

Auf der Sekundarschulstufe I ist die Finanzausbildung obligatorischer Teil des Faches Mensch und Umwelt. Im Rahmen von Mensch und Umwelt ist auf der 9. Stufe Wirtschafts-

⁷¹ Rufenacht Bernhard, Schulamt der Stadt Zürich, Telefongespräch vom 5. Februar 2008

⁷² Vgl. Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich (Medienmitteilung, 2007)

⁷³ Rufenacht Bernhard, Schulamt der Stadt Zürich, Telefongespräch vom 5. Februar 2008

⁷⁴ OECD (PISA Studien 2000, 2003 u. 2006)

kunde (Economics) für alle Schüler fester Ausbildungsbestandteil. Das Fach Wirtschaftskunde beinhaltet Themen wie das Erlernen des persönlichen Umgangs mit finanziellen Mitteln oder die Erstellung eines persönlichen Budgets. In der Hälfte der drei wöchentlichen Lektionen Mensch und Umwelt muss Wirtschaftskunde unterrichtet werden. Zudem haben die Schüler die Möglichkeit, zusätzliche Stunden in Wirtschaftskunde oder Betriebswirtschaftslehre als Freifach zu wählen. Es steht den Schulen auch frei, Projektstage oder -wochen, Anlässe, Wettbewerbe, Informationstage oder ähnliches zu ökonomischen Themen anzubieten. Die eigenen Finanzen, Reflexion über die eigenen Bedürfnisse und ein bewusstes Konsumverhalten bilden, laut Mariaana Manninen vom Finnish National Board of Education, Ausgangspunkt für die weitere Finanz- und Konsumausbildung auf den höheren Schulstufen.⁷⁵

3.3.6 Fazit Einfluss Schule

Vor allem auf der Sekundarstufe I setzen sich fast alle Kantone aktiv für die Gelderziehung in der Schule ein. Von Kanton zu Kanton gibt es verschiedene Ausprägungen, auf welchen Stufen, mit welcher Intensität und mit welchen Methoden die Thematik angegangen wird. Die eigene Umfrage ergab, dass insbesondere auf der Sekundarstufe I Angebote von schulischen und nicht-schulischen Anbietern genutzt und in Form von Einschüben wie zum Beispiel Projekttagen oder -wochen zum Teil verbunden mit dem Besuch von externen Experten durchgeführt werden. Diese Einschübe sind zwar eine Auflockerung des Unterrichts, führen aber nicht immer zu einer nachhaltigen Sensibilisierung.

Bezogen auf den Kanton Zürich ist festgestellt worden, dass die Inhalte im Lehrplan an vielen verschiedenen Stellen angetönt werden, jedoch grösstenteils fakultativ sind, was bedeutet, dass es im Ermessen der Lehrperson liegt, ob und wie umfassend sie den Umgang mit Geld unterrichtet. Dadurch besteht die Gefahr, dass gewisse Schüler während der obligatorischen Schulzeit nie fundiert im Umgang mit Geld ausgebildet werden. Durch ein neues Lehrmittel, welches diese kursivgedruckten Inhalte (vgl. Lehrpläne im Anhang unter 9.6) umfasst, könnte das Interesse der Lehrer geweckt werden und eine klare Richtlinie gegeben werden.

Eine genauere Umschreibung von Wirtschaftskunde, wie dies z. B. für den Verkehrsunterricht der Fall ist (vgl. Anhang 9.6.4)⁷⁶, wird empfohlen.

Finnland, das Land mit der besten Zahlungsmoral, nimmt für die Schweiz eine Vorbildrolle ein. Die Regierung hat die finanzielle Sicherheit der Konsumenten als hohe Priorität erklärt und ermöglicht und fördert Finanzausbildung stufenunabhängig in diversen Fächern. Zudem ist das Fach Wirtschaftskunde in Finnland auf der 9. Schulstufe obligatorischer Ausbildungsbestandteil.

Für die Volksschule des Kantons Zürich bedeutet dies, dass trotz bereits lancierten Präventionsaktivitäten noch mehr im Bezug auf den Umgang mit Geld gemacht werden kann, sei es durch eine Verbindlicherklärung gewisser Inhalte und Beispiele im Lehrplan, durch das Obligatorisch-Erklären entsprechender Lehrmittel oder durch Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen.

⁷⁵ Manninen Marjaana, Finnish National Board of Education, E-Mail vom 12. Dezember 2007

⁷⁶ Vgl. Kanton Zürich (Lehrplan 2007, S. 363) sowie Anhang 9.6.4

3.4 Einfluss Gleichaltrige

In dem Masse wie der Einfluss der Familie und der Schule auf älter werdende Jugendliche im Sozialisationsprozess abnimmt, dehnt sich der Einfluss der Gleichaltrigengruppe (Peer-group) aus.⁷⁷

Ein Grund für die immer stärker werdende Orientierung an der Gleichaltrigengruppe ist der Wunsch nach jugendspezifischen Entfaltungsmöglichkeiten. Meist stammen die Vorbilder, mit denen der eigene Altersstatus symbolisch verglichen und betont wird, aus dem Konsum- oder Unterhaltungsbereich. So wird ein eigener Lebensstil durch bestimmte Muster von Kleidung und Musik, der Nutzung von Medien, Nahrungsmitteln und psychoaktiven Substanzen geprägt und demonstrativ zur Schau gestellt.⁷⁸

Das Dazugehörigkeitsgefühl ist im Jugendalter von enormer Bedeutung. So hat jede Clique oder Szene bestimmte Marken, die von ihren Mitgliedern getragen werden müssen, um dazuzugehören und akzeptiert zu werden. Der psychische und soziale Druck, dem sich viele Heranwachsende ausgesetzt fühlen, ist problematisch. Zudem werden durch den Besitz oder Nicht-Besitz bzw. das Zur-Schau-Stellen von bestimmten Konsumgütern soziale Ränge in der Gleichaltrigengruppe etabliert. Nur unter grossen Schwierigkeiten ist es für Jugendliche möglich, sich dieser Wettbewerbsdynamik zu entziehen. Viele der Jugendlichen, die mit dem demonstrativen Konsumverhalten nicht Schritt zu halten vermögen, nehmen Zuflucht zu abweichenden Verhaltensweisen, um sich eigene materielle Vorteile zu verschaffen.⁷⁹

3.5 Einfluss Markt

Unter dem Einfluss des Marktes werden in der vorliegenden Arbeit die Einflüsse und Erziehungsaktivitäten von nicht-schulischen Organisationen wie staatliche Institutionen, gemeinnützige Organisationen oder marktwirtschaftlich handelnde Unternehmen verstanden. Betreibungsämter, Schuldenberatungsstellen, Inkassofirmen, Finanzinstitute und viele weitere Institutionen haben bereits Präventionsmassnahmen lanciert, um Kinder und Jugendliche vor Verschuldung zu schützen. Angebote, z. B. selbst entwickelte Lehrmittel oder Lernplattformen, stellen sie den Schulen meist kostenlos zur Verfügung. In diesem Kapitel werden ein paar Beispiele erläutert sowie Gründe für die Präventions-Engagemente aufgezeigt.

3.5.1 Staatliche Institutionen

Von staatlicher Seite wurden bereits einige Präventionsmassnahmen ergriffen.

Durch die Änderung des Konsumkreditgesetzes (KKG), die per 1. Januar 2003 in Kraft trat, wurde der Schutz der Kreditnehmer erhöht, indem u. a. eine Kreditfähigkeitsprüfung eingeführt und die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten einer Bewilligungspflicht unterstellt wurde.

Nebst der Einführung oder Verschärfung von Gesetzen werden auch Präventionsmassnahmen auf anderen Ebenen angeboten. Wichtige Prävention leisten z. B. staatliche Fachstellen für Schuldenfragen, Jugendberatungsstellen, Betreibungsämter oder Sozialdienste. Ebenfalls für die Prävention setzt sich die Eidgenössische Kommission für Konsumenten-

⁷⁷ Vgl. Hurrelmann Klaus (2007, S. 133)

⁷⁸ Vgl. Hurrelmann Klaus (2007, S. 134-135)

⁷⁹ Vgl. Hurrelmann Klaus (2007, S. 139-140)

fragen (EKK) ein. Im Folgenden werden die Aktivitäten der Betreibungsbeamten und der EKK beschrieben, welche direkt auf die Zusammenarbeit mit der Schule Bezug nehmen.

Präventionsaktivitäten der Betreibungsämter

Betreibungsämter verfolgen die Entwicklung der Verschuldung berufsbedingt mit. Schon vor einigen Jahren haben sie den Trend zur zunehmenden Verschuldung von Jugendlichen beobachtet und dann auch anhand von internen Statistiken bestätigt. Seit einigen Jahren stehen Betreibungsbeamte aus diversen Gemeinden (Winterthur, Zürich, Luzern etc.) mit eigenem Unterrichtsmaterial und kostenlos den Schulen für Aufklärungskampagnen auf der Sekundarstufe I zur Verfügung. So werden zum Beispiel in der Stadt Zürich seit 2005 die Schüler der Oberstufenklassen während einem halben Tag durch Vorträge von Betreibungsbeamten auf die Gefahren des übermässigen Geldausgebens sensibilisiert. Die Motivation der Betreibungsbeamten bei der Prävention mitzuwirken, gründet auf der Feststellung, dass das Konsumverhalten und die Entwicklung des Marktes durch weitere Gesetze vermutlich nicht mehr gross beeinflusst werden kann und daher auf eine andere Art gewirkt werden muss. Durch ihre Schulungen versprechen sie sich, Kinder und Jugendliche besser auf die veränderten Bedingungen am Markt aufmerksam machen zu können als durch weitere Verschärfungen der Gesetze oder Verbote.⁸⁰

Für einen nachhaltigen Erfolg ihrer präventiven Arbeit empfehlen die Betreibungsbeamten der Stadt Zürich den Schulen, die Geld- respektive Schulden thematik im Klassenunterricht nachzubearbeiten.⁸¹

Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen

Die Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen (EKK) ist beratendes Organ des Bundesrats und der Departemente in Fragen zur Konsumpolitik.⁸²

Angesichts der wachsenden Verschuldung von Jugendlichen hat die EKK am 1. Februar 2005 eine Empfehlung an den Bundesrat abgegeben mit der Aufforderung, Massnahmen zur Reduktion der Verschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener zu ergreifen. Nebst Anpassungen des gesetzlichen Rahmens wurde eine bessere Information und Erziehung empfohlen wie beispielsweise nationale Sensibilisierungs- und Erziehungskampagnen.⁸³

Das Eidgenössische Büro für Konsumentenfragen (BFK), Sekretariat der EKK, hat diese Empfehlung im eigenen Jahresbericht 2005 erläutert und im Jahresbericht 2006 Folgeaktivitäten beschrieben. Diese Berichte besagen, dass die Schweizer im Allgemeinen von einem guten Bildungsniveau profitieren. Allerdings blieben die Kenntnisse und die Literatur, mit denen sich die Konsumenten am Markt orientierten, mangelhaft, während der Markt immer komplizierter werde. Weiter heisst es, dass schlechte Konsumententscheidungen Auswirkungen auf die Gesundheit, die Sicherheit und die Lebensqualität hervorrufen. Daher müsse die **Konsumerziehung schon in der Schule beginnen**. Dem BFK sei bewusst, dass die Lehrpläne an den Schulen ziemlich voll seien. Im Rahmen des **Projekts „Education“** erarbeite das BFK mittelfristig eine konsumentenrelevante Datenbank zur Verbraucherbildung mit Lehrmaterialien. Lehrern sollen so Anreize geschaffen werden, die Konsumerziehung auf freiwilliger Basis in den Unterricht einfließen zu lassen. Inhalte, die in der

⁸⁰ Vgl. Peter Sheila und Schwyn Michèle (2007, S. 33-34)

⁸¹ Vgl. Konferenz der Stadtammänner von Zürich (Medienorientierung 2006, S. 13)

⁸² <http://www.konsum.admin.ch/dokumentation/00134/00137/index.html?lang=de> (4. Februar 2008)

⁸³ Vgl. Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen (Pressemitteilung 2005)

Verbraucherbildung enthalten seien und die Erziehung im Umgang mit Geld tangierten, seien Finanzen, Kredite, Verschuldung und Versicherungen.⁸⁴

3.5.2 Gemeinnützige Organisationen

In der Schweiz gibt es sehr viele, zum Teil auch staatlich unterstützte, gemeinnützige Organisationen wie Schulden- und Budgetberatungsstellen, Sozialdienste, Jugendberatungsstellen, Frauenzentralen oder Vereine, die sich mit der Prävention Jugendlicher vor Verschuldung befassen. All diese Organisationen, speziell jedoch die Schulden- und Budgetberatungen, bieten zum Thema Umgang mit Geld eine Vielfalt an Informations- oder Unterrichtsmaterialien, Ratgebern und Dienstleistungen für Eltern, Schulen oder Jugendliche an. Gewisse Organisationen sind auch bereit, Workshops und Schulbesuche zum Umgang mit Geld durchzuführen.

Die nationale Präventionskampagne **MAX.MONEY**, welche von **Plusminus, der Budget- und Schuldenberatung Basel** in Zusammenarbeit mit Caritas Schweiz und dem Bundesamt für Kultur lanciert wird, sei hier erwähnt.

Die Kampagne wurde im Jahr 2004 gestartet und umfasst eine Internetplattform (www.maxmoney.ch) mit Informationen sowie Tipps und Tricks gegen die Verschuldung sowie die Box „MAX.MONEY- die Box“. Diese Box enthält ein Buch, ein Magazin und ein CD-ROM sowie Portraits, reflektierte Analysen, praktische Tipps etc. zum Thema Jugend und Geld. Die Box eignet sich sowohl für junge Menschen als auch für Eltern, Lehrkräfte und Bezugspersonen aus der Jugendarbeit. Laut Reno Sami von Plusminus, wird die Internetplattform in den nächsten Jahren noch stark ausgebaut. Zudem wird auch an einem Lehrmittel für die Sekundarstufe II gearbeitet.⁸⁵

3.5.3 Marktwirtschaftlich handelnde Unternehmen

Die marktwirtschaftlich handelnden Unternehmen üben einen bedeutenden Einfluss auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen aus. Eines der grössten Interessen dieser Unternehmen ist es, den Absatz der eigenen Produkte zu steigern und Konsumenten so zu beeinflussen, dass sie diese Produkte kaufen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in Marketing und Werbung investiert. Im Visier der Werber sind speziell auch junge Konsumenten, entweder als direkte Konsumenten über das eigene Taschengeld oder als indirekte Konsumenten über den Einfluss, den sie auf die Kaufentscheidungen der Eltern ausüben. Hier sei erwähnt, dass die Pubertät und Adoleszenz (12 bis ca. 20 Jahre) durch die eigene Identitätsfindung geprägt ist. Diese Identitätsfindung geschieht in unserer Konsumgesellschaft oftmals über den Besitz von Markenartikeln.

Doch obwohl junge Konsumenten von den marktwirtschaftlich handelnden Firmen stark umgarnt werden, setzen sich immer mehr Firmen aktiv für die Prävention der Jugendverschuldung ein.

Einige Beispiele werden hier erwähnt:

Die **Grossbank UBS** stellt den Schulen seit 2007 das Lehrmittel „Schoolbox“ zur Verfügung. Die „Schoolbox“ wurde in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen entwickelt und ist werbeneutral gehalten. Sie richtet sich inhaltlich an Schüler der Sekundarstufe I oder Auszubildende im

⁸⁴ Vgl. Eidgenössisches Büro für Konsumentenfragen (2005, S. 18 u. 20) und <http://www.evd.admin.ch/themen/00202/00205/index.html?lang=de> (9. Februar 2008)

⁸⁵ <http://www.schulden.ch/dynasite.cfm?dsmid=76287> (4. Januar 2008) und Sami Reno, Telefongespräch vom 8. Januar 2008

ersten oder zweiten Lehrjahr und ermöglicht das Erlernen des Umgangs mit Geld (inkl. Budgetieren) in vier Modulen.

Die **Inkassofirma Intrum Justitia** engagiert sich seit 2004 für die Prävention der Jugendverschuldung mit der Kampagne „Swiss School Award - my money“, einem jährlich stattfindenden Wettbewerb für Schüler aus der ganzen Schweiz zum Thema „Schüler, Schulden und Geld“. ⁸⁶ Gemäss Bettina Bickel, Pressesprecherin von Intrum Justitia, würde Intrum Justitia es begrüßen, wenn der Umgang mit Geld wie in Finnland zum Schulfach erklärt werden würde. Im Rahmen der Schulwettbewerbe hat die Firma auch immer wieder Politiker zum Thema Verschuldungsprävention an den Schulen zu Wort kommen lassen (vgl. Kapitel 4.1). ⁸⁷ Zur Zeit ist Intrum Justitia damit beschäftigt, den Inhalt der Siegerarbeit des „Swiss School Awards“ 2006/2008 von Christina Lindow - ein Schuldenkoffer für den Unterricht - im Internet zu publizieren. ⁸⁸ Die Präventionsinitiative von Intrum Justitia „Schüler, Schulden und Geld“ wurde im Jahr 2005 zudem durch das Kompetenzzentrum für Business Excellence, TQM Forum Schweiz, für den „Swiss Award for Business Ethics“ nominiert. ⁸⁹

Die **GE Money Bank**, einer der grössten Anbieter im Kreditgeschäft, hat im Jahr 2005 gemeinsam mit dem Verein Schuldensanierung Bern die Internetseite „moneybasics.ch“ mit wichtigen Tipps rund um das Geld lanciert. Zudem engagiert sich die GE auch im schulischen Bereich, indem sie Aktivmitglied in der Trägerschaft der Organisation „Young Enterprises Switzerland“ ist. „Young Enterprise Switzerland“ entwickelt und vertreibt Wirtschaftsbildungsprogramme für Schüler aller Altersstufen innerhalb oder ausserhalb des Schulzimmers. Die Programme sind handlungs- und praxisorientiert und fördern Fähigkeiten wie Teamarbeit, analytisches Denken und die Entscheidungsfindung. ⁹⁰

Mit dem „Postfinance BudgetGame“ setzt sich die **Schweizerische Post** für die Prävention der Jugendverschuldung ein. Es handelt sich um ein interaktives Gewinnspiel zum Erlernen des Umgangs mit Geld. Themen wie Budget erstellen und kontrollieren, Kontentypen kennen und Konti eröffnen, Zahlungsverkehr beherrschen, Währungskurse berechnen etc. werden vermittelt. Die Lernmodule können durch Arbeitsmaterialien zum Herunterladen und zwei kostenlose Lehrmittel ergänzt werden. Das „Postfinance BudgetGame“ ist auf die Lehrpläne der Sekundarschulstufe I abgestimmt und richtet sich an Schüler der 7. bis 10. Klasse. ⁹¹

Die **Nidwaldner Kantonalbank** hat im Mai/Juni 2005 eine Informationskampagne zum Umgang mit Geld auf der Sekundarstufe I lanciert. ⁹²

Diese Firmen handeln aus moralischen Gründen wie zum Beispiel aufgrund des Verantwortungsbewusstseins gegenüber der Gesellschaft (Corporate Social Responsibility), weil sie überschuldete Jugendliche nicht zu den Zielkunden zählen wollen oder wegen der Aufmerksamkeit, die sie mit Aktivitäten in diesem äusserst emotionalen Themengebiet über die Medien in der Bevölkerung (Publicity) auf sich ziehen könnten.

⁸⁶ www.swisschoolaward.ch (15. Januar 2008)

⁸⁷ Bickel Bettina, Medienstelle Intrum Justitia, Gespräch vom 31. Oktober 2007

⁸⁸ Bickel Bettina, Medienstelle Intrum Justitia, E-Mail vom 15. Januar 08

⁸⁹ www.tqm-forum.ch/default.asp?m=117 (8. Februar 2008)

⁹⁰ www.youngenterprise.ch/?n=organisation&c=whoweare (8. Februar 2008)

⁹¹ www.budgetgame.ch/bg072/user/pginfo.asp?te=10131&pglanguage=2 (3. Februar 2008)

⁹² Vgl. Nidwaldner Kantonalbank (2005, S. 7)

3.5.4 Fazit Einfluss Markt

Nicht-schulische Organisationen, insbesondere von staatlicher, gemeinnütziger aber auch marktwirtschaftlicher Seite engagieren sich aktiv in der Prävention vor Jugendverschuldung, indem sie Lehrmittel, Workshops, Lernplattformen und Wettbewerbe zur Verfügung stellen. Gerade die Angebote von marktwirtschaftlicher Seite unterliegen jedoch auch eigenen Interessen, welche zum Teil werbeorientiert sind. Bezogen auf diese Diplomarbeit stellt sich daraus die Frage, inwiefern die Volksschule selbst stärker als bis anhin Verantwortung für die Präventionsmaterialien übernehmen sollte. Die Schule könnte durch eigene Lehrmittel einen Qualitätsstandard sichern und als allgemeinverbindlich erklären. Dadurch wäre die Werbeneutralität für das Schulmaterial gewährleistet.

Weiter stellt sich auch die Frage, inwiefern externe Fachpersonen bereit sind, weiterhin kostenlos für Präventionskampagnen zur Verfügung stehen. Da der bisherige Einbezug von externen Fachkräften und Experten bei den Schülern aufgrund der Authentizität sehr gut ankommt, sollte die Volksschule dafür in Zukunft finanzielle Ressourcen bereit stellen.

3.6 Fazit Einflüsse auf das Erlernen des Umgangs mit Geld

Heranwachsende sind in der ökonomischen Sozialisation vielen Einflüssen ausgesetzt und die Literatur- und Internetrecherche zeigt, dass für die Erziehung im Umgang mit Geld auf breiter Ebene sehr vieles angeboten wird.

Dieses Kapitel hat gezeigt, dass die Verantwortung für die Prägung der Werthaltungen und die Einstellung gegenüber dem Geld in den ersten Lebensjahren in erster Linie bei den Eltern liegt. Ab dem Schulalter wird die Schule jedoch Ort des sozialen Austauschs von Kindern und Jugendlichen. In der Unterstufe könnte die Schule noch vermehrt aktiv werden, speziell im Bereich der Prägung des Konsumverhaltens, der Haltung, der Einstellung und den Werten. Gerade ein Bewusstsein für die Auswirkungen des Gruppendrucks und die Verlockungen der Werbung kann erfolgreich früh aufgebaut werden. Die Bildung der Werthaltungen ist jedoch ein sehr anspruchsvolles Ziel für die Lehrperson, da die Heranwachsenden durch die Eltern, die Werbung und die Gleichaltrigen sehr stark beeinflusst werden. Es ist offensichtlich, dass die Schule diesen Bereich nur ergänzen und vermutlich nicht komplett ändern kann. Je früher die Erziehung auch im Rahmen der Schule in diesem Bereich beginnt, um so wirkungsvoller sind die Effekte bei den Kindern. Mit der Schulung in ökonomischem Grundwissen und in der Erstellung eines eigenen Budgets sowie Buchhaltung sollte, um die Schüler nicht zu überfordern, jedoch erst gegen Ende der Mittelstufe bzw. zu Beginn der Oberstufe begonnen werden.

4 STELLUNGNAHMEN UND ANREGUNGEN AUS DER SCHWEIZER POLITIK

In diesem Kapitel werden Stellungnahmen einiger Politiker, Parteisichten sowie politische Vorstösse zum Thema Jugendverschuldung oder zum Umgang mit Geld an den Schulen aufgeführt. Diese geben Hinweise zur Bedeutung der Thematik in der Bevölkerung.

Speziell sei hier erwähnt, dass Regine Aeppli, Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, in einem Brief an die Verfasserin dieser Arbeit Stellung genommen hat zum Umgang mit Geld an den Schulen. Sie erläutert in ihrem Brief auch kurz, was die Bildungsdirektion auf diesem Gebiet für Aktivitäten geplant hat.

Der Fundus an Reden und Stellungnahmen von bekannten Politikern, welche z. B. anlässlich der nationalen Schul-Wettbewerbe zur Prävention vor Jugendverschuldung („Swiss School Award“) der Inkassofirma Intrum Justitia gehalten wurden, geben einen Überblick über deren Sichtweisen.

4.1 Stellungnahmen von Politikern

Bei der Internetrecherche⁹³ wurde die Stellungnahme von **Regine Aeppli**, SP-Mitglied, gefunden, die Schule müsse mehr Basiswissen zum Umgang mit Geld und Konsumgütern vermitteln.

Im Anschluss an diese Stellungnahme fragte die Verfasserin dieser Arbeit Regine Aeppli an, was ihre Meinung zu obligatorischem Unterricht im Umgang mit Geld sei. Die Bildungsdirektorin antwortete, dass die Thematik bei der Entwicklung im Rahmen des Projekt HarmoS, der Erarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans, diskutiert werden müsse.⁹⁴ Mit Bezug auf den Kanton Zürich schrieb sie in ihrer Antwort Folgendes:

*„... Im Zusammenhang mit dem Volksschulamt entwickelt die Fachstelle Schulden im Kanton Zürich (FS) ein **Projekt zur Schuldenprävention**. Bei den entsprechenden Vorarbeiten hat sich gezeigt, dass **erfolgreiche Prävention sehr früh ansetzen** muss. Dabei sind vor allem **Einstellungen und Haltungen sowie das Konsumverhalten** Gegenstand der Auseinandersetzung. Gegen Ende der obligatorischen Schulzeit und vor dem Eintritt ins Berufsleben sind gemäss Projektskizze **Unterrichtsblöcke vorgesehen**, die zu einem verantwortlichen Umgang mit Geld befähigen sollen.“⁹⁵*

Auch der Zürcher Stadtrat **Gerold Lauber**, CVP-Mitglied, nahm zum Umgang mit Geld an den Schulen Stellung. In der Einleitung der Publikation „Dossier Finanzen“, welche das Schulamt der Stadt Zürich als Anregung und Hilfestellung für Lehrpersonen zum Thema Finanzen erarbeitet hat, schrieb er, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit Geld eine Kompetenz ist, die wie jede andere erst erlernt werden muss. Es sei wichtig, dass mit Kindern und Jugendlichen über das Thema diskutiert werde und sie auf die Problematik sensibilisiert würden. Er warnte jedoch vor einer Verteufelung des Geldes, denn zu viele Warnungen, Verbote, Restriktionen und Regeln würden verlocken, diese zu brechen. Deshalb sei es ganz wichtig, mit dem Thema spielerisch umzugehen. Den Schülern sollen nicht nur negative, sondern auch positive Beispiele im Umgang mit Finanzen aufgezeigt werden. Er schrieb auch, dass es im Bereich der Schuldenprävention bereits sehr viele gute

⁹³ <http://news.search.ch/inland/2007-01-05/budgetplanung-soll-schulfach-werden> (23. Dezember 2007)

⁹⁴ Aeppli Regine, Brief vom 12. Februar 2008 vgl. Anhang 9.6.4

⁹⁵ Aeppli Regine, Brief vom 12. Februar 2008 vgl. Anhang 9.6.4

Angebote und Unterrichtshilfen für Lehrpersonen gebe, auf welche das „Dossier Finanzen“ verweise.⁹⁶

Die Reden anlässlich der Schulwettbewerbe von Intrum Justitia runden dieses Kapitel ab:

Die Siegerehrung zum ersten nationalen Schulwettbewerb 2004/2005 vom 24. Januar 2006 eröffnete **Claude Janiak**, SP-Mitglied und damaliger Nationalratspräsident. Claude Janiak betonte die Wichtigkeit des Erlernens des richtigen Umgangs mit Geld und meinte, dass die Schulen das Thema erst langsam entdeckten. Er zeigte sich begeistert über die handfesten Anregungen und Vorschläge von Jugendlichen und für Jugendliche, die anlässlich des Wettbewerbs präsentiert wurden. Claude Janiak äusserte sich in seiner Rede nicht dazu, ob ein neues Schulfach benötigt würde.⁹⁷

Das Schlusswort dieser ersten Siegerehrung hielt **Hans Ulrich Stöckling**, FDP-Mitglied, St. Galler Regierungsrat und Vorsteher des Erziehungsdepartements sowie damaliger Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Er sieht Anlass, vorbeugend zu handeln und plädiert an die Eigenverantwortung der Jugendlichen, die pädagogische Verantwortung der Eltern und die Schulen der Sekundarstufe I und II. Er ist der Meinung, dass hierfür kein neues Schulfach benötigt werde, sondern dass es reiche, wenn die Schulen die Schüler in verschiedenen Fächern auf die Chancen und Risiken unserer Konsum- und Kreditgesellschaft hinweisen würden. Er nannte einige Vorschläge zur Umsetzung:

- **Mathematik**
Kosten des Mobiltelefonierens dem Festnetztelefonieren gegenüberstellen, Zinskosten für Konsum- oder Kleinkredite berechnen
- **Deutsch**
Aufsatz zum Thema: „Wieviel Geld geben meine Eltern für mich pro Monat aus?“ oder „Wieviel kostet das Glück?“
- Vermittlung gesunder Werthaltung gegenüber Geld und Besitz und Schaffung eines Bewusstseins für das eigene Konsumverhalten
- Budgettechnik und Budgetplanung, um zu verstehen, wohin Taschengeld fliesst
- Rechtliche Aspekte bezüglich Haftung bei Verträgen oder unbezahlten Rechnungen vor dem 18. Altersjahr
- Fragen rund um die Steuern

Hans Ulrich Stöckling sieht Handlungsbedarf, denn die Verschuldung der Jugendlichen habe eine gesellschaftliche Dimension erreicht. Das Schicksal der vielen jungen Menschen könne ihm nicht gleichgültig sein.⁹⁸

Auch **Christine Egerszegi**, FDP-Ständerätin des Kantons Aargau, unterstützte die Präventionskampagne von Intrum Justitia und sass in der Jury des ersten Schulwettbewerbs. Sie nahm im Dokumentarfilm zum Anlass Stellung zur Frage, warum sie bei diesem Wettbewerb dabei sei. Christine Egerszegi meinte, das Erlernen des Umgangs mit Geld sei ein wichtiger Bereich im Leben. Schüler lernten in der Schule Geschichte, Singen oder Grammatik. Aber was sie als grosse Herausforderung vor sich hätten, sei die Bewältigung der eigenen Finanzen. Dies werde ihnen zu Hause nicht mehr so stark vermittelt. Darum fände sie diesen Wettbewerb eine ganz gute Sache.⁹⁹

⁹⁶ Stadt Zürich Schulamt, Autorin: Kaffarnik Ute (2007, S. 3)

⁹⁷ www.swisssschoolaward.ch (26.12.2007)

⁹⁸ www.swisssschoolaward.ch (26.12.2007)

⁹⁹ Vgl. Intrum Justitia (Dokumentarfilm 2006, 3'47)

Christine Egerszegi hielt zudem bei der Preisverleihung des zweiten nationalen Schulwettbewerbs vom 15. Mai 2007 die Eröffnungsansprache. Sie nahm Bezug auf den Wertewandel in der Einstellung gegenüber Schulden oder dem Privatkonkurs und sagte, sie habe schon gehört, dass es Leute gebe, für welche der Privatkonkurs schon fast zum guten Ton gehöre. Weiter warnte sie vor den Gefahren der Verlockungen in unserer Konsumgesellschaft, die oft gerade auf jugendliches Publikum abzielten. Die Erfahrung und Schulung fehle in diesem Alter leider meist. Schulden vermeiden und mit Geld umgehen müsse gelernt werden wie vieles andere. Sie erwähnte weiter, dass die Schulen das Thema erst allmählich entdeckten.¹⁰⁰

Die Schlussrede bei der Preisverleihung bei diesem zweiten nationalen Schulwettbewerb hielt **Beat W. Zemp**, Zentralpräsident des Dachverbands der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. Er rief alle auf, sich innerhalb und ausserhalb der Schule intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Schule allein könne das Problem der Verschuldung von Jugendlichen nicht lösen. Es sei eines von vielen legitimen Anliegen an die Schule. Und er fragte, ob die Schule wirklich noch mehr erzieherische Aufgaben übernehmen müsse, welche die Eltern scheinbar nicht mehr wahrzunehmen fähig seien. Er nannte eine Liste an Erziehungsaufgaben und gesellschaftlichen Problemen von A wie „Antiraucher-Kampagne“ bis Z wie „Zahnhygiene“, die seiner Meinung nach mit dem eigentlichen Bildungsauftrag der Schule nichts zu tun hätten. Dennoch sei es richtig, wenn die Schule die Verschuldungsthematik aufgreife und die Jugendlichen mit den Fakten konfrontiere, denn es gebe in der Schule viele Anknüpfungspunkte, ohne dass gerade ein neues Schulfach eingeführt werden müsse. Er betonte jedoch auch den hohen Stellenwert der Vorbildfunktion der Eltern im Umgang mit Geld und deren Einfluss auf das Konsumverhalten der Kinder. Seine Rede schloss er mit einem Zitat der österreichischen Jugendministerin Ursula Haubner: „Wer schuldenfrei bleibt, bleibt auch im Lebensgefühl frei!“¹⁰¹

4.2 Politische Vorstösse und Parteisichten

Auch diverse Exponenten aus politischen Parteien der Schweiz nahmen bereits zur Erziehung im Umgang mit Geld an den Schulen Stellung. Insbesondere die Politiker der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Sozialdemokratischen Partei (SP) setzen sich für den Schutz der Jugendlichen vor Verschuldung ein. Nachstehend werden politische Vorstösse der CVP und SP sowie weitere Parteisichten aufgeführt, welche Hinweise für Bereiche geben, die für die Handlungsempfehlung dieser Diplomarbeit von Bedeutung sind.

Am 5. April 2004 reichten drei Zürcher SP-Kantonsräte, **Ursula Braunschweig-Lütolf**, **Elisabeth Scheffeldt Kern** und **Peter Schulthess**, ein **Postulat an den Zürcher Kantonsrat** ein. Der Kantonsrat wurde darin aufgefordert, einen Bericht über Konsumsucht jugendlicher Menschen zu erstellen, wobei er insbesondere folgende Bereiche hätte in Erfahrung bringen sollen:

- wie stark Konsumsucht unter Jugendlichen verbreitet ist (Anteil Jungen/Mädchen)
- welche Konsequenzen daraus erwachsen (zum Beispiel Schulden)
- **welche präventiven Massnahmen vor allem in der Schule erforderlich sind**¹⁰²

¹⁰⁰ www.swisschoolaward.ch (26.12.2007)

¹⁰¹ Vgl. Intrum Justitia, Rede Beat W. Zemp vom 15. Mai 2007, inkl. Zitat nach Haubner Ursula

¹⁰² <http://www.kantonsrat.zh.ch/Dokumente/Gesch%E4fte/2004/K04127.doc> (14. Januar 2008): Postulat von Braunschweig-Lütolf Ursula, Scheffeldt Kern Elisabeth und Schulthess Peter vom 5. April 2004

Der Kantonsrat hat die Überweisung an den Regierungsrat am 26. September 2005 abgelehnt. Um einen Einblick in die Debatte und die vertretenden Meinungen zu erhalten, wird nachstehend der Ausschnitt aus dem Protokoll des Kantonsrats aufgeführt.

„Konsumsucht bei Jugendlichen

*Ursula Braunschweig (sp., Winterthur) wünscht in einem Postulat, dass der Regierungsrat einen Bericht über die Konsumsucht junger Menschen verfasst. Es müsse etwas dagegen getan werden, dass Jugendliche in die Schuldenfalle tappten. Barbara Steinemann (svp., Regensdorf) hält nichts vom Vorstoss. Er ist Ausdruck des Wunsches, jedem gesellschaftlichen Problem mit einer staatlichen Spezialtruppe zu begegnen. Wir unterstützen diesen weiteren Schritt hin zu einem Gesamtversorgungsstaat nicht. Ursula Braunschweig (sp., Winterthur) will verhindern, dass jeder vierte Jugendliche Schulden hat. Es braucht Frühaufklärung im Umgang mit Geld. **Regine Sauter (fdp., Zürich)** hält einen zusätzlichen regierungsrätlichen Bericht für unnötig. Wir haben genug Informationen. **Die Elternhäuser und die Schulen sollen sich des Problems annehmen.** Susanne Rihs (gp., Glattfelden) spricht von einem ernst zu nehmenden Problem. Wir unterstützen den Vorstoss trotzdem nicht. Wir wissen schon genug. Wir appellieren an die Verantwortung der Anbieter von Waren. Die CVP-Fraktion dagegen unterstützt den Vorstoss laut Willy Germann (cvp., Winterthur) mehrheitlich. Konsumzwang endet oft in Armut. Elisabeth Scheffeldt (sp., Schlieren) ruft Zahlen zur Verschuldungssituation von Jugendlichen in Erinnerung. Ein Bericht soll Zusammenhänge aufzeigen. In Finnland zum Beispiel ist der Umgang mit Geld ein Schulfach, Österreich arbeitet mit Comics. **Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf)** lobt das Votum des CVP-Sprechers. **Das Entscheidende passiert in der Erziehung. Wir stimmen dem Postulat zu.** Anders Samuel Ramseyer (svp., Niederglatt): Der Bericht würde nichts ändern und keine Erkenntnisse bringen. Peter Schulthess (sp., Stäfa) versteht nicht, warum Bürgerliche gegen die Auslegeordnung sind. Konsumsucht ist eine Entwicklungsstörung. Der Rat lehnt die Überweisung des Postulates mit 81 zu 66 Stimmen ab.“¹⁰³*

Das am 5. Oktober 2004 von **Brigitte Häberli**, CVP-Nationalrätin des Kantons Thurgau, eingereichte **Postulat an den Bundesrat** mit dem Auftrag, gesetzliche Massnahmen zu prüfen, welche die stetig steigende Jugendverschuldung eindämmen, wurde vom Bundesrat mit ein paar relevanten Aussagen beantwortet:

*„Die Verschuldung der Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren ist ein **gesellschaftliches Problem**, zu dessen Lösung neue Rechtsvorschriften angesichts der geltenden gesetzlichen Regelungen kaum einen wirksamen Beitrag leisten. Vielmehr handelt es sich um ein **Problem der (mangelnden) Aufklärung und Erziehung zu einem korrekten Konsumverhalten, das mit anderen als gesetzlichen Massnahmen gelöst werden sollte.**“¹⁰⁴*

Dieses Postulat von Brigitte Häberli wurde vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlen. Es wurde jedoch bis zum heutigen Zeitpunkt im National- und Ständerat noch nicht behandelt.¹⁰⁵ Dennoch geht aus dieser Stellungnahme des Bundesrats hervor, dass dem Bundesrat in Sachen Prävention die Erziehung wichtig ist.

Brigitte Häberli schrieb am 17. Februar 2005 zur obigen Antwort des Bundesrates, dass sie sich mit dieser dürftigen Antwort auf das wachsende und ernsthafte Problem nicht einverstanden erklärte und Diskussion verlange. Brigitte Häberli sieht eindeutigen Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen, wie beim Konsumkreditgesetz und bei den Präventionsmassnahmen.¹⁰⁶ Weiter schrieb sie, dass auch die Eidgenössische Kommission für Konsumenten-

¹⁰³ Zürcher Kantonsrat (Protokoll 26. September 2005, S. 3) und Schulthess Peter, E-Mail vom 15. Januar 2008

¹⁰⁴ http://www.parlament.ch/d/cv-geschaefte?gesch_id=20043503 (14. Januar 2008)

¹⁰⁵ http://www.parlament.ch/d/cv-geschaefte?gesch_id=20043503 (14. Januar 2008)

¹⁰⁶ http://www.cvp.ch/de/documents/ist_unsere_jugend_pleite_docdetail---0--0--0--0--3299.html (14. Januar 2008)

tenfragen mit dem gleichen Anliegen an den Bundesrat gelangt sei und sie dies sehr freue, denn Unterstützung für dieses wichtige Anliegen sei erwünscht. Allerdings nimmt Brigitte Häberli nicht konkret Stellung zur Rolle der Schule in der Prävention.

Am 8. Oktober 2005 wurde auf der **CVP Internetseite** im Anschluss an die Herbstsession ein Text zur Thematik publiziert, welcher nebst Forderungen an die Gesellschaft und die Kantone auch die Rolle der Schule umfasst:

„... Oftmals fällt es Eltern, Kolleginnen und Kollegen und Lehrpersonen nicht auf, dass ein Jugendlicher seine Konten überzieht, sich mit diversen Einkäufen verschuldet oder Leasingverträge macht, die nicht in sein Budget passen. Betroffene selber warten meist sehr lange, bis sie mit jemandem über ihr Problem sprechen. Wenn dies dann der Fall ist, weist die Verschuldung oft schon einen namhaften Betrag aus.

Unsere Gesellschaft muss dieses Problem ernst nehmen und die jungen Leute müssen über die Folgen von Schulden aufgeklärt werden. Diese Sensibilisierung soll möglichst frühzeitig, wenn möglich schon ab der Primarschule stattfinden: Auf einfache Weise kann zum Beispiel in der Mathematik oder in der Hauswirtschaft ein Erstellen eines Budgets erlernt werden.

... Die Kantone werden aufgefordert mit Präventionskampagnen zur Jugendverschuldung die jungen Menschen aufzuklären. Die CVP Frauen Schweiz erwarten, dass Budgetkurse angeboten oder in den Lehrplan integriert werden. Dazu werden die CVP Frauen auf kantonaler Ebene entsprechende Vorstösse deponieren.“¹⁰⁷

Claudia Kleis-Kümin, Kantonalpartei und Kantonsrätin der CVP Graubünden, hat am 30. August 2007 eine **Anfrage an die Bündner Regierung** eingereicht mit konkretem Bezug zur möglichen Rolle der Schule im Umgang mit Geld:

„Besteht nach Auffassung der Regierung eine Möglichkeit, Jugendliche bereits während der obligatorischen Schulzeit (z. B. Oberstufe) auf die Gefahren im Umgang mit Geld aufmerksam zu machen und sie entsprechend vorzubereiten?

Sind allenfalls bereits Unterrichtsmittel vorhanden?“¹⁰⁸

Die Bündner Regierung antwortete auf die obige Anfrage am 3. Dezember 2007 wie folgt:

„1. ...

2. Der Umgang mit Geld und Konsum wird im Lehrplan der Volksschul-Oberstufe unter „Mensch und Umwelt“ thematisiert. Ausführlich behandelt werden die verschiedenen Themenkreise in den Kapiteln „Hauswirtschaft“ und „Wirtschaftskunde“. Auch in den so genannten „Fachungebundenen Unterrichtsbereichen“, die zum integralen Pflichtbereich auf der Volksschul-Oberstufe zählen, wird die Thematik in den Teilen Gesundheitserziehung („Geistig-seelisches Wohlbefinden“, „Soziales Wohlbefinden“) und Medienkunde aufgegriffen.

3. Zum Themenkreis „Geld und Konsum“ stehen den Schulen sowohl auf dem Lehrmittelmarkt als auch im Internet die verschiedensten Publikationen zur Verfügung. Da in diesem Bereich Lehrmittelfreiheit besteht, haben die Lehrpersonen die Möglichkeit, die Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien auf das Alter und die konkrete Situation ihrer Schülerinnen und Schüler abzustimmen.“¹⁰⁹

¹⁰⁷ <http://www.cvp.ch/de/documents/documentdetail---1--20000001--0--1--3675.html> (22. November 2007)

¹⁰⁸ <http://www.cvp-gr.ch/upload/cms/user/AnfrageKleisbetr.SchutzderJugendlichenvorVerschuldung.pdf> (14. Januar 2008)

¹⁰⁹ Grosser Rat Graubünden (Protokoll Dezembersession, 2007, S. 368-369)

Claudia Kleis-Kümin zeigte sich mit der Antwort des Regierungsrates nicht einverstanden, insbesondere deshalb, weil die Jugendverschuldung nach wie vor im Steigen begriffen sei und ihr die Behandlung des Themas im Lehrplan zu wenig verbindlich erscheint.¹¹⁰

Am 13. Dezember 2004 reichten Prof. **Katharina Prelicz-Huber** und **Heidi Bucher-Stein-egger**, Grüne Kantonsrätinnen Zürich sowie erneut der SP-Kantonsrat **Peter Schulthess** ein **Postulat an den Zürcher Regierungsrat** ein mit der Bitte, einen Bericht über die Schuldenberatung und -prävention im Kanton Zürich zu erstellen und dabei insbesondere zu prüfen, welche Massnahmen und Angebote nötig sind, damit Menschen mit Schuldenproblemen früher Hilfe in Anspruch nehmen, und welche Schuldenpräventions- und Beratungsangebote erforderlich sind, um Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen. Dieses Postulat wurde am 23. Januar 2008 durch den **Regierungsrat mit einer umfassenden Stellungnahme beantwortet**. Es wird gesagt, dass durch die bisher getroffenen Massnahmen und Angebote im Bereich der Schuldenberatung und Schuldenprävention dem Problem bereits gebührende Beachtung geschenkt werde. Ein **zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe daher nicht**.¹¹¹

Auch **Brigitta Kreuzer-Seiler**, Mitglied der CVP Frauen und des Präsidiums der CVP Zürich, engagiert sich gegen die Jugendverschuldung und plädiert für die umfassende Aufnahme des Themas „Mein Geld“ im Schulstoff sämtlicher Oberstufenklassen. Sie weist auf ihrer Internetseite auf die Problematik hin und hat ein handliches Merkblatt zu den wichtigsten Merkpunkten der Jugendverschuldung für Eltern und Jugendliche erarbeitet.¹¹²

Valentin Rüttimann, Mitglied der CVP Aargau, äussert sich im Internet für die Einführung eines Faches:

*"Es ist nun an der Zeit, konkrete Massnahmen gegen die zunehmende Jugendverschuldung zu treffen. Mögliche Massnahmen wären: Einführung eines Faches Budgetplanung und Kassenbuchführung in der Oberstufe, Besuch von verschuldeten Jugendlichen in Schulklassen, verstärkte Thematisierung der Problematik durch die Lehrkräfte."*¹¹³

Ruth Amacher Dzung, SP-Parlamentsmitglied des Aargauer Grossen Rats, engagiert sich bereits seit einigen Jahren gegen Jugendverschuldung. Am 30. August 2005 hat sie ein erstes Postulat betreffend Schuldenberatung und Prävention an den Aargauer Regierungsrat eingereicht.¹¹⁴ Eine Antwort auf ihr Postulat blieb bis heute aus. Am 9. Februar 2007 hat sie erneut ein Postulat an den Aargauer Regierungsrat eingereicht. Das Postulat vom vergangenen Jahr nimmt konkret auf die Prävention in der Volksschule Bezug und fordert den Regierungsrat auf, zu prüfen, welche Präventionsmassnahmen gegen die zunehmende Verschuldung von Jugendlichen von der siebten Klasse an im Rahmen des kantonalen Lehrplans verbindlich eingeführt werden können. Sie forderte den Regierungsrat auf zu überprüfen, ob das neue Modell der Stadt Zürich übernommen werden könne, bei dem die Schulklassen direkt durch die ortsansässigen Betreibungsbeamten über die konkreten Folgen einer Verschuldung aufgeklärt werden.¹¹⁵ Laut Ruth Amacher Dzung wurde dieses zweite Postulat in einen Auftrag umgewandelt. Der Regierungsrat lehnte den Auftrag betreffend Erteilung von Lektionen zur Schuldenprävention an der Schule durch Betreibungsbeamte ab, da es nicht in seiner Befugnis liege, den Lehrplan zu diktieren. Zur

¹¹⁰ Grosser Rat Graubünden (Protokoll Dezembersession, 2007, S. 369)

¹¹¹ Regierungsrat Zürich (Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr. 451/2004 betreffend Schuldenberatung und -prävention, 2008, S. 11)

¹¹² <http://www.kreuzer-seiler.ch/index.php?id=34,0,0,1,0,0> (4. Februar 2008) und Kreuzer-Seiler Brigitta, E-Mail vom 17. Februar 2008

¹¹³ http://www.cvp.ch/de/party/valentin_ruettimann_persondetail---0--0--0--1411.html (4. Februar 2008)

¹¹⁴ <http://www.dettes.ch/mm/PostulatbetreffendSchuldenberatung.pdf> (4. Februar 2008)

¹¹⁵ <http://www.sp-aargau.ch/grosser-rat/aktuelle-vorstoesse/detailansicht/archive/2007/februar/article/divp-classmsobodytextspan-langde-chspannbspspspspanp-classmsobodytextspan/> (4. Februar 2008)

Zeit werde vom Kanton immerhin das Theaterprojekt „Du bist was du hast“ für die Oberstufe unterstützt, womit Jugendliche sehr gut erreicht würden.¹¹⁶

4.3 Fazit Stellungnahmen und Anregungen aus der Schweizer Politik

Dieses Kapitel zeigt, dass sich bekannte Politiker für die Thematik interessieren und die Prävention der Jugendlichen vor Verschuldung für unsere Gesellschaft als wichtig anschauen. Insbesondere Mitte- und Mitte-Links-Parteien befassen sich mit der Thematik. Von dieser Seite wurden auch einige Vorstösse lanciert. Die FDP ist die einzige bürgerliche Partei, die sich zum Thema äussert. Wie es Hans Ulrich Stöckling zum Ausdruck brachte, appellieren die Bürgerlichen vor allem an die Eigenverantwortung der Jugendlichen, aber auch an die Verantwortung der Eltern und der Schule. Der Bundesrat ist sich in seiner Stellungnahme mit der Sicht der Betreibungsbeamten (vgl. Kapitel 3.5.1) einig und glaubt, dass mit weiteren Gesetzen vermutlich keine verbesserte Prävention geleistet werden kann, sondern dass andere Massnahmen ergriffen werden müssen.

Obwohl die diversen Vorstösse grösstenteils zurückgewiesen oder aufgeschoben wurden, ist im Kanton Zürich die Problematik erkannt worden. Einerseits bestätigt dies das kürzlich vom Schulamt der Stadt Zürich lancierte „Dossier Finanzen“ und andererseits der Brief vom 12. Februar 2008 der Zürcher Bildungsdirektorin, in dem sie auf die Projekte des Volksschulamtes mit der Fachstelle Schulden des Kantons hinweist (vgl. Anhang 9.7). Dieser Brief verdeutlicht die Grundhaltung im Zürcher Bildungswesen, welches den Handlungsbedarf erkannt hat, und sich bereits heute für die Vermittlung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Geld an der Volksschule einsetzt.

¹¹⁶ Amacher Dzung Ruth, E-Mail vom 20. Februar 2008

5 MEINUNGSBEFRAGUNGEN

Um eine sinnvolle Handlungsempfehlung machen zu können, wird in diesem Kapitel aufgrund von Meinungsbefragungen eruiert, in welchen Stufen Erziehung im Umgang für die Schule wichtig wird und wo die Grenze zwischen der Verantwortlichkeit der Eltern und der Schule in der Gelderziehung gezogen werden kann. Hierzu wurde im Rahmen dieser Arbeit eine Umfrage bei Fachpersonen durchgeführt. Weiter fließen Erkenntnisse aus Gesprächen mit Lehrpersonen, Eltern und zwei Vertreterinnen des Volksschulamtes ein.

Dieses Kapitel gibt auch Hinweise, inwiefern für ein erfolgreiches Change Management im Schulwesen auch die Bedürfnisse der Lehrpersonen berücksichtigt werden müssen.

5.1 Sicht Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, Schuldenberater

In diesem Kapitel werden die Resultate einer Umfrage vorgestellt, die im Rahmen dieser Diplomarbeit bei Fachpersonen wie Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Schuldenberatern durchgeführt wurde. Die Umfrage wurde gemacht, um zu erfahren, inwiefern die Gelderziehung aus Sicht der Fachpersonen als Verantwortung der Eltern oder der Schule angesehen wird. Es handelt sich um eine Pulsmessung und keine repräsentative Befragung. Der Fragebogen wurde an 76 Fachpersonen gesandt. Die Rücklaufquote betrug 46 Prozent (35 Fragebogen).

Erziehung im Umgang mit Geld: Verantwortung der Eltern oder der Schule?

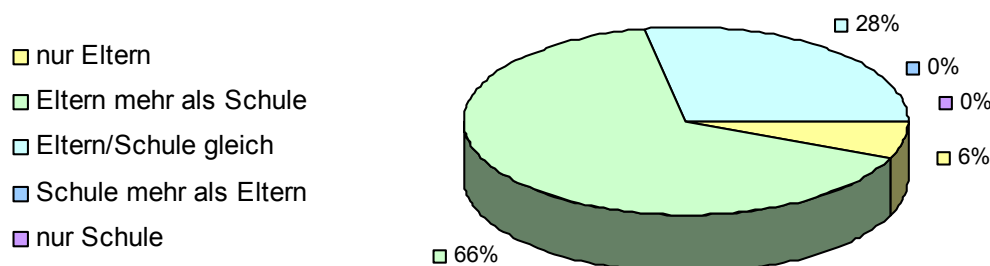


Abbildung 7: Erziehung im Umgang mit Geld: Verantwortung der Eltern oder der Schule?¹¹⁷

Ein kleiner Teil der Befragten, nämlich 6 Prozent, sehen die Gelderziehung als alleinige Verantwortung der Eltern an. Die Mehrheit der Befragten, 66 Prozent, findet, dass die Erziehung im Umgang mit Geld in erster Linie in der Verantwortung der Eltern liegt. Sie sind jedoch der Meinung, dass die Eltern durch die Schule unterstützt werden sollten. Knapp 30 Prozent der Befragten schauen Erziehung im Umgang mit Geld als Verantwortung an, die gleichwertig zwischen der Schule und den Eltern aufgeteilt werden müsste. Keiner der Befragten ist der Meinung, dass die Gelderziehung in erster Linie oder nur in der Verantwortung der Schule liegt.

¹¹⁷ Eigene Darstellung vgl. Umfrage im Anhang 9.5.2

Als Gründe, weshalb die Schule in der Gelderziehung vermehrt aktiv werden sollte, wurden Anmerkungen angebracht wie „Eltern sind mittlerweile schlechte Vorbilder“, „Eltern fällt es schwer diese Aufgabe wahrzunehmen“ oder „Eltern haben selbst zu wenige Kenntnisse über Verschuldung und Geld“.

Inwiefern hat sich die Verschuldungsproblematik von Schülern und Jugendlichen in den letzten Jahren verändert?

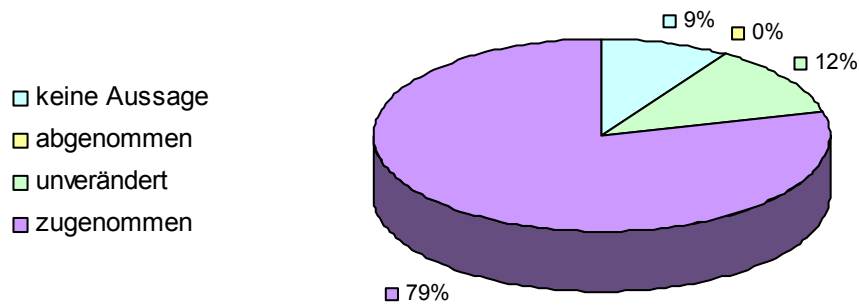


Abbildung 8: Einstufung der Veränderung der Jugendverschuldung¹¹⁸

Bei der Frage nach der Wahrnehmung der Veränderung der Jugendverschuldung handelt es sich um eine subjektive Wahrnehmung der Befragten. 79 Prozent der Befragten glauben, dass die Jugenderschuldung in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Diese Zahl besagt auch, dass die Problematik der zunehmenden Jugendverschuldung erkannt worden ist.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Hauptursache für dieses Meinungsbild in der starken Thematisierung der Jugendverschuldung in den Medien liegt. Diese haben Themen wie Handy als Schuldenfalle oder die Zunahme der Konsumkredite bzw. Leasingraten in den letzten Jahren vermehrt aufgenommen.

¹¹⁸ Eigene Darstellung vgl. Umfrage im Anhang 9.5.2

Handlungsbedarf/Wichtigkeit der Erziehung im Umgang mit Geld für die Schule?

Die nachstehende Abbildung zeigt die Sicht der Fachpersonen zur Einstufung der Wichtigkeit und des Handlungsbedarfs für die verschiedenen Schulstufen.

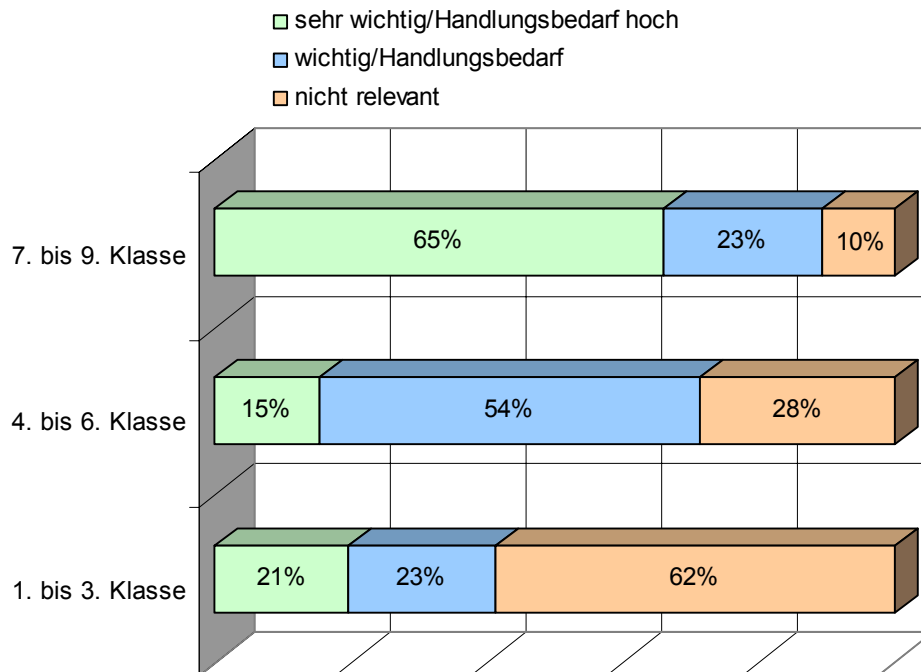


Abbildung 9: Handlungsbedarf/Wichtigkeit für die Schule¹¹⁹

Einige Antworten der Fachpersonen auf Fragen zum besten Lernalter sowie auf die konkrete Frage „Umgang mit Geld als Schulfach?“ werden hier aufgeführt:

- „Umgang mit Geld muss gelernt werden wie das 1x1 oder das ABC.“
- „Ab der 4. Klasse nimmt die Wichtigkeit zu und sehr wichtig ist es, in der Oberstufe einen Lehrplananteil „Umgang mit Geld“ zu haben.“
- „Das Thema hat zunehmend Bedeutung und Brisanz. Als Thema gehört es unverzichtbar und wiederkehrend in verschiedene Schulstufen und Fächer.“
- „Es braucht kein eigenes Schulfach. Über Geld sprechen und Umgang damit sollte jedoch in Fächern wie Mathematik, Mensch und Umwelt, Ethik etc. behandelt werden.“
- „Keine neuen Fächer: Auf der Primarstufe sollen Kinder bereits involviert werden, wenn Ausgaben (z. B. neue Bücher) anfallen.“
- „Nicht relevant als neues Schulfach...“
- „Thema muss in andere Fächer involviert werden.“
- „Ab der Mittelstufe und besonders nochmals in der Oberstufe wäre es als fixes Thema im Unterricht wünschenswert.“
- „Ab der 7. oder 8. Klasse wäre es im Schulunterricht zu thematisieren.“

¹¹⁹ Eigene Darstellung vgl. Umfrage im Anhang 9.5.2

- „Wie sollen Kinder einen vernünftigen Umgang mit Geld erlernen, wenn sich ihre Eltern zunehmend vor der Auseinandersetzung mit ihnen scheuen? Solange Eltern selbst nur dem Geld nachrennen und auf Pump leben, lehrt die Schule an der Realität vorbei.“
- „Vorsorge ist besser als Nachsorge.“

In Ergänzung zur eigenen Umfrage werden hier zwei Stellungnahmen von weiteren Fachpersonen aufgeführt, die sich stark für die Prävention einsetzen:

Peter Gründler, Präsident der Schuldenberatung Schweiz, äusserte sich zur Thematik gegenüber der Tagesschau wie folgt: „Viele Junge sind schon mit der Handyrechnung überfordert“. Er ist der Meinung, dass Budgetplanung zum Schulfach werden müsste.¹²⁰

Peter Schneeberger, Stellenleiter der Beratungsstelle für Schuldenfragen in Chur, fordert die Thematisierung des Umgangs mit Geld an den Schulen und zwar gründlicher als es mit einem halb- oder ganztägigen Workshop möglich sei.¹²¹

5.2 Sicht Lehrer

Auf die Frage, was Lehrpersonen von einem neuen Schulfach Umgang mit Geld hielten, reagierten die Lehrer meist eher stutzig und fügten Rückfragen an wie, was ein solches Fach genau beinhalten würde oder auf Kosten welcher anderen Fächer dieses neue Fach laufen würde. Die Oberstufenlehrer merkten teils an, dass sie in ihrem Unterricht diese Thematik bereits im Rahmen von Projektwochen oder durch den Wahlfachunterricht abdecken würden. Die Einführung eines neuen Schulfachs wird als nicht realistisch oder möglich angesehen, insbesondere weil die Lektionentafeln bereits voll seien. Dennoch sehen einige Lehrpersonen eine Möglichkeit, die Thematik fundierter in die bestehenden Fächer zu integrieren. Es wurde aber auch die Meinung geäussert, dass die Eltern ihre Vorbildrolle im Konsumverhalten besser wahrnehmen müssten und nicht noch mehr Verantwortung auf die Schule übertragen werden sollte. Ebenfalls stellte sich heraus, dass Lehrer die Möglichkeit sehr schätzen, für dieses Thema externe Fachpersonen beiziehen zu können.

5.3 Sicht Eltern

Im Gespräch mit Eltern aus dem Bekanntenkreis der Autorin dieser Diplomarbeit hat sich herausgestellt, dass Eltern die Erziehung der Kinder im Umgang mit Geld aufgrund der Vorbildrolle ab der Geburt der eigenen Kinder vorwiegend als ihre eigene Aufgabe ansehen. Einige Eltern erwähnten jedoch, dass nicht alle Eltern in der Lage seien, ihre Kinder im Umgang mit Geld zu erziehen, daher müsse die Schule in der Erziehung mitwirken. Eltern sehen es zum Teil als harte Arbeit an, ihren Kindern zu erklären, warum sie gewisse Dinge nicht erhalten. Unterstützung durch die Schule im Bereich der Werthaltungen und durch Gespräche im Klassenverband würden insbesondere ab der Mittelstufe und in der Oberstufe sehr geschätzt werden.

Ein Vater von zwei Kindern fügte an, dass nebst Werthaltungen auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Schule stufengerecht und möglichst anschaulich erklärt werden sollten, damit Kinder die Wirtschaft als Teil unseres Lebens verstehen lernten. Er würde auf der Sekundarstufe I ein Fach Wirtschaft sehr begrüssen.

¹²⁰ <http://news.search.ch/inland/2007-01-05/budgetplanung-soll-schulfach-werden> (23. Dezember 2007)

¹²¹ Vgl. Jäggi Therese, Generation Kredit, in Heft "Context." des KV Schweiz vom 10. August 2007

Die übrigen befragten Eltern haben sich nicht so konkret wie dieser Vater zur Einführung eines neuen Schulfachs geäußert.

Im Schnitt erachten die Befragten die Unterstützung durch die Schule ab der Unterstufe als noch nicht relevant bis wichtig, ab der Mittelstufe als wichtig bis sehr wichtig und ab der Oberstufe als sehr wichtig an.

5.4 Sicht Volksschulamt Zürich

Auf der Basis der Gespräche mit Regine Fretz, ehemalige Leiterin der Abteilung Pädagogisches, und Madeleine Wolf, Leiterin Projekt Sek 9. Schuljahr, beide ehemalige Lehrerinnen, wird hier die Sicht zum Umgang mit Geld von zwei Vertreterinnen des Volksschulamtes (VSA) der Bildungsdirektion des Kantons Zürich beschrieben (vgl. Organigramm, Kapitel 6.2).

Regine Fretz

Veränderungen in der Art der Einführung eines neuen Schulfachs, können nicht einfach so auf die Schnelle umgesetzt werden. Bei der Einführung neuer Schulfächer müssten diverse Komponenten berücksichtigt werden, wie die Anpassung der Lehrpläne und Lektionentafeln, die Erarbeitung von neuen Lehrmitteln, die Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrpersonen usw. Derart weitreichenden Veränderungen seien nur möglich, in Zeiten, in denen grössere Umstrukturierungen im Schulwesen anstünden und bei denen der neue Fächerwunsch integriert werden könne. Eine derartige Umstrukturierung, die eventuell Möglichkeiten für eine umfassendere Verankerung der Thematik im Lehrplan bieten könnte, sei möglicherweise die Neugestaltung des 9. Schuljahrs.¹²² Regine Fretz sieht die Einführung eines Schulfachs Umgang mit Geld grundsätzlich jedoch eher als nicht machbar an. Doch auch wenn Regine Fretz grundsätzlich bezweifelt, dass ein neues Fach für den Umgang mit Geld eingeführt werden könnte, so erachtet sie die erhöhte Sensibilisierung im Umgang mit Geld im Rahmen des fächerübergreifenden Unterrichts und im Bereich Mensch und Umwelt als sehr wichtig und sinnvoll. Sie ist der Meinung, dass die Sensibilisierung bereits auf der Primarstufe beginnen sollte, um den besten Effekt zu erzielen.¹²³

Madeleine Wolf

Das Projekt Sek 9. Schuljahr des VSA fokussiert sich auf die Stärkung der Kompetenzen in Fächern wie Mathematik, Deutsch, Natur & Technik, Französisch und Englisch. Die Einführung eines neuen Fachs Umgang mit Geld auf der 9. Schulstufe schätzt Madeleine Wolf auch im Rahmen der Neuplanung des 9. Schuljahrs als nicht machbar ein. Neue Fächer einzuführen liege nicht im Trend. Viel eher sollte die Gelderziehung in andere Fächer integriert und dort z. B. durch modulartigen Unterricht abgedeckt werden.¹²⁴

Madeleine Wolf äussert gewisse Bedenken, ob eine stärkere Verankerung im Lehrplan den gewünschten Effekt erzielen würde. Sie fügte an: „Ein Obligatorium suggeriert Wirksamkeit, die nicht garantiert ist.“ Neuer, als obligatorisch erklärter Stoff berge immer die Gefahr, durch gewisse Lehrer vernachlässigt zu werden. Wichtig sei es, dass Lehrer selbst von der Wichtigkeit des Themas überzeugt würden. Zudem biete sich gerade im Wirtschaftsbereich,

¹²² Fretz Regine, ehemals Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 7. Januar 2008

¹²³ Fretz Regine, ehemals Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 7. Januar 2008

¹²⁴ Wolf Madeleine, Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 8. Februar 2008

der für die meisten Lehrer eher ein fremdes Themengebiet sei, auch in Zukunft der Beizug von externen Fachpersonen an, um gegenüber den Schülern Authentizität zu vermitteln.¹²⁵

Würde ein neues Schulfach eingeführt, so müsste auch die Aus- und Weiterbildung sichergestellt werden. Zur Zeit sei es schwierig, den Lehrern weitere Kurse zuzumuten, da die Lehrer momentan sehr viele Weiterbildungskurse absolvieren müssen, u. a. aufgrund der neuen Fächer Englisch oder Religion und Kultur. Um den Lehrerberuf attraktiv halten zu können, dürften die Lehrer zudem nicht überfordert werden und deren Zufriedenheit müsse Beachtung geschenkt werden.¹²⁶

5.5 Fazit Meinungsbefragungen

Gemäss den Befragungen in diesem Kapitel hat sich herauskristallisiert, dass die Befragten sich darüber einig sind, dass der Umgang mit Geld für jeden relevant ist und irgendwann erlernt werden muss. Von fast allen Befragten wird Unterstützung der Eltern in ihrer Gelderziehungsaufgabe durch die Schule gewünscht. Fachpersonen und Eltern haben erkannt, dass gewisse Eltern ihrer Vorbildrolle teils nicht mehr so gerecht werden wie sie dies sollten. Die Befragten sind der Meinung, dass auch Kinder von schlechten Vorbildern die Möglichkeit haben sollten, den richtigen Umgang mit Geld zu erlernen. Die Thematik sollte daher möglichst früh, spätestens jedoch ab der Mittelstufe und speziell auf der Oberstufe in der Schule aufgenommen werden. Obwohl die Wichtigkeit des Erlernens des Umgangs mit Geld für die Schule klar erkannt worden ist, wird in diesem Kapitel auch aufgezeigt, dass die Mehrheit der Befragten und insbesondere die Vertreterinnen des VSA es als nicht realistisch oder zwingend notwendig erachten, ein neues Schulfach für den Umgang mit Geld einzuführen. Der gewünschte Effekt könne viel einfacher und wirkungsvoller auf einem anderen Weg, wie beispielsweise durch Integration in bestehende Fächer oder durch Interessewecken bei den Lehrpersonen, erreicht werden.

¹²⁵ Wolf Madeleine, Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 8. Februar 2008

¹²⁶ Wolf Madeleine, Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 8. Februar 2008

6 VORGEHEN ZUR EINFÜHRUNG EINES NEUEN SCHULFACHS IM KANTON ZÜRICH

Bevor nun eine Handlungsempfehlung an die Volksschule gemacht und entschieden wird, ob ein Schulfach zum Erlernen des Umgangs mit Geld eingeführt werden sollte oder nicht, wird in diesem Kapitel aufgezeigt, wie vorgegangen werden müsste, falls man ein neues Schulfach einführen wollte. Dieses Kapitel stellt ein Exkurs dar, da die Ausführungen in diesem Kapitel nicht nur auf den Umgang mit Geld als Schulfach Bezug nehmen, sondern auch für die Einführung eines anderen Fachs relevant wären.

6.1 Rollen- und Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kanton, Gemeinde und einzelnen Schulen

In der Schweizerischen Bundesverfassung ist festgehalten, dass die Kantone für das Schulwesen zuständig sind. Der Bund erlässt nur vereinzelt Vorschriften, wie beispielsweise zum schweizweiten Schuleintritt, zur Schulpflicht oder zur Anerkennung von Abschlüssen. Der Bund regelt im Weiteren den Beginn des Schuljahres.¹²⁷

Im Kanton Zürich sind die Aktivitäten und Kompetenzen zur Bildung und Erziehung in den kantonalen Gesetzen wie z. B. dem Bildungsgesetz oder dem Volksschulgesetz geregelt. Das Volksschulgesetz definiert in den Paragraphen 41 bis 46 die Organisation und Organe der Volksschule auf Kantons-, Gemeinde- und Schulebene.¹²⁸

6.2 Entscheidungsträger im Kanton Zürich

Um aufzuzeigen, wer Entscheidungsträger für die Einführung eines neuen Schulfachs oder für Lehrplanänderungen im Kanton Zürich ist, wird die Verbindung zwischen den beiden politischen Gremien, dem Regierungsrat und dem Bildungsrat des Kantons Zürich erläutert.

Der Zürcher Regierungsrat besteht aus sieben Räten und einem Staatschreiber. Alle Regierungsräte leiten je eine Direktion. Die Bildungsdirektion, als Entscheidungsträger für Bildungsfragen, ist für die vorliegende Arbeit relevant. Seit 2003 hat die Regierungsrätin Regine Aepli die Leitung der Bildungsdirektion als Bildungsdirektorin inne.¹²⁹

Der Bildungsdirektion ist ein Bildungsrat beigegeben. Die rechtliche Basis für den Bildungsrat bildet das Bildungsgesetz und die weiteren das Bildungswesen betreffenden Gesetze.¹³⁰

In erster Linie beschäftigt sich der Bildungsrat mit pädagogischen Fragen aus den Bereichen Volksschule, Mittelschule und Berufsschule. Er tut dies, indem er die **Lehrpläne und Reglemente erlässt** und für die Koordination zwischen den Bildungsstufen sorgt.

Die Aufgaben des Bildungsrats, wie sie auch im Bildungsgesetz, Paragraph 21, definiert sind, umfassen die Förderung des Bildungswesens und die Koordination zwischen den Bildungsbereichen. Der Bildungsrat nimmt zu wesentlichen bildungspolitischen Fragen

¹²⁷ Vgl. Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1999, Artikel 62)

¹²⁸ Vgl. Kanton Zürich, Volksschulgesetz (2005, Paragraphen 41 und 44)

¹²⁹ www.zh.ch (9. Januar 2008)

¹³⁰ Vgl. Kanton Zürich, Bildungsgesetz (2002, Paragraphen 20 bis 22)

Stellung, sorgt für eine umfassende Information der Öffentlichkeit und erstattet über seine Tätigkeit Bericht.¹³¹

Das Organigramm der Bildungsdirektion sieht wie folgt aus:

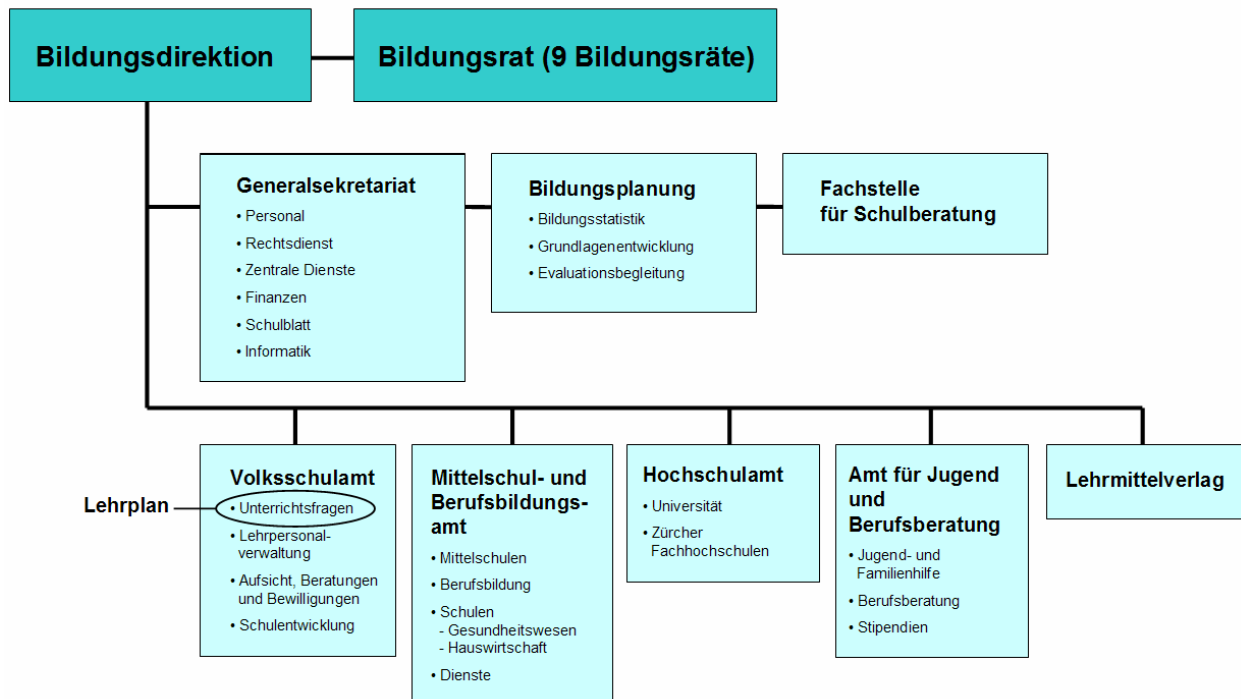


Abbildung 10: Organigramm der Zürcher Bildungsdirektion¹³²

Der Lehrplan ist innerhalb der Bildungsdirektion dem Volksschulamt, Abteilung Pädagogisches, Sektor Unterrichtsfragen, angegliedert.

¹³¹ <http://www.bildungsdirektion.zh.ch/internet/bi/de/BR.html> (9. Januar 2008)

¹³² Eigene Aufbereitung in Anlehnung an Internetseite der Zürcher Bildungsdirektion http://www.bildungsdirektion.zh.ch/internet/bi/de/Direktion/leitbild___organisation.html (13. Januar 2008)

Da das Volksschulamt der Bildungsdirektion des Kantons Zürich unter anderem für schulorganisatorische Fragen sowie Unterrichts- und Lehrplanfragen zuständig ist, wird hier das Organigramm des Volksschulamtes ebenfalls aufgeführt:

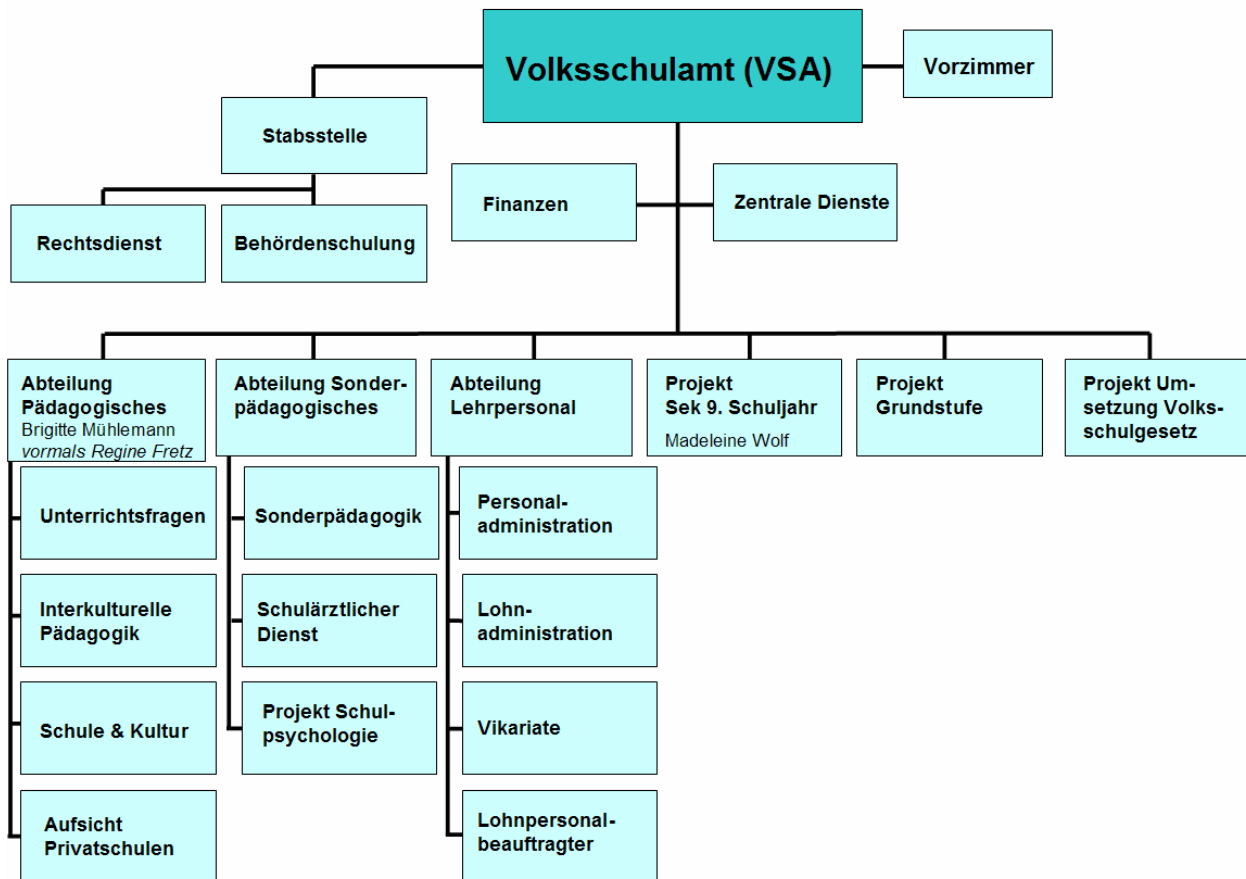


Abbildung 11: Organigramm Volksschulamt der Bildungsdirektion des Kantons Zürich¹³³

6.3 Entscheidungskompetenz des Bildungsrats

Der Bildungsrat kann in seinen Kompetenzbereichen unabhängig vom Regierungsrat **Bildungsrätliche Beschlüsse (BRB)** treffen. Er lässt sich dabei von der Bildungskommission beraten. Der Regierungsrat hat kein Weisungsrecht gegenüber dem Bildungsrat. Er kann den Bildungsrat lediglich durch Anstösse oder indirekt über die Behördeninitiative anregen. Auch das Volksschulamt oder die Bevölkerung können den Bildungsrat nur anstossen oder indirekt, über eine Volks- oder Einzelinitiative an den Regierungsrat, anregen.¹³⁴

¹³³ Eigene Darstellung in Anlehnung an Internetseite des Volksschulamtes Zürich http://www.vsa.zh.ch/site/index__gast-d-25-23-25-urllvars-.html (13. Januar 2008)

¹³⁴ Fretz Regine, ehemals Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 7. Januar 2008

Die folgende Abbildung verdeutlicht den Entscheidungsweg und die selbstständige Entscheidungskompetenz des Bildungsrats z. B. bei der Einführung eines neuen Schulfachs:

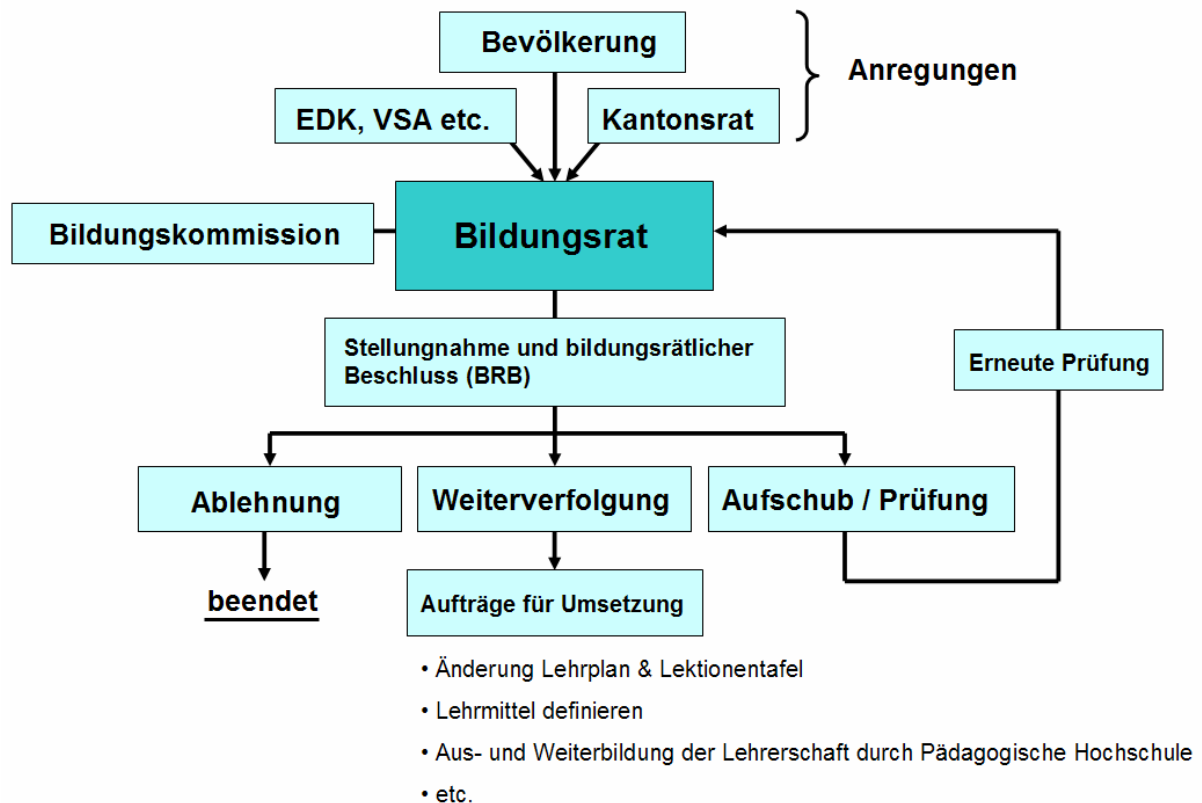


Abbildung 12: Entscheidungsweg für Änderungen Lehrplan/Lektionentafel¹³⁵

6.4 Anregungen an die Bildungsdirektion oder den Bildungsrat

Handlungsempfehlungen (vgl. Kapitel 7), welche eine Lehrplanänderung oder eine Änderung in der Lektionentafel zu Folge haben, müssen beim Bildungsrat angeregt werden. Dabei muss der Bildungsrat davon überzeugt werden, dass das betreffende Thema ein aktuelles und wichtiges Thema für die Volksschule ist, denn derartige Änderungen sind mit enormem Aufwand verbunden.

Am wirkungsvollsten kann der Bildungsrat angeregt werden, indem ein Schreiben direkt an die Bildungsdirektorin, den Bildungsrat selbst oder die Abteilung Pädagogisches des VSA gerichtet wird.

Der Inhalt des Schreibens sollte die Ausgangslage sowie Lösungsansätze umfassen. Um die Chance auf ein positives Feedback zu erhöhen, empfiehlt es sich, im Schreiben eigene Unterstützung und Hilfe für die Umsetzung der Vorschläge anzubieten. Ebenfalls erfolgversprechend ist es, sich für eine Besprechung zur Verfügung zu stellen. Zudem ist es auch nützlich, vor dem Einreichen der Anregung, einen Bildungsrat über die Thematik zu informieren und auf die eigene Seite zu ziehen. Diesen Vorgang nennt man Lobbying. Dadurch kann

¹³⁵ Eigene Darstellung in Anlehnung an Fretz Regine, ehemals Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 7. Januar 2008

die Aufmerksamkeit für das eigene Anliegen erhöht werden.¹³⁶ Der Bildungsrat ist gemäss Paragraph 1 des Bildungsgesetzes dazu verpflichtet, jede Anregung zur Kenntnis zu nehmen und durch eine schriftliche Stellung zu beantworten.

6.5 Entscheidungsträger auf Gemeinde- und Schulebene

Wichtig auf Gemeindeebene sind die **Schulpflegen**, welche u. a. das Schulprogramm genehmigen, das die **Schulleitung** und die **Schulkonferenz** für eine einzelne Schule definiert haben. Die Schulleitung ist für die administrative, personelle und finanzielle Führung und, zusammen mit der Schulkonferenz, für die pädagogische Führung und Entwicklung der einzelnen Schule verantwortlich. Die Schulkonferenz besteht aus den unterrichtenden Lehrpersonen einer Schule. Sie beschliesst auch über Massnahmen sowie deren Umsetzung. Die Schulleitung hat unter Mitwirkung der Schulkonferenz die Kompetenz, besonderen Unterricht und Organisationsformen wie Projektwochen, Klassenlager oder Exkursionen festzulegen.

Sofern nicht gleich eine Lehrplan- oder eine Lektionentafeländerung als Handlungsempfehlung in Betracht gezogen wird, kann auch im kleineren Rahmen über die Schulpflege, die Schulleitungen oder die Schulkonferenz etwas bewirkt werden. Es könnten zum Beispiel die Schulleiter, welche die Schulkonferenzen leiten, von der Wichtigkeit eines bestimmten Themas überzeugt werden. Sind diese von einem Thema und dessen Wichtigkeit überzeugt, so gelingt es ihnen vermutlich, auch die an einer Schule unterrichtenden Lehrer davon zu überzeugen.

6.6 Fazit Vorgehen zur Einführung eines neuen Schulfachs im Kanton Zürich

Dieses Kapitel zeigt auf, dass der Weg zur Einführung eines Schulfachs oder einer Lehrplanänderung über den Bildungsrat führt.

Die meist ablehnende Haltung der Regierungen gegenüber politischen Vorstössen (vgl. Kapitel 4) in Zusammenhang mit der Jugendverschuldung weist darauf hin, dass die Chance für eine Weiterverfolgung erneuter Anstösse in diesem Themenbereich vermutlich eher gering sein dürfte, da in der Prävention Jugendlicher vor Verschuldung durch den Staat bereits sehr vieles gemacht wird.

Aufgrund dieser eher düsteren Erfolgsaussicht im Bezug auf weitreichende Änderungen wie dies die Einführung eines Schulfachs oder eine Lehrplanänderung wäre, darf der Einfluss nicht unterschätzt werden, der über die Schulpflegen auf Gemeindeebene oder über die Schulleitungen auf Schulebene ausgeübt werden kann. Diese Gremien bestimmen über die Fokussierung auf gewisse Themen an den einzelnen Schulen. Für gewisse Handlungsempfehlungen könnte sich der Weg über diese Stellen eignen.

¹³⁶ Fretz Regine, ehemals Volksschulamt des Kantons Zürich, Gespräch vom 7. Januar 2008

7 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AN DIE VOLKSSCHULE

Dieses Kapitel umfasst die Handlungsempfehlungen an die Volksschule des Kantons Zürich. Diese basieren auf den Schlüssen, die aus den vorangehenden Kapiteln gezogen wurden. Einleitend wird die Grundfrage dieser Diplomarbeit „Umgang mit Geld als Schulfach“ beantwortet, indem Gründe dafür und Gründe dagegen abgewogen werden. Anschliessend werden alternative Handlungsempfehlungen an die Schule gemacht. Dabei werden die eng miteinander verbundenen Aufgaben der Schule und der Eltern in einer Tabelle aufgeführt und gewichtet, um erkennbar zu machen, wo der Handlungsbedarf der Schule liegt. Weiter werden stufenspezifische und stufenunspezifische Handlungsempfehlungen abgegeben und auf die Grenzen der Wirkung schulischer Präventionsaktivitäten hingewiesen.

7.1 Umgang mit Geld als Schulfach?

Ein Schulfach Umgang mit Geld für den Kanton Zürich wird von der Verfasserin dieser Arbeit als nicht praktikabel angesehen. Zu dieser Entscheidung haben die Resultate der Befragung der Bildungs- und Erziehungsdirektionen sowie die Meinungsbefragungen des Kapitels 5 geführt. Die Antworten der kantonalen Bildungs- und Erziehungsdirektionen und die Stellungnahmen der Vertreterinnen des Zürcher Volksschulamtes wurden bei der Entscheidungsfindung speziell berücksichtigt, da diesen Instanzen aus Sicht der Verfasserin eine besonders realistische Einschätzung der Situation attestiert werden kann. Aus den Meinungen dieser Experten geht hervor, dass die Einführung eines neuen obligatorischen Schulfachs mit enormem Aufwand verbunden wäre, nicht der gängigen Fächerpraxis entspricht und daher nicht gefragt wird. Auch die Tatsache, dass Änderungen in den aktuellen Lektionentafeln beinahe unmöglich sind, weil kein anderer Fachverantwortlicher bereit ist Lektionen für ein neues Fach „herzugeben“ und die Pensen der Schüler an wöchentlichen Lektionen bereits voll sind, sprechen gegen die Einführung eines neuen Schulfachs.

Eltern und Lehrer sehen den Weg über ein neues Schulfach ebenfalls nicht. Eltern und Lehrer sind sich einig, dass die Hauptverantwortung für die Erziehung im Umgang mit Geld bei den Eltern liegt, jedoch durch die Schule unterstützt werden sollte. Eltern sehen diese Unterstützung durch die Schule insbesondere im Bereich der Vermittlung ökonomischer Kenntnisse, aber auch dort, wo Eltern ihrer Vorbildrolle nicht gerecht werden. Auch deren Kinder sollten die Möglichkeit erhalten, einen gesunden Umgang mit Geld zu erlernen.

Stimmen, welche sich für ein Schulfach ausgesprochen haben, sind rar. Einige Schuldenberater sind für ein Fach Umgang mit Geld, auch Bettina Bickel von Intrum Justitia fände es sinnvoll und von einem Befragten wurde Wirtschaftskunde auf der Oberstufe als Schulfach vorgeschlagen.

Die Abwägung dieser Voten und insbesondere die Aussicht auf alternative Lösungen oder die Aussicht auf eine Thematisierung im Rahmen des Projekts HarmoS haben die Verfasserin dieser Arbeit veranlasst, die Einführung eines Fachs Umgang mit Geld für den Kanton Zürich nicht zu empfehlen. Der gewünschte Effekt, kann auch auf anderen Wegen erreicht werden. Der Entscheid gegen ein Schulfach bedeutet nicht, dass die Erziehung im Umgang mit Geld für die Schule nicht wichtig wäre. Im Gegenteil, die Schule ist ein geeigneter Ort, um Gespräche über den Gruppendruck bzw. den Konsum von Markenartikeln im Klassenverband durchzuführen und Tabuthemen aufzubrechen. Zudem hat die Schule den Auftrag, Kinder und Jugendliche auf das Leben vorzubereiten. Da der Umgang mit Geld in unserer Gesellschaft sehr zentral ist und jeden betrifft, gehört auch die Konsum- und Gelderziehung im Sinne einer Stärkung der Alltagskompetenz dazu.

Stufengerecht aufbereiteter Unterricht über den Umgang mit Geld gehört ab der Primarschule in den Schulunterricht. Die Vermittlung von wirtschaftlichen Zusammenhängen sollte ab Ende der Mittelstufe und spätestens in der Oberstufe zum fixen Schulstoff gehören. Detaillierte Handlungsempfehlungen zu diesen Forderungen, d.h. für eine stärkere als die bisherige Verankerung im Unterricht, werden in den folgenden Kapiteln gegeben.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass der von einigen Befragten geäußerte Einwand, das Thema Umgang mit Geld würde als eigenes Fach zu wenig hergeben, von der Verfasserin dieser Arbeit verneint werden muss. Die Erziehung im Umgang mit Geld umfasst nicht nur die reine Wissensvermittlung über Geld und Budgetplanung, sondern auch die Entwicklung der Persönlichkeit und der sozialen Kompetenzen. Nebst der eigentlichen Finanzerziehung kann die Schule gerade zur Stärkung und Förderung der psycho-sozialen Kompetenzen vieles erreichen. Auch die schulischen Aktivitäten Finnlands zeigen, dass die Schule durchaus ihren Beitrag im Bereich der Konsum- und Finanzerziehung leisten kann, dort sogar mit einem eigenen Schulfach. Wenn man bedenkt, wie viele Personen eine kaufmännische Lehre oder ein Gymnasium mit Wirtschaftsfokus absolvieren und später ein Wirtschaftsstudium aufnehmen, dann erhält die Finanzerziehung aus Sicht der Verfasserin dieser Arbeit an Wichtigkeit, denn Heranwachsende sollten auch durch die Schule optimal auf die Zeit nach der Volksschule vorbereitet werden.

7.2 Handlungsempfehlungen an die Schule

Die Wichtigkeit der Erziehung im Umgang mit Geld für die Schule ist für die Verfasserin dieser Arbeit unbestritten und wird durch die Meinungsbefragungen und Analysen dieser Arbeit unterstützt.

Die optimale Erziehung im Umgang mit Geld bedingt die gegenseitige Ergänzung von Schule und Elternhaus. Wie es auch im Volksschulgesetz steht, soll die Schule die Erziehung in der Familie ergänzen.¹³⁷ Die Handlungsempfehlungen an die Volksschule berücksichtigen dies und werden im Folgenden in einer Tabelle aufgelistet, welche die Aufgaben der Schule und die Aufgaben den Eltern verdeutlicht.

Die Handlungsempfehlungen wurden für fünf Bereiche, die unter die Erziehung im Umgang mit Geld fallen, gemacht.

1. Konsumverhalten
2. Haltungen, Einstellungen und Wertvorstellungen
3. Budget erstellen, Buchhaltung
4. Verschuldung und Überschuldung
5. Vermittlung von ökonomischen Grundwissen/Kenntnissen

Für diese fünf Themenbereiche werden Inhalte und Methoden, Angliederungsmöglichkeiten an bestehende Fächer sowie mögliche Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien genannt. Es sei jedoch an dieser Stelle erwähnt, dass diese Inhalte, Methoden, Angliederungsmöglichkeiten, Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien bei einer allfälligen Umsetzung noch von Fachpersonen auf pädagogische Tauglichkeit geprüft werden müssten.

In Anlehnung an die kognitiven Fähigkeiten der Heranwachsenden (vgl. Kapitel 3.1) zeigen die Grüntöne auf der rechten Seite der untenstehenden Tabellen an, ob ein Thema auf einer gewissen Stufe relevant ist. Je dunkler der Grünton ist, um so mehr Beachtung sollte der Behandlung des Themas auf der entsprechenden Stufe geschenkt werden.

Welches Gremium darüber entscheidet, ob eine gewisse Handlungsempfehlung zum Bestandteil an den Zürcher Schulen erklärt wird bzw. wie eine Umsetzung angeregt werden kann, wurde im Kapitel 6 beschrieben.

¹³⁷ Vgl. Kanton Zürich, Volksschulgesetz (2005, Paragraph 2) und Kapitel 3.3.1 „Rolle der Schule“

7.2.1 Rollenaufteilung zwischen Schule und Eltern

Die unten aufgeführten Aufgaben sind zugleich Handlungsempfehlungen.

1. Konsumverhalten		Relevant in Stufe*		
Aufgaben Schule	Aufgaben Eltern	1.-3.	4.-6.	7.-9.
<p>Inhalte/Methoden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorleben eines gesunden Konsumverhaltens durch Lehrperson ▪ Diskussion und Gespräche über eigenes Konsumverhalten und Einfluss des Gruppendrucks/Dazugehörens im Klassenplenum ermöglichen ▪ Aspekte bei der Wahl von Konsumgütern durchleuchten <p>Angliederung in folgenden Fächern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mensch und Umwelt: Individuum und Gesellschaft (Wertvorstellungen klären) ▪ Gestaltung und Musik: Handarbeit (Eigenes Konsumverhalten überprüfen) <p>Mögliche Lehrmittel/Unterrichtsmaterialien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Süssholz. Produzieren – Konsumieren“ (3.-4. Klasse) Autor: Wyssen Hans-Peter und Zbinden-Etter Nadja / Verlag BLMV ▪ „Perspektive 21: Konsum“ (7.-9. Klasse) Autor: Bachmann Bruno und Thomet Ruth / Verlag BLMV ▪ Heft „aktuell“ zu „Jugendliche in der Schuldenfalle“ (7.-9. Klasse) Nummer 3 / 2006 / Autorin: Hessfeld-Meyer Gabriele u.a. / Kantonaler Lehrmittelverlag St. Gallen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorleben eines gesunden Konsumverhaltens ▪ Verhandlungen zum Kauf oder Nicht-Kauf eines vom Kind gewünschten Guts ermöglichen ▪ Kinder in die Planung, Entscheidung und Durchführung von Käufen einbeziehen 			

* **Farblegende:** keine Farbe = noch nicht relevant / Hellgrün = relevant / Dunkelgrün = hohe Relevanz

2. Haltungen, Einstellungen und Wertvorstellungen		Relevant in Stufe*		
Aufgaben Schule	Aufgaben Eltern	1.-3.	4.-6.	7.-9.
<p>Inhalte/Methoden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Prägen von Haltungen, Einstellungen und Wertvorstellungen ▪ Stärkung von persönlichen und sozialen Kompetenzen / Selbstbewusstsein aufbauen ▪ Diskussionen und Gespräche über die Bedeutung von Geld in unserer Gesellschaft ermöglichen, Gruppendruck/Dazugehören thematisieren ▪ Freizeitaktivitäten anbieten, die ohne übermäßige finanzielle Beteiligung ausgeübt werden können ▪ Beizug von externen Personen zur wirkungsvolleren Stoffvermittlung ▪ Elternabend durchführen zur Schaffung einer gemeinsamen Wertebasis mit und unter den Eltern <p>Angliederung in folgenden Fächern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mensch und Umwelt: Individuum und Gesellschaft (Grundlegende Arbeitsweisen; Wertvorstellungen klären; Orientierungswissen; Einblicke in Zusammenhänge gewinnen) ▪ Gestaltung und Musik: Handarbeit (Eigenes Konsumverhalten überprüfen) ▪ Fächerübergreifender Bereich <p>Mögliche Lehrmittel/Unterrichtsmaterialien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Heft „aktuell“ zu „Jugendliche in der Schuldenfalle“ (7.-9. Klasse) Nummer 3, 2006, Autorin: Hessfeld-Meyer Gabriele u.a. / Kt. Lehrmittelverlag SG ▪ Forumtheater „Du bist was du hast“ (vgl. Fussnote Seite 26) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorleben ▪ Tabuisierung vermeiden, eigene Haltung, Einstellung und Wertvorstellung dem Kind vermitteln ▪ Gespräche über Geld ermöglichen 			

* **Farblgende:** keine Farbe = noch nicht relevant / Hellgrün = relevant / Dunkelgrün = hohe Relevanz

3. Budget erstellen, Buchhaltung		Relevant in Stufe*		
Aufgaben Schule	Aufgaben Eltern	1.-3.	4.-6.	7.-9.
<p>Inhalte/Methoden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erlernen des Erstellens eines persönlichen Budgets und Schaffung eines Bewusstseins für Geldflüsse wie Einnahmen und Ausgaben ▪ Bewusstsein für Kosten schaffen durch Anbieten von partizipativen Lernfeldern in der Geld- und Konsumerziehung, z. B. durch Einbeziehen der Schüler in die Finanzierung einer Schulreise ▪ Vermitteln von buchhalterischen Grundkenntnissen ▪ Jugendliche in Lerninhalte einbeziehen: selbstständiges Erarbeiten des Themas durch die Schüler <p>Angliederung in folgenden Fächern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mensch und Umwelt: Individuum und Gesellschaft / Haushaltskunde (Orientierungswissen, Einblicke in Zusammenhänge gewinnen und Wertvorstellungen klären) ▪ Für Buchhaltung: Mathematik oder Informatik <p>Mögliche Lehrmittel/Unterrichtsmaterialien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Schoolbox“ von UBS (7.-9. Klasse) Kann bei jeder UBS-Geschäftsstelle kostenlos bezogen werden. ▪ Heft „aktuell“ zu „Jugendliche in der Schuldenfalle“ (7.-9. Klasse) Nummer 3 / 2006 / Autorin: Hessfeld-Meyer Gabriele u.a. / Kantonaler Lehrmittelverlag St. Gallen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abgabe von Taschengeld (ab 1. Klasse) ▪ Bewusstsein für Kosten schaffen, indem Kinder in die Planung und Einteilung des Geldes und in Kaufentscheidungen einbezogen werden ▪ Transparenz über das verfügbare Haushaltseinkommen schaffen und Einblick ins Haushaltsbuch gewährleisten ▪ Praktische Handhabung der Zahlungsmittel wie z. B. Umgang mit Bargeld erläutern 			

* **Farblegende:** keine Farbe = noch nicht relevant / Hellgrün = relevant / Dunkelgrün = hohe Relevanz

4. Verschuldung und Überschuldung		Relevant in Stufe*		
Aufgaben Schule	Aufgaben Eltern	1.-3.	4.-6.	7.-9.
<p>Inhalte/Methoden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufklärung über die rechtlichen und psychischen Konsequenzen von Verschuldung und Überschuldung ▪ Phänomene kompensatorischer Konsum und Kaufsucht kennen lernen ▪ Beizug von Fachpersonen wie Betriebsbeamte oder Wirtschaftsvertreter zur authentischen Stoffvermittlung (erzeugt höhere Akzeptanz bei Schülern, als wenn nur der Lehrer dazu referiert) <p>Angliederung in folgenden Fächern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mensch und Umwelt: Haushaltskunde (Orientierungswissen, Einblicke in Zusammenhänge gewinnen oder Wertvorstellungen klären) <p>Mögliche Lehrmittel/Unterrichtsmaterialien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Heft „aktuell“ zu „Jugendliche in der Schuldenfalle“ (7.-9. Klasse) Nummer 3 / 2006 / Autorin: Hessfeld-Meyer Gabriele u. a. / Kantonaler Lehrmittelverlag St. Gallen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufmerksam und hellhörig sein bzgl. Geldausgabeverhalten des eigenen Kindes ▪ Tabuisierung vermeiden 			

* **Farblegende:** keine Farbe = noch nicht relevant / Hellgrün = relevant / Dunkelgrün = hohe Relevanz

5. Vermittlung von ökonomischem Grundwissen/Kenntnissen		Relevant in Stufe		
		1.-3.	4.-6.	7.-9.
Aufgaben Schule	Aufgaben Eltern			
<p>Inhalte/Methoden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermittlung von ökonomischem Grundwissen und Kenntnissen einfacher wirtschaftlicher Zusammenhänge ▪ Beizug von externen Fachpersonen wie Betriebsbeamte oder Wirtschaftsvertreter zur authentischen Stoffvermittlung (erzeugt höhere Akzeptanz bei Schülern, als wenn nur der Lehrer zum Thema referiert) ▪ Jugendliche in Lerninhalte einbeziehen: selbstständiges Erarbeiten des Themas durch die Schüler ermöglichen <p>Angliederung in folgenden Fächern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mensch und Umwelt: Haushaltskunde zum Thema Orientierungswissen, Einblicke in Zusammenhänge gewinnen oder Wertvorstellungen klären <p>Mögliche Lehrmittel/Unterrichtsmaterialien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „BudgetGame“ der Schweizerischen Post Interaktiver Online-Wettbewerb für Klassen und Einzelpersonen www.budgetgame.ch 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abgabe von Taschengeld (ab 1. Klasse) ▪ Erklären des Wesens und der Funktion des Geldes sowie der Herkunft des Geldes 			

* **Farblegende:** keine Farbe = noch nicht relevant / Hellgrün = relevant / Dunkelgrün = hohe Relevanz

Tabelle 3: Rollenaufteilung zwischen Eltern und Schule mit Handlungsempfehlungen¹³⁸

¹³⁸ Eigene Aufbereitung

Weitere Informationen zu Lehrmitteln und zur Gestaltung des Unterrichts zum Umgang mit Geld liefern folgende Dokumente:

- die Orientierungshilfe der Pädagogischen Hochschule FHNW „Du bist was du hast!“ Geld Konsum und Schulden Jugendlicher¹³⁹
- das „Dossier Finanzen“ Ausweg aus der Schuldenfalle¹⁴⁰ des Stadt Zürcher Schulamtes
- die Vertiefungsarbeit von zwei Studentinnen der PHZH „Schuldenprävention im Schulunterricht“ Konzeptvorschlag für die Oberstufe¹⁴¹
- die Diplomarbeit von zwei Studenten der Höheren Fachschule für Sozialpädagogik „Überschuldung von Jugendlichen“ Ein Schulungsmodul, um Jugendliche im Umgang mit Geld zu sensibilisieren¹⁴²

Anmerkungen zur Unterstufe

Auf der Unterstufe sollten die Bereiche „Konsumverhalten“ und „Haltungen, Einstellungen und Wertvorstellungen“ im Unterricht behandelt werden. Je früher Kinder darin ausgebildet werden, um so wirkungsvoller sind die Resultate. Kinder der Unterstufe haben jedoch noch kein realistisches Verständnis für ökonomische Zusammenhänge. Der Unterricht darf keinesfalls rein theoretisch sein, sondern er sollte an Alltagssituationen, in denen Kindern den Umgang mit Geld konkret erleben, anknüpfen.

Anmerkungen zur Mittelstufe

Auf der Mittelstufe sollten die Bereiche „Konsumverhalten“ und „Haltungen, Einstellungen und Wertvorstellungen“ im Unterricht weiter vertieft werden. In diesem Alter sind speziell Einflüsse der Gleichaltrigen, Gruppendruck und Dazugehören zu thematisieren. Auch die „Verschuldung und Überschuldung“ sollte auf dieser Stufe thematisiert werden, da bei Kindern in diesem Alter Betroffenheit ausgelöst werden kann, welche wiederum zur Bildung der eigenen Haltung und Wertvorstellungen beiträgt. Gegen Ende der Mittelstufe können auf stufengerechte und möglichst anschauliche Weise bereits erste wirtschaftliche Zusammenhänge und ökonomische Begriffe erläutert werden, um den ökonomischen Sozialisationsprozess zu beschleunigen.

Anmerkungen zur Oberstufe

In der Oberstufe sollten alle fünf beschriebenen Bereiche im Unterricht behandelt werden. Die Relevanz der Erziehung im Umgang mit Geld ist auf dieser Stufe am grössten.

Ein spezielles Augenmerk ist zudem auf die Erziehung im Umgang mit Geld in den Klassen der Sek B und C zu legen, denn Leistungsschwächere sind öfters von Verschuldung und Überschuldung betroffen (vgl. 1.4.4 und 3.1).

Da im 9. Schuljahr aufgrund des Übertritts ins Gymnasium bei einem Teil der Schüler bereits eine begrenzte Erreichbarkeit gegeben ist, sollte der Umgang mit Geld auch im 7. und 8. Schuljahr thematisiert werden.

¹³⁹ Studer Regula und Högger Dominique (2007)

¹⁴⁰ Stadt Zürich Schulamt, Autorin: Kaffarnik Ute (2007)

¹⁴¹ Peter Sheila und Schwyn Michèle (2007)

¹⁴² Aeberhard Catarina und Hungerbühler Oliver (2005)

Das 9. Schuljahr nimmt dennoch eine Sonderposition ein. Man kann davon ausgehen, dass die Schüler des 9. Schuljahrs vermehrt auch diejenigen sind, welche danach direkt ins Berufsleben einsteigen. Im Folgenden werden daher für das 9. Schuljahr separate Handlungsempfehlungen in Anlehnung an die Aktivitäten anderer Kantone (vgl. Kapitel 3.3.2.1) abgegeben.

Spezielle Handlungsempfehlungen für das 9. Schuljahr

- Freifach Wirtschaftskunde an allen Schulen des Kantons anbieten
- Projektwoche/Theaterworkshops zum Thema Umgang mit Geld und entsprechende Vor- und Nachbereitung als obligatorisch erklären. Inhalt könnte z. B. das Forumtheater „Du bist was du hast!“ sein, welches im Kanton Aargau auf der Oberstufe durchgeführt wird.
- Lehrmittel UBS „Schoolbox“ versuchsweise als verbindlich erklären wie Kanton Neuenburg
- Obligatorisch Erklären des Themas „Budgeterstellung“ für die 8. und 9. Klasse wie im Kanton Waadt

Weitere Handlungsempfehlungen

Nebst den oben aufgeführten zum Teil stufenspezifischen Handlungsempfehlungen werden hier einige allgemeine Handlungsempfehlungen an die Volksschule genannt.

- Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Schulsozialarbeitern: Beratungsangebote direkt in der Schule anbieten
- Bessere Verankerung im Lehrplan von Wirtschaftskunde durch ausführlichere Inhalts- umschreibung z. B. in Anlehnung an die Beschreibung des Verkehrsunterrichts (vgl. Anhang 9.6.4)

Wie im Kapitel 5.4 beschrieben, sollten die Lehrer jedoch nach Möglichkeit anders als durch Zwang von einem neuen Fach überzeugt werden. Hierfür empfiehlt die Verfasserin dieser Arbeit, wie folgt vorzugehen:

- Schulleiter von der Wichtigkeit des Umgangs mit Geld überzeugen, denn diese leiten die Schulkonferenz, welche das Schulprogramm und somit Projektwochen bzw. spezielle Aktivitäten der Schulen festlegen (vgl. 6.1)
- Weiterbildungskurse zum Umgang mit Geld an der Pädagogischen Hochschule anbieten/ nahelegen wie in den Kantonen Aargau, St. Gallen und Uri
- Anbieten von mehreren Lehrmitteln bzw. Nennung dieser Lehrmittel im „Verzeichnis der obligatorischen und zugelassenen Lehrmittel im Kanton Zürich“. Zur Zeit sind nur die beiden Lehrmittel „Süssholz. Produzieren – Konsumieren“ und „Konsum, Perspektive 21“ als zugelassene Lehrmittel darin enthalten.

7.2.2 Grenzen der Wirkung schulischer Präventionsaktivitäten

Die Wirkung von schulischen Präventionsaktivitäten unterliegt jedoch auch gewissen Grenzen. Umstände, welche die Wirkung von schulischen Präventionsaktivitäten verkleinern oder gar verunmöglichen, sind beispielsweise die Folgenden:

- Eltern haben andere Wertvorstellung als Lehrperson, es wird z. B. am Elternabend kein Konsens gefunden
- Eltern haben zu starken Einfluss als schlechte Vorbilder
- Lehrperson ist selbst schlechtes Vorbild
- Lehrperson vernachlässigt das Thema Umgang mit Geld
- Werthaltungen in der Gesellschaft (Einfluss Werbung) haben zu grosses Gewicht, so dass Lehrperson/Eltern zu wenig bewirken können
- Gleichaltrige haben zu grossen Einfluss (v. a. bzgl. Markenkleidung, Handy-Besitz)

Diese Grenzen zeigen, dass die Schule allein nur begrenzt wirken kann, denn die Schule ist nur ein Einflussfaktor nebst einem ganzen System an Einflussfaktoren. Jeder Teil dieses Systems, insbesondere die Eltern, der Staat und der Markt, haben ihren Beitrag zur Prävention von Jugendlichen vor Verschuldung zu leisten.

8 SCHLUSSWORT UND AUSBLICK

Das Schlusswort beinhaltet eine kurze Reflexion zu dieser Arbeit sowie ein Ausblick mit Schwerpunkten, die aus Sicht der Verfasserin dieser Arbeit, bei der Weiterbearbeitung beachtet werden müssen.

Diese Arbeit zeigt, dass die Wichtigkeit der Prävention der Jugendlichen vor Verschuldung von breiten Kreisen der Bevölkerung erkannt worden ist und sich viele Institutionen aktiv für die Prävention einsetzen. Obwohl nach sorgfältiger Evaluation der Argumente im Rahmen der vorliegenden Arbeit die Einführung eines neuen Schulfachs Umgang mit Geld nicht empfohlen wird, liegt weiterer Handlungsbedarf für die Schule auf der Hand.

Der Brief von Regine Aepli, Zürcher Bildungsdirektorin, an die Verfasserin dieser Arbeit bringt zum Ausdruck, dass auch die Volksschule des Kantons Zürich die Wichtigkeit des Themas erkannt hat sowie bereit und engagiert ist, sich mit der Prävention von Jugendlichen vor Verschuldung zu befassen. Das ist eine sehr erfreuliche Erkenntnis, die im Zusammenhang mit dieser Arbeit gewonnen werden konnte.

Die Verfasserin dieser Arbeit hofft und wünscht sich, dass die Schulen des Kantons Zürich in Zusammenarbeit mit den Eltern den Kindern und Jugendlichen das bestmögliche Rüstzeug für einen gewandten Umgang mit Geld auf den Lebensweg mitgeben können.

Vielleicht können ja sogar einige der gemachten Handlungsempfehlungen aus dieser Arbeit für die Umsetzung in Erwägung gezogen werden. Klare Ergänzungen im Zürcher Lehrplan oder das Angebot von eigenen Lehrmitteln wären von Seite des Bildungsrats ein Zeichen eines klaren Bekenntnisses zur Relevanz des Themas und ein erster Schritt zur Erhöhung des Bewusstseins für Konsum und seine negativen Seiten.

Sollte der Umgang mit Geld an den Schulen in irgendeiner Form weiterbearbeitet werden, was auf jeden Fall sehr wünschenswert wäre, so sei hier noch erwähnt, dass der Titel dieser Arbeit „Umgang mit Geld als Schulfach“ zum Teil erklärungsbedürftig und nicht nur förderlich war. Oft löste der Titel eine ablehnende Haltung bei den Befragten aus. Daher empfiehlt es sich für die Weiterarbeit eine attraktivere und breiter gefasste Bezeichnung wie beispielsweise Wirtschaftskunde oder Finanzkunde zu wählen.

9 ANHANG

9.1 Quellenverzeichnis

9.1.1 Literaturverzeichnis

Claar Annette

Die Entwicklung ökonomischer Begriffe im Jugendalter, Berlin/Heidelberg, 1990

Feil Christine

Kinder, Geld und Konsum, Weinheim und München, 2003

Gunter Barrie/ Furnham Adrian

Children as consumers, A psychological analysis of the young people's market, London, 1998

Hurrelmann Klaus

Lebensphase Jugend, Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 9., aktualisierte Auflage, Weinheim und München, 2007

Hurrelmann Klaus und Engel Uwe

Psychosoziale Belastung im Jugendalter, 1989

Kroeber-Riel Werner

Konsumentenverhalten, München, 1992

Lange Elmar

Jugendkonsum im 21. Jahrhundert: Eine Untersuchung der Einkommens-, Konsum-
Verschuldungsmuster der Jugendlichen in Deutschland, Wiesbaden, 2004

Lange Elmar Lange Elmar und Fries Karin R.

Jugend und Geld 2005, Eine empirische Untersuchung über den Umgang von 10-
17-jährigen Kindern und Jugendlichen mit Geld, Münster/München, 2006

Mietzel Gerd

Wege in die Entwicklungspsychologie, 3. Auflage, Weinheim, 1997

Plechinger Kathrin

Die Ver- und Überschuldung Jugendlicher betrachtet im sozio-ökonomischen
Kontext, Sankt Augustin, 1995

Rosendorfer Tatjana

Kinder und Geld, Frankfurt a. Main, 2000

9.1.2 Studien, Zeitungen, Journals, Fachzeitschriften

Hochschule für Soziale Arbeit Bern

Schweizer Kaufsuchtstudie, Bern, 2003

Intrum Justitia AG

European Payment Index - Spring 2007

Research September 2007

Risk Index – Sommer 2007 Schweizer Schuldner Index

Jäggi Therese

Generation Kredit, in Heft „Context.“ des KV Schweiz vom 10. August 2007

Korczak Dieter

Definitionen der Verschuldung und Überschuldung im Europäischen Raum, München, 2003

Korczak Dieter, Pfefferkorn Gabriela

Forschungsvorhaben zur Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht. München, 1990

Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren. Band 3, Stuttgart, Berlin, Köln, 1992

Nidwaldner Kantonalbank

„info“, Ausgabe Frühling 2005, Stans

OECD

PISA 2000, 2003 und 2006

Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren

Infoblatt, Bern, 2005

Studer Regula und Högger Dominique

Du bist was du hast! Geld Konsum und Schulden Jugendlicher, Aarau, 2007

Streuli Elisa

Verschuldung junger Erwachsener - Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, Basel, 2007; Auswertung, die im Auftrag des Bundesamts für Justiz durch die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), Basel, und das Befragungsinstitut LINK, Zürich, durchgeführt wurde.

Streuli Elisa, Steiner Oliver, Mattes Christoph, Shenton Franziska

Bedeutung von Geld und Verschuldung, Basel, 2007

Tages-Anzeiger

(luh), Betreibungsbeamte schlagen Alarm: Immer mehr Jugendliche verschuldet, in: Tages- Anzeiger vom 24. August 2005

WEMF AG

MACH Consumer 2003, Zürich, 2003

Zelizer Viviana A.

Pricing the Priceless Child - The Changing Value of Children, New York, 1985

9.1.3 Rechtliche Grundlagen**Bundesgesetz über den Konsumkredit**

vom 23. März 2001 (Stand am 10. Dezember 2002)

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

vom 18. April 1999 (Stand am 8. August 2006)

Bildungsgesetz

des Kantons Zürich vom 1. Juli 2002

Schweizerisches Zivilgesetzbuch

vom 10. Dezember 1907 (Stand am 1. Januar 2008)

Volksschulgesetz

des Kantons Zürich vom 7. Februar 2005

9.1.4 Weitere Publikationen/Quellen

Aeberhard Catarina und Hungerbühler Oliver

Diplomarbeit Höhere Fachschule für Sozialpädagogik Zizers, Überschuldung von Jugendlichen – Ein Schulungsmodul, um Jugendliche im Umgang mit Geld zu sensibilisieren, Zizers, 2005

Creditreform (Schweizerischer Verband Creditreform)

Pressemitteilung vom 14. Januar 2008, St. Gallen

Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen

Pressemitteilung vom 11. Februar 2005, Bern

Eidgenössisches Büro für Konsumentenfragen

Jahresbericht 2005, Bern

Jahresbericht 2006, Bern

gfs-zürich

Medienmitteilung vom 21. November 2007, Zürich

Grosser Rat Graubünden

Protokoll Dezembersession, 2007

Haubner Ursula

Österreichische Jugendministerin

Intrum Justitia AG

Dokumentarfilm zur Preisverleihung vom 24. Januar 2006

„Schüler, Schulden und Geld“

Intrum Justitia Deutschland

Pressemitteilung vom 4. September 2007 auf

[http://www.intrum.de/news.cfm?ID=20306D1F-47A6-4BB3-](http://www.intrum.de/news.cfm?ID=20306D1F-47A6-4BB3-A65AC4AB600CC4BC&NewsID=D151FB16-BDB9-1EFE-6B9555ED75584DEE)

[A65AC4AB600CC4BC&NewsID=D151FB16-BDB9-1EFE-6B9555ED75584DEE](http://www.intrum.de/news.cfm?ID=20306D1F-47A6-4BB3-A65AC4AB600CC4BC&NewsID=D151FB16-BDB9-1EFE-6B9555ED75584DEE)

(8. Dezember 2007)

Kanton Zürich

Lehrplan der Volksschule des Kantons Zürich, Zürich, 2007

Konferenz der Stadtammänner von Zürich vom März 2006, Zürich, 2006

Kantonsrat Zürich

Protokoll vom 26. September 2005 auf:

<http://www.kantonsrat.zh.ch/internet/Protokolle/NZZ/NZZ2005/NZZ050926.pdf>

Konferenz der Stadtammänner von Zürich

Medienorientierung, Zürich, März 2006

Peter Sheila und Schwyn Michèle

Vertiefungsarbeit Pädagogische Hochschule Zürich, Schuldenprävention im Schulunterricht – Konzeptvorschlag für die Oberstufe, Winterthur und Beringen, 2007

Regierungsrat Zürich

Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr.

451/2004 betreffend Schuldenberatung und –prävention vom 23. Januar 2008

Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich

Medienmitteilung vom 3. Oktober 2007 „Ausweg aus der Schuldenfalle“, Zürich, 2007 auf

http://www.stadt-zuerich.ch/internet/mm/home/mm_07/10_07/071003a.html

(5. Februar 2008)

Stadt Winterthur

Geschäftsbericht des Stadtrates 2006 der Stadt Winterthur

Stadt Zürich Schulamt, Autorin: Kaffarnik Ute

„Dossier Finanzen“ Ausweg aus der Schuldenfalle, Zürich, 2007

9.1.5 Internet

www.admin.ch	www.moneybasics.ch
www.budgetgame.ch	www.news.search.ch
www.bildungsdirektion.zh.ch	www.nzz.ch
www.creditreform.ch	www.oecd.org
www.cvp.ch	www.parlament.ch
www.cvp-gr.ch	www.schulden.ch
www.dettes.ch	www.sp-aargau.ch
www.edu.fi	www.stadt-zuerich.ch
www.educa.ch	www.stadt-zuerich.ch/dossier-finanzen
www.intrum.ch	www.swisschoolaward.ch
www.intrum.de	www.tqm-forum.ch
www.kantonsrat.zh.ch	www.vsa.zh.ch
www.kreuzer-seiler.ch	www.youngenterprise.ch
www.kvschweiz.ch	www.zh.ch
www.maxmoney.ch	

Die oben aufgeführten Internetseiten wurden zwischen September 2007 und Februar 2008 konsultiert.

9.1.6 Statistiken**9.1.7 Persönliche Gespräche/Interviews****Bickel Bettina**

Piar AG, Zürich, Medienstelle Intrum Justitia AG, 31. Oktober 2007

Fretz Regine

Volksschulamt des Kantons Zürich, ehemalige Leiterin der Abteilung Pädagogisches, 7. Januar 2008

Wolf Madeleine

Volksschulamt des Kantons Zürich, Leiterin des Projekts Sek 9. Schuljahr, 8. Februar 2008

9.1.8 Kontaktierte Personen

(telefonisch oder schriftlich)

Aeppli Regine

Regierungsrätin und Bildungsdirektorin des Kantons Zürich, Brief vom 12. Februar 2008

Amacher Dzung Ruth

SP-Parlamentsmitglied des Aargauer Grossen Rats, E-Mail vom 20. Februar 2008

Bickel Bettina

Medienstelle Intrum Justitia AG, Piar AG, Zürich, diverse Kontakte zwischen September und Dezember 2007

Manninen Marjaana

Counsellor of Education, Finnish National Board of Education, 12. Dezember 2007

Kilchsperger Johannes Rudolf

Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH), 26./27. November 2007

Kreuzer-Seiler Brigitta

Mitglied der CVP Frauen und des Präsidiums der CVP Kanton Zürich, E-Mail vom 17. Februar 2008

Rüfenacht Bernhard

Stellvertreter vom Kaffarnik Ute, Autorin des „Dossier Finanzen“, Schulamt der Stadt Zürich, 5. Februar 2008

Sami Reno

Budget- und Schuldenberatung, Basel, 8. Januar 2008

Schulthess Peter

Kantonsrat, Zürich, 15. Januar 2008

9.1.9 Nicht-publizierte Datenquellen

Intrum Justitia

Dokumentarfilm Schüler, Schulden und Geld (3'47) anlässlich der Preisverleihung des nationalen Schulwettbewerbs von Intrum Justitia zur Jugendverschuldung vom 24. Januar 2006, Bern

9.2 Abkürzungsverzeichnis

bzw.	beziehungsweise
ca.	zirka, ungefähr
CD-ROM	Compact Disc Read-Only Memory (<i>deutsch</i> : physikalischer Permanentspeicher für digitale Daten)
CHF	Schweizer Franken
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
BFK	Eidgenössisches Büro für Konsumentenfragen
BLMV	Berner Lehrmittel und Medienverlag
d. h.	das heisst
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren
EKK	Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen
etc.	et cetera
ff.	fortfolgende
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
HarmoS	Projekt zur Harmonisierung der obligatorischen Schule
KKG	Konsumkreditgesetz
Mia.	Milliarde(n)
Mio.	Million(en)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (<i>deutsch</i> : Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr (Deutschland)
PHZH	Pädagogische Hochschule Zürich
PISA	Programme for International Student Assessment
resp.	respektive
SDA	Schweizerische Depeschenagentur
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
VSA	Volksschulamt der Bildungsdirektion des Kantons Zürich
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil

Für die Schweizer Kantone werden die üblichen Kantonskurzzeichen, wie ZH für Zürich verwendet. Die einzelnen Kantonskurzzeichen sind im obigen Abkürzungsverzeichnis nicht aufgeführt.

9.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Obligatorische Schule Schweiz	4
Abbildung 2: Eingeleitete Betreibungsverfahren und vollzogene Pfändungen in der Stadt Winterthur	9
Abbildung 3: Entwicklung Privatkonkurse 1998 bis 2007	10
Abbildung 4: Veränderung Aufwand Debitorenbewirtschaftung während letzter 3 Jahre	11
Abbildung 5: Europäischer Vergleich zu den Zahlungsrisiken	12
Abbildung 6: Modell der ökonomischen Sozialisation von Heranwachsenden	15
Abbildung 7: Erziehung im Umgang mit Geld: Verantwortung der Eltern oder der Schule? ..	44
Abbildung 8: Einstufung der Veränderung der Jugendverschuldung	45
Abbildung 9: Handlungsbedarf/Wichtigkeit für die Schule	46
Abbildung 10: Organigramm der Zürcher Bildungsdirektion	51
Abbildung 11: Organigramm Volksschulamt der Bildungsdirektion des Kantons Zürich	52
Abbildung 12: Entscheidungsweg für Änderungen Lehrplan/Lektionentafel	53

9.4 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kognitive Entwicklung und Verständnis von Geld bei Heranwachsenden	17
Tabelle 2: Aktivitäten in den einzelnen Kantonen	28
Tabelle 3: Rollenaufteilung zwischen Eltern und Schule mit Handlungsempfehlungen	62

9.5 Diverse Unterlagen

9.5.1 Umfrage bei den Bildungs- und Erziehungsdirektionen

9.5.1.1 Begleitbrief und Fragebogen Deutsch

Christina Grimm
Hardeggstrasse 15
8049 Zürich
Tel: 078 870 14 03
christina.grimm@gmx.ch

Zürich, 20. Oktober 2007

Diplomarbeit „Umgang mit Geld als Schulfach“

Sehr geehrte

Für meine Diplomarbeit zum Thema „Umgang mit Geld als Schulfach“, welche ich an der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) und im Auftrag von Herrn Roland Isler, Präsident des Zürcher Betreibungsbeamtenverbands, verfasse, benötige ich Ihre Unterstützung! Ich befasse mich zur Zeit mit der Analyse der Ausgangslage und es interessiert mich, ob und in welcher Form der Umgang mit Geld in den Lehrplänen der Kantone, insbesondere in der Sekundarstufe I aber auch in den anderen Stufen verankert ist.

Darf ich Sie bzw. die entsprechenden Lehrplangestalterinnen und -gestalter daher bitten, mir den beiliegenden kurzen Fragebogen ausgefüllt bis zum Freitag, 2. November 2007 zurückzusenden?

Ich danke Ihnen bereits heute für Ihre Unterstützung.

Bei Fragen können Sie sich gerne per E-Mail oder Telefon an mich wenden.

Freundliche Grüsse

Christina Grimm

Diplomarbeit von Christina Grimm
„Umgang mit Geld als Schulfach“

Hochschule für Wirtschaft Zürich
Studiengang Kommunikation

An die Erziehungsdirektion / Bildungsdirektion des Kantons

Fragebogen an die Lehrplangestalter/innen zum Thema „Umgang mit Geld als Schulfach“

Der Fragebogen wird ausgefüllt von:

Frau Herr

Name Vorname _____

Funktion / Abteilung _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon (G) _____

E-Mail Adresse _____

Fragen

Bitte Zutreffendes ankreuzen.

Frage 1

Wird das Fach „Umgang mit Geld“ oder ähnlich (z. B. Budget aufstellen, Einnahmen, Ausgaben, Verschuldung) im Lehrplan Ihres Kantons berücksichtigt?

Ja Nein
→ bitte **Folgefrage A** beantworten → bitte **Folgefragen B** beantworten

Folgefrage A

In welchen Schuljahren ist das Fach im Lehrplan enthalten?

1. Schuljahr 2. Schuljahr 3. Schuljahr

4. Schuljahr 5. Schuljahr 6. Schuljahr

7. Schuljahr 8. Schuljahr 9. Schuljahr

Anmerkungen:

Diplomarbeit von Christina Grimm
„Umgang mit Geld als Schulfach“

Hochschule für Wirtschaft Zürich
Studiengang Kommunikation

Folgefrage B

Wird die Thematik, obwohl im Lehrplan nicht explizit erwähnt, im Rahmen des fächerübergreifenden Unterrichts oder z. B. im Fach Mensch und Umwelt unterrichtet?

- Ja
→ Sind Ihnen Schulgemeinden, Lehrer/innen, Schulleiter/innen oder andere Personen bekannt, an die ich mich wenden könnte, um Näheres zu erfahren?
- Nein
→ bitte **Folgefragen C** beantworten

Schulgemeinde: _____

Ansprechpartner/innen: _____

Folgefrage C

Wird in Ihrem Kanton die Aufnahme des Fachs „Umgang mit Geld“ oder ähnlich in den Lehrplan diskutiert?

- Ja Nein

Ansprechpartner/innen: _____

Frage 2

Wie schätzen Sie die Wichtigkeit bzw. den Sinn eines/des neuen Schulfaches „Umgang mit Geld“ ein? Ihre Argumente und Kommentare sind willkommen!

Pro

Contra

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Allgemeiner Kommentar:

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

17.02.2008

Christina Grimm

Seite 2 von 2

9.5.1.2 Begleitbrief und Fragebogen Französisch

Christina Grimm
Hardeggstrasse 15
8049 Zurich
078 870 14 03
christina.grimm@gmx.ch

Zurich, le 3 novembre 2007

Mémoire « L'argent à l'école »

Madame, Monsieur,

Pour mon mémoire intitulé « L'argent à l'école », que je rédige dans le cadre de mes études à la Hochschule für Wirtschaft (HWZ) à Zurich, sous la direction de Monsieur Roland Isler, président de l'association de l'Office des poursuites de Zurich (Zürcher Betreibungsbeamtenverband), j'aurais besoin de votre aide! En ce moment, je suis dans la phase d'analyse de la situation initiale. Dans un premier temps, je voudrais savoir si, et de quelle façon, la matière « Traitement de l'argent » est intégrée aux programmes scolaires des différentes classes.

Je vous prierais donc, à vous ou à la personne en charge de l'organisation du programme scolaire, de remplir le bref questionnaire ci-joint et de me le retourner jusqu'au vendredi 16 novembre 2007.

En cas de questions, n'hésitez pas à me contacter par téléphone ou par courrier électronique.

En vous remerciant par avance pour votre aide, je vous adresse, Madame, Monsieur, mes meilleures salutations.

Christina Grimm

Mémoire de Christina Grimm
„L'argent à l'école“

Hochschule für Wirtschaft Zurich
Matière „Business Communication“

Pour le département

Questionnaire aux organisateurs/organisatrices des programmes scolaires au sujet de «L'argent à l'école» (Traitement de l'argent)

Ce questionnaire a été rempli par:

Madame Monsieur

Nom, prénom

Fonction / dép.

Rue

Code postal/ville

N° de tél.

E-mail

Questions

Cochez la case exacte svp.

Question 1

Est-ce que la matière „Traitement de l'argent“ ou une matière similaire (p. ex. établir un budget, rentrées d'argent, dépenses, endettement) fait partie du programme scolaire de votre canton?

Oui

→ continuez avec la question **A**

Non

→ continuez avec la question **B**

Question **A**

A quels niveaux d'enseignement trouve-t-on cette matière?

1ère année scolaire 2ème année scolaire 3ème année scolaire

4ème année scolaire 5ème année scolaire 6ème année scolaire

7ème année scolaire 8ème année scolaire 9ème année scolaire

Note:

Mémoire de Christina Grimm
„L'argent à l'école“

Hochschule für Wirtschaft Zurich
Matière „Business Communication“

Question B

Est-ce que la thématique, bien que pas mentionnée de façon explicite dans le programme scolaire, est enseignée par exemple dans les matières multidisciplinaires?

Oui
→ Connaissez-vous des établissements scolaires, des instituteurs/institutrices, des directeurs d'établissement ou d'autres personnes, que je pourrais contacter pour de plus amples informations?

Non
→ Continuez avec la question C

Etablissement scolaire: _____

Interlocuteur: _____

Question C

Est-ce que l'intégration au programme de la matière „Traitement de l'argent“ ou d'une matière ressemblante fait l'objet de discussions en ce moment?

Oui

Non

Interlocuteur: _____

Question 2

Comment évaluez-vous l'importance ou le sens d'une matière „Traitement de l'argent“? Vos arguments et commentaires sont bienvenus!

Pour

Contre

Remarques générales:

Je vous remercie pour votre aide!

Christina Grimm

9.5.2 Begleitbrief und Fragebogen an Fachpersonen

Zürich, 29. Dezember 2007

Umfrage zur Diplomarbeit „Umgang mit Geld als Schulfach“

Sehr geehrte Frau Zürcher

Für meine Diplomarbeit zum Thema „Umgang mit Geld als Schulfach“, welche ich an der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) und im Auftrag von Herrn Roland Isler, Präsident des Zürcher Betriebsbeamtenverbands, verfasse, brauche ich Ihre Unterstützung! Eines der Ziele meiner Arbeit ist es, abzuwägen, ob die Einführung eines neuen Schulfaches „Umgang mit Geld“ aufgrund der wachsenden Jugendverschuldung einem berechtigten Bedürfnis entspricht. Gerne möchte ich die Meinungen von Fachpersonen einholen und in die Arbeit im Rahmen eines Meinungsbildes einfließen lassen.

Darf ich Sie daher bitten, mir den beiliegenden Fragebogen ausgefüllt **bis zum Freitag, 11. Januar 2008** zurückzusenden?

Ich danke Ihnen bereits heute herzlich für Ihr Mitwirken und Ihre allfälligen Anregungen.

Bei Fragen können Sie sich gerne per Telefon oder E-Mail an mich wenden.

Freundliche Grüsse

Christina Grimm

Hardeggstrasse 15
8049 Zürich
Tel: 078 870 14 03

christina.grimm@gmx.ch

Diplomarbeit von Christina Grimm
„Umgang mit Geld als Schulfach“

Hochschule für Wirtschaft Zürich
Studiengang Kommunikation

Fragebogen zur Erziehung im Umgang mit Geld Sicht Schulsozialarbeiter/innen, -psychologen/innen und Schuldenberatungsstellen

Ich werde Ihre Angaben vertraulich behandeln, nicht an Dritte weitergeben und anonym in die Auswertung für die Diplomarbeit einfließen lassen.

Der Fragebogen wird ausgefüllt von:

Frau Herr

Name Vorname _____

Schulhaus/-häuser _____

PLZ/Ort _____

Telefon (mobile) _____

E-Mail _____

Schulsozialarbeiter/in Schulpsychologe/in Schuldenberatungsstellen

Hinweis

Im Rahmen meiner Diplomarbeit werden unter "Umgang mit Geld" Inhalte wie Budget aufstellen, Vermitteln des Verständnisses für Geldflüsse wie Einnahmen und Ausgaben (Buchhaltung), Erlernen eines gesunden Konsumverhaltens, Präventionsmassnahmen gegen Jugendverschuldung, Aufklärung über die Folgen der Verschuldung und Überschuldung sowie die Aufklärung über Kaufsucht etc. verstanden und nicht das Geldrechnen wie z. B. Rappen-Franken oder Zinseszinsrechnen.

Frage 1: Verantwortung Eltern oder Schule

Erziehung im Umgang mit Geld: Verantwortung der Eltern oder der Schule?

nur Eltern Eltern mehr als Schule Eltern/Schule gleich stark Schule mehr als Eltern nur Schule

Anmerkungen:

Diplomarbeit von Christina Grimm
„Umgang mit Geld als Schulfach“

Hochschule für Wirtschaft Zürich
Studiengang Kommunikation

Frage 2: Einstufung der Jugendverschuldung

Inwiefern hat sich die Verschuldungsproblematik von Schülern und Jugendlichen in den letzten Jahren verändert?

abgenommen unverändert zugenommen

Anmerkungen:

Frage 3: Taschengeld

Wo liegen Chancen/Gefahren in der Abgabe von Taschengeld an Schüler durch die Eltern?

Chancen

Gefahren

Chancen	Gefahren

Frage 4: Herausforderungen

Wo liegen Ihrer Meinung nach die grössten Herausforderungen* in der Erziehung der Kinder zum Umgang mit Geld und wie gewichten Sie diese?

* Herausforderungen werden auch als Gefahrenherde für Verschuldung verstanden.

	gross	mittel	nicht relevant
Gruppendruck	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Marken (-kleidung, -schuhe etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einfluss der Werbung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Handy (Gesprächs- + SMS-Kosten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausgang	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anschaffung elektronischer Geräte wie Handy, MP3, PC	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schmuck / Kosmetik (inkl. Parfum)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Roller, Fahrrad, Mofa	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ferien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fast Food	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Süssigkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Diplomarbeit von Christina Grimm
„Umgang mit Geld als Schulfach“

Hochschule für Wirtschaft Zürich
Studiengang Kommunikation

Anmerkungen zu Frage 4:

Frage 5: Lernalter

In welchem Alter sollten die Kinder (unabhängig, ob durch die Eltern oder durch die Schule) Ihrer Meinung nach den Umgang mit Geld erlernen?

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> bereits vor Schuleintritt | <input type="checkbox"/> 5. Schuljahr (11 Jahre) |
| <input type="checkbox"/> 1. Schuljahr (7 Jahre) | <input type="checkbox"/> 6. Schuljahr (12 Jahre) |
| <input type="checkbox"/> 2. Schuljahr (8 Jahre) | <input type="checkbox"/> 7. Schuljahr (13 Jahre) |
| <input type="checkbox"/> 3. Schuljahr (9 Jahre) | <input type="checkbox"/> 8. Schuljahr (14 Jahre) |
| <input type="checkbox"/> 4. Schuljahr (10 Jahre) | <input type="checkbox"/> 9. Schuljahr (15 Jahre) |

Begründung:

Frage 6: Handlungsbedarf/Wichtigkeit für die Schule

Das Erlernen des "Umgangs mit Geld" ist bis anhin in der Volksschule keine Pflicht. Besteht Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf von Seite der Schule? Wie schätzen Sie die Wichtigkeit bzw. den Sinn eines Schulfaches „Umgang mit Geld“ für die verschiedenen Schulstufen ein? Ihre Argumente und Kommentare sind willkommen!

Primarschule (1. - 3. Klasse)

- sehr wichtig wichtig nicht relevant

Primarschule (4. - 6 Klasse)

- sehr wichtig wichtig nicht relevant

Oberstufe (7. - 9. Klasse)

- sehr wichtig wichtig nicht relevant

Anmerkungen:

Diplomarbeit von Christina Grimm
„Umgang mit Geld als Schulfach“

Hochschule für Wirtschaft Zürich
Studiengang Kommunikation

Allgemeine Anmerkungen

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Christina Grimm

9.6 Auszüge aus dem Lehrplan der Volksschule des Kantons Zürich

9.6.1 Lehrplan – Unterstufe¹⁴³

Hinweis: Beispiele und fakultative Inhalte sind kursiv gesetzt.

Unterrichtsbereich	Teilbereich	Ziel	Inhalt
Mathematik S. 267	Grössen/ Sachrechnen	Masseinheiten für Geldwerte, Längen und Zeit kennenlernen, in Grössenangaben verwenden und Grössen vergleichen und schätzen	Geldwerte Rp., Fr.
		Grössen-Notationen aus den Grössenbereichen Geldwerte und Längen umformen	Umformungen von der kleineren in die grössere Masseinheit und umgekehrt <i>2 Fr. 50 Rp. = 250 Rp.</i>
		Mit Grössen aus den Grössenbereichen Geldwerte und Längen rechnen	Grundoperationen mit Grössen einer Masseinheit: Addition und Subtraktion mit Geldwerten <i>2 Fr. 50 Rp. + 70 Rp. = ?</i>
		Geldwerte kennen	Münzen Banknoten
		Grössen-Notationen aus den Grössenbereichen Geldwerte und Längen in Situationen aus dem Alltag der Kinder erkennen und mit ihnen rechnen	Konkrete, bildhaft dargestellte oder sprachlich formulierte Situationen, die zu Grundoperationen mit den eingeführten Grössen einer Masseinheit führen

¹⁴³ http://www.vsa.zh.ch/site/index__gast-d-1622-24-1741-urlvars-.html (4. Januar 2008)

9.6.2 Lehrplan – Mittelstufe¹⁴⁴

Hinweis: Beispiele und fakultative Inhalte sind kursiv gesetzt.

Unterrichtsbereich	Teilbereich	Ziel	Inhalt
Mensch und Umwelt S. 67	Individuum und Gemeinschaft Einblick in Zusammenhänge gewinnen	Aktuelle Probleme, Fragen und Vorkommnisse besprechen und Ansätze für einen sinnvollen Umgang damit suchen	Aktualitäten <i>Mediengebrauch</i> <i>Suchtmittelgebrauch</i> ... <i>Umgang mit Aussenseitern, Freizeit, Taschengeld</i>
Gestaltung und Musik Handarbeit S. 224	Produkte, Werke und Arbeitsprozesse betrachten	Eigene Produkte und Gebilde sowie Produkte und Gebilde von Mitschülerinnen und Mitschülern betrachten und miteinander besprechen Eigene Produkte mit im Handel erhältlichen Produkten vergleichen Eigenes Konsumverhalten überprüfen	Gestalterische und handwerkliche Qualität <i>Farben, Formen, Funktionen, Qualität-Preis-Verhältnis, Umweltverträglichkeit</i>
Mathematik S. 275+276	Grössen/ Sachrechnen	Anwenden der bisher eingeführten Masseinheiten	Geldwerte: Rp., Fr.
		Grössen-Notationen innerhalb der eingeführten Grössenbereiche umrechnen und notieren	Fr. – Rp.
		Mündliche und schriftlich rechnen mit Grössen im Rahmen der in den Einheiten „Operationen“ und „Brüche“ angegebenen Schwierigkeitsgrade	Grundoperationen mit Grössen aus den Grössenbereichen Geldwerte,...
Mathematik S. 278	Proportionalität	Gesetzmässigkeit der direkten Proportionalität erkennen	Zahlenpaare mit konstantem Quotient Stückzahl – Preis (bei konstantem Einheitspreis)
		Grenzen der Anwendung des Modells „Dreisatz“ erfahren	Fragestellungen, die nur scheinbar mit den Gesetzen der Proportionalität gelöst werden können <i>Multipack, Fahrstrecke – Billettpreis</i>

¹⁴⁴ http://www.vsa.zh.ch/site/index__gast-d-1622-24-1741-urlvars-.html (4. Januar 2008)

9.6.3 Lehrplan – Oberstufe¹⁴⁵

Hinweis: Beispiele und fakultative Inhalte sind kursiv gesetzt.

Unterrichtsbereich	Teilbereich	Ziel	Inhalt
Mensch und Umwelt S. 81	Individuum und Gemeinschaft Grundlegende Arbeitsweisen	Gezielt verschiedene Medien auf Aussagen mit Bedeutung für das eigene Leben untersuchen. Medienprodukte auf ihre Funktion hin überprüfen	Durch Medien vermittelte Aussagen: <i>Werbung</i> ... <i>Freizeitgestaltung</i>
		Zu realen Situationen persönliche und soziale Aspekte aufdecken und abwägen. Aufeinander eingehen und rückmelden Verantwortung übernehmen	Klassen- und Gruppengespräche ... <i>Übertritt ins Berufsleben</i> <i>Zukunftsperspektiven</i> <i>Gesundheit, Ernährung Sucht</i> ...
Mensch und Umwelt S. 82	Individuum und Gemeinschaft Orientierungswissen	Wortschatz und Begriffe, um soziale Sachverhalte anzusprechen, klären und anwenden	Gruppe und Gruppendruck Macht, Autorität
Mensch und Umwelt S. 83	Individuum und Gemeinschaft Einblick in Zusammenhänge gewinnen	Lösungen suchen zur Bewältigung aktueller Probleme	Aktuelle Anliegen ... <i>Taschengeld, Geldverdienst</i> <i>Freizeitverhalten</i> ...
Mensch und Umwelt S. 84	Individuum und Gemeinschaft Wertvorstellungen klären	Werte und Normen erleben und ihre Auswirkungen überdenken. Sich für Werte entscheiden und danach handeln. Bereit sein, seine eigenen Wertentscheidungen zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen	Richtlinie für eigenes Handeln ... <i>Genuss und Genusssucht,</i> <i>Lebensqualität und Verzicht</i> ...
Mensch und Umwelt S. 88	Natur und Technik Wertvorstellungen klären	Konsequenzen eigenen und fremden Tuns in ausgewählten Bereichen untersuchen und gewichten. Wertkonflikte bei Umweltproblemen auf die Spur kommen und Lösungsansätze suchen und abwägen	Konsequenzen menschlichen Verhaltens in verschiedenen Bereichen ... <i>Konsum- und Freizeitverhalten,</i> <i>Umgang mit Genuss- und Suchtmitteln</i> ...

¹⁴⁵ http://www.vsa.zh.ch/site/index__gast-d-1622-24-1741-urlvars-.html (4. Januar 2008)

Fortsetzung Lehrplan - Oberstufe

Unterrichtsbereich	Teilbereich	Ziel	Inhalt
Mensch und Umwelt Haushaltskunde S. 100	Orientierungswissen	Verschiedene Kriterien kennen, die Kaufentscheide beeinflussen	Eigene Bedürfnisse ... Qualität, Warendeklaration Wirtschaftskreislauf <i>Eigenes Budget</i>
		Kriterien für Menüplanung kennen und anwenden	Berücksichtigung von Zeit- und Finanzbudget
Mensch und Umwelt Haushaltskunde S. 101	Einblick in Zusammenhänge gewinnen	Zusammenhänge und Kreisläufe verfolgen Veränderungen wahrnehmen und untersuchen	Einkaufen/Verbrauch <i>Wirtschaft, Geld, Konsum</i>
Mensch und Umwelt Haushaltskunde S. 102	Wertvorstellungen klären	Aufgrund verschiedener Informationen eine eigene Meinung entwickeln Den Haushalt verantwortungsvoll führen und Konsequenzen eigenen Verhaltens abschätzen	Werbung, Medienmeldungen Produkteinformation Ernährungstendenzen Bewusstes Einkaufen
Gestaltung und Musik Handarbeit S. 230	Produkte, Werke und Arbeitsprozesse betrachten	Eigene Produkte und Gebilde sowie Produkte und Gebilde von Mitschülerinnen und Mitschülern betrachten und miteinander besprechen Eigenes Konsumverhalten überprüfen	Gestalterische und handwerkliche Qualität <i>Farben, Formen, Funktionen, Qualität-Preis-Verhältnis, Umweltverträglichkeit</i>
Mathematik S. 296	Proportionalität	... insbesondere die Art der Proportionalität aufgrund des Sachzusammenhanges erkennen und überprüfen. Das Begriffsrepertoire besonders im Zusammenhang mit Anwendungen der Proportionalität ergänzen und erweitern.	Kapital, Zins, Zinsfuß Marchzins Bruttopreis, Rabatt, Nettopreis Skonto, Zahlung
Fächerübergreifende Unterrichtsgegenstände Berufswahrvorbereitung S. 348		Sich mit Zusammenhängen zwischen Berufswahl und Lebensgestaltung beschäftigen	Soziales Umfeld Arbeitsrhythmus Finanzielle Aspekte Zukunftsperspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten

Fortsetzung Lehrplan - Oberstufe

Unterrichtsbereich	Teilbereich	Ziel	Inhalt
Fächerübergreifende Unterrichtsgegenstände Informatik S. 355	Wertvorstellungen klären	Eigene Nutzung von Informationstechnologie reflektieren und Konsequenzen eigenen Verhaltens abschätzen	Verschiedene Erscheinungsformen aus Freizeit und Schule <i>Computerspiele</i> <i>Mobiltelefonie</i> <i>Internetnutzung</i> Verschiedene Aspekte <i>Rollenverhalten, Konsumverhalten</i> <i>Faszination – Abneigung</i> <i>Abhängigkeit – Freiheit</i>

9.6.4 Lehrplanauszug zum Verkehrsunterricht¹⁴⁶

6.4 Verkehrsunterricht

Bedeutung des Unterrichtsgegenstands

In der Verkehrserziehung wird das Verantwortungsbewusstsein im Strassenverkehr sowohl unter dem Aspekt der Sicherheit als auch des Gesundheits- Sozial- und Umweltschutzbewusstseins geschärft. Dadurch soll die Anzahl von Verkehrsunfällen, die Belastung des Verkehrsnetzes sowie der Umwelt vermindert und somit die Erhaltung der Lebensqualität und die Sicherstellung des Wohlbefindens unserer Bevölkerung gefördert werden.

Über die Volksschulzeit hinaus wird eine gute Grundlage für das Verhalten als zukünftige Motorfahrzeuglenker geschaffen.

Richtziele

Die Schtlerinnen und Schtler

- erkennen, wie sich ihr Verhalten im Strassenverkehr auswirkt;
- bewegen sich im Strassenverkehr sicher und korrekt nach den geltenden Regeln und Normen;
- schätzen die Gefahren ein und verhalten sich entsprechend;
- benehmen sich im Strassenverkehr verantwortungsbewusst gegenüber sich selbst, ihren Mitmenschen und der Umwelt.

Hinweise zur Planung und Gestaltung des Unterrichts

Die Verkehrserziehung liegt in der gemeinsamen Verantwortung der Lehrkräfte und der Verkehrsinstruktoren der Polizei.

Hinsichtlich des Aspekts der Sicherheit erfolgt der theoretische Unterricht durch die Lehrerschaft und eigens dafür geschultes Personal der Polizei (möglichst Fachlehrer für Verkehr) nach gegenseitiger Absprache. Der praktische Unterricht (Fussgänger- und Fahrausbildung) wird durch die Polizei, unter Mithilfe der Lehrerschaft, durchgeführt.

Die Schulung des Gesundheits- Sozial- und Umweltschutzbewusstseins erfolgt primär durch die Lehrerschaft.

Der Schule werden bei Bedarf Lehrmittel der Polizei zur Verfügung gestellt. Der Verkehrsunterricht der Polizei erfolgt mit polizeieigenen Lehrmitteln.

Der Verkehrsunterricht kann im Rahmen einer Projektwoche erfolgen.

Die Schule kann Fahrradprüfungen organisieren. Soweit sie auf öffentlichen Strassen durchgeführt werden, ist die Polizei zu informieren. Die Polizei berät im fachlichen Bereich. Für die Städte Zürich und Winterthur gelten besondere Richtlinien.

¹⁴⁶ http://www.vsa.zh.ch/site/index__gast-d-1622-24-1741-urlvars-.html (4. Januar 2008)

9.7 Brief von Regine Aeppli

Bildungsdirektion Kanton Zürich



Bl, Postfach, 8090 Zürich

Frau
Christina Grimm
Hardeggstrasse 15
8049 Zürich

Zürich, 12. Feb. 2008

Umgang mit Geld

Sehr geehrte Frau Grimm

Mit E-Mail vom 18. Januar 2008 fragen Sie mich, was ich von der Einführung von einem obligatorischen Unterricht im Umgang mit Geld halte. Herr Landis, der Lehrplanverantwortliche im Bereich Volksschule, hat Ihnen mit seinen Antworten auf Ihrem Fragebogen vom 20. Oktober 2007 aufgezeigt, dass viele Ihrer Anliegen bereits im bestehenden Lehrplan verankert sind. Zurzeit wird ein gemeinsamer Lehrplan für die deutschsprachige Schweiz entwickelt. In diesem Zusammenhang wird auch die in Frage stehende Thematik diskutiert werden müssen.

In Zusammenarbeit mit dem Volksschulamt entwickelt die Fachstelle Schulden im Kanton Zürich (FS) ein Projekt zur Schuldenprävention. Bei den entsprechenden Vorarbeiten hat sich gezeigt, dass erfolgreiche Prävention sehr früh ansetzen muss. Dabei sind vor allem Einstellungen und Haltungen sowie das Konsumverhalten Gegenstand der Auseinandersetzung. Gegen Ende der obligatorischen Schulzeit und vor dem Eintritt ins Berufsleben sind gemäss Projektskizze Unterrichtsblöcke vorgesehen, die zu einem verantwortlichen Umgang mit Geld befähigen sollen.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg mit Ihrer Diplomarbeit zu diesem Thema und verbleibe

mit freundlichen Grüssen

Regine Aeppli, Regierungsrätin